

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Januar 1950
bis März 1952**

NWO-Sonderheft Nr. 86



2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar 1950 bis März 1952

NWO-Sonderheft Nr. 86

Terror der Antichristen vom 01.01.1950-31.03.1952

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar 1950 bis März 1952	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar 1950 bis März 1952

In einem DDR-Gefängnis sind die Häftlinge zum Appell angetreten. "Morgen kommt unser Staatspräsident Wilhelm Pieck", verkündet der Aufseher. Ein Gefangener ruft: "Das wurde aber auch höchste Zeit."

Flüsterwitz in der DDR

1950

Waldemar Kraft (1898-1977), Theodor Oberländer (1905-1998) und weitere Anhänger der deutschen Vertriebenenorganisationen gründeten am 8. Januar 1950 in Kiel die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), um vor allem die Interessen der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen zu vertreten.

Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ, Vorsitzender der sowjetischen Kontrollkommission in der DDR) teilte dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Ulbricht am 17. Januar 1950 die Schließung der letzten sowjetischen Internierungslager mit (x126/195): >>Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß laut Beschluß der Regierung der UdSSR alle Internierungslager, die unter Kontrolle der sowjetischen Behörden in Deutschland standen - Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen - liquidiert werden. ...

Aus den Lagern werden 15.038 Personen entlassen, einschließlich der 5.504 Personen, die früher von Militärtribunalen zu verschiedenen Strafen verurteilt wurden. Dem Ministerium des Innern (der DDR) werden 3.432 Internierte übergeben zur Untersuchung ihrer verbrecherischen Tätigkeit und Aburteilung durch Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik. Ebenso werden dem Innenministerium der Deutschen Demokratischen Republik 10.513 Verhaftete zur Verbüßung ihrer Strafen übergeben, die für von ihnen begangene Verbrechen von Militärtribunalen ausgesprochen worden sind.

In den Händen der sowjetischen Behörden bleiben 649 Verbrecher, die besonders große, gegen die Sowjetunion begangene Verbrechen begangen haben.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Konzentrationslager" in der SBZ (x009/228): >>... 1950 wurden einige Konzentrationslager (Bautzen, Torgau) aufgelöst und gingen als Strafanstalten an die Strafvollzugsbehörden über.

Gegen 3.500 an Zonenbehörden übergebene KZ-Häftlinge wurden in Waldheim Kriegsverbrecherprozesse durchgeführt. ...<<

Der 28jährige Helmut K. berichtete über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/167): >>... Ich habe im Bad und in der Entlausungsstation gearbeitet und mußte jeden Tag 2 Stunden Holz hacken, um die Desinfektionsöfen zu beheizen.

Im Lager tat man buchstäblich alles, um am Leben zu bleiben. Wer arbeiten durfte, empfand das als große Gnade. Es gelang mir sogar, ein wenig Tabak zu pflanzen und damit Handel zu treiben. Solcher Art Tauscherei gehörte in Sachsenhausen zum Alltag.

Überleben war wirklich Glückssache, denn der Hunger wuchs oft bedrohlich an. Ich erinnere mich vor allem an das immer wieder verabreichte Sauerkraut. Wer magenkrank war ist entweder gestorben oder wieder gesund geworden. Daß ich diese Torturen überlebt habe, ist vielen Zufällen zu verdanken.

Wer aus dem Lager entlassen werden sollte, ging zuvor meist in eine abgesonderte Baracke. Dort wurden neue Kleider verteilt, und die Häftlinge erhielten Sonderrationen, damit sie dann in einigermaßen passablem Zustand entlassen werden konnten. Für mich kam dieser Tag am 17. Januar 1950.

Nach 4 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus, Gefängnis und Lager winkte endlich die Freiheit. Man gab mir 20 Mark und einen Entlassungsschein.

Warum ich so lange hinter Gittern und Stacheldraht verbringen mußte, hat mir bis heute niemand gesagt.

Meine Partei (LDP) stellte mich sofort wieder ein. ...<<

Die DDR-Zeitschrift "Für Dich" berichtete am 20. Januar 1950 über die angeblich guten Haftverhältnisse im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen (x126/194): >>Ein Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen. Außer dem Freiheitsentzug gab es für die Häftlinge keine besonderen Härten. ...

(Die Lagerinsassen hätten sich unter Tränen von ihrem sowjetischen Wachpersonal) "in vielen Fällen Freunde" (verabschiedet).<<

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtete aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>Als dann im Januar 1950 die ersten Meldungen von der Auflösung der Lager Sachsenhausen und Buchenwald durch unsere Lautsprecher kamen, wollte kein Mensch so richtig daran glauben, aber dann ging es tatsächlich los. ... Am 24. Januar mittags um 2 Uhr erklang auch mein Name. Doch wußte keiner von uns, geht es jetzt heim oder zur deutschen Justiz, denn wir hatten ja erfahren, daß viele von uns den DDR-Behörden zur "Strafverbüßung" übergeben werden sollten.

Ich war noch am selben Abend im Zellenbau und erhielt dort meine Laufkarte. Erst jetzt wurde uns klar, daß es nach Hause ging. Im Zellenbau war die Stimmung ganz groß. Die darauffolgende Nacht konnte keiner von uns schlafen. ...<<

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtete aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>... Am nächsten Tag gab es jedoch einen Zwischenfall. Alle, die sich schon ausgerechnet hatten, wann sie zu Hause wären, wurden enttäuscht, denn am 25. Januar erschien kein Offizier.

Erst am Mittag erfuhren wir, daß 1.000 Kameraden mit LKW von der Volkspolizei abgeholt und nach Bautzen ins Gefängnis geschafft wurden. Unsere Entlassung zögerte sich um einen Tag hinaus. Nun, wir hatten 4 Jahre ausgehalten, so hielten wir auch diesen Tag noch aus.<<

Der Dachdeckerlehrling Klaus S. berichtete aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/99): >>Der 26. Januar 1950 war dann aber tatsächlich der Tag unserer Entlassung ...

Vormittags um 10 Uhr ging es dann, nachdem wir nochmals gefilzt worden waren, durch den

großen Uhrturm, den eigentlichen Haupteingang.

Am 7. November 1946, abends 6 Uhr, hatte ich ihn das erste Mal passiert, am 26. Januar 1950, vormittags 10 Uhr, durchschritt ich ihn das zweite Mal und verließ damit das Todeslager Sachsenhausen für immer.<<

Bundeskanzler Adenauer erinnerte am 27. Januar 1950 im Deutschen Bundestag an das deutsche Kriegsgefangenen-Problem und berichtete ausführlich über die in Jugoslawien zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilten deutschen Offiziere (x026/90): >>... Besonders erschütternd sind die neuesten Nachrichten über das Schicksal der Kriegsgefangenen, die in Jugoslawien unter dem Vorwand von Untersuchungen über Kriegsverbrechen zurückgehalten worden sind. Diese Gefangenen sind bis zum Dezember 1949 in einem besonderen Lager interniert gewesen.

Wie aus einwandfreien Berichten hervorgeht, erfolgten Voruntersuchungen und Verhandlungen gegen diese Deutschen ohne Beachtung auch nur der elementarsten Rechtsgrundsätze. Es fanden Verhöre unter verschärften Bedingungen, verbunden mit Schlägen, Folterungen, Einzelhaft und Nahrungsentzug statt. Von Gewährung irgendeines Rechtsschutzes kann keine Rede sein.

Nach den neuesten, der Bundesregierung vorliegenden Nachrichten wurde die große Mehrheit der Gefangenen im Dezember vorigen Jahres in das Staatsgefängnis Mitrowitz übergeführt. Es besteht aber Grund zu der Annahme, daß fast alle deutschen Gefangenen inzwischen im Schnellverfahren zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, wenn nicht in vielen Fällen sogar die Todesstrafe ausgesprochen ist. ...

Als Sofortmaßnahme wurde die Alliierte Hohe Kommission gebeten, die Aufschiebung der Vollstreckung etwa ergangener Todesurteile und die Aushändigung einer Namensliste sämtlicher Verurteilter mit den erkannten Strafen und der Untersuchungsgefangenen mit Angabe der Anklagepunkte zu erwirken.

Auf die besondere Eilbedürftigkeit der erbetenen Schritte ist die Alliierte Hohe Kommission ausdrücklich hingewiesen worden. Im übrigen ist der jugoslawischen Regierung auch auf anderem Wege das dringende Verlangen der Bundesregierung nach Freilassung dieser Kriegsgefangenen unterbreitet worden.

Sie werden verstehen, meine Damen und Herren, daß diese Vorgänge uns nicht zum Abschluß eines Handelsvertrages mit Jugoslawien ermutigen.

Lassen Sie mich ein Wort an die gesamte Weltöffentlichkeit richten: Hier handelt es sich um solche Vergehen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, daß die gesamte Öffentlichkeit auf der ganzen Welt sich dagegen empören muß.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangengeschichte berichtete später über die politischen Maßnahmen Jugoslawiens, deutsche Kriegsgefangene gegen wirtschaftliche Vorteile zu entlassen (x130/244): >>Vielleicht erklärt sich hieraus, daß die Todesurteile an den Österreichern (1949/50) vollstreckt wurden, während man die deutschen Todeskandidaten zu Freiheitsstrafen begnadigte und schließlich (nach mehr als 3 Jahren, sobald man den Handelsvertrag abgeschlossen hatte) repatriierte. ...

... Die Offiziere von Werschetz sind amnestiert worden, sobald die Bundesrepublik Deutschland mit Jugoslawien einen Handelsvertrag abgeschlossen hatte, ... so daß der Foltertod der Werschetzer um so sinnloser gewesen ist.<<

Tschechoslowakisch-nordamerikanisches Übereinkommen vom 31. Januar 1950 über die Zusammenführung von 20.000 Deutschen mit ihren Familienangehörigen in Westdeutschland (x004/356-357): >>... Am 26. Oktober 1949 bat die Bundesregierung die Alliierte Hohe Kommission der Überführung von 45.000 Deutschen und Volksdeutschen aus der CSR, Polen und den deutschen Gebieten unter polnischer Verwaltung zuzustimmen.

Sie schätzte, daß 20.000 Personen aus der CSR und 25.000 Personen aus Polen und den be-

setzten deutschen Ostgebieten kommen würden. Zweck der Umsiedlung war, die betreffenden Personen mit ihren bereits in Westdeutschland durch die Aussiedlung im Jahre 1945 und 1946 ansässig gewordenen Angehörigen zusammenzuführen.

Der Rat der Alliierten Hohen Kommission stimmte diesem Ansuchen am 25.11.1949 zu und beschloß in der vierten Sitzung des Komitees für Flüchtlinge und Displaced Persons am 14.12.1949, den Briten die Führung der Verhandlungen mit den polnischen Behörden und den Amerikanern die Führung der Verhandlungen mit den tschechoslowakischen Behörden zu übertragen.

Am 31.1.1950 erzielten das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission in Prag und ein Vertreter der Abteilung für verschleppte Personen der "Hohen US-Kommission" mit der tschechoslowakischen Regierung ein Übereinkommen über die technischen Einzelheiten bei der Umsiedlung der 20.000 in der CSR befindlichen Personen. Den Unterhandlungen wohnten auch Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes bei.

Dies ist der Text des Übereinkommens:

"Im Zusammenhang mit der Auswanderung aus der CSR im Zuge der Familienzusammenführung der bereits in Deutschland ansässig gewordenen Deutschen von 20.000 Personen deutscher Volkszugehörigkeit werden zwischen dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission einerseits und dem tschechoslowakischen Innenministerium andererseits folgende Verfahren und technische Einzelheiten festgelegt:

Allgemeines:

A. Daß die Auswanderung seitens der Betreffenden freiwillig ist und sich gemäß der tschechoslowakischen Auswanderungsbestimmungen vollzieht.

B. Daß hinsichtlich der Eigentums- und Vermögenswerte der Betreffenden die bestehenden Zollbestimmungen für Auswanderung aus der CSR angewandt werden.

2. Durchführungsbestimmungen:

A. Das Innenministerium wird dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission nach und nach Listen der betreffenden Personen (insgesamt 20.000) liefern.

B. Nach der Genehmigung werden diese Listen vom Permit Office der Alliierten Hohen Kommission dem Innenministerium zurückgegeben. Auf Grund dieser genehmigten Listen wird das Innenministerium wenigstens einen, ungefähr 400 Personen umfassenden Transport wöchentlich abfertigen, der über Furth im Wald nach Deutschland geleitet wird. Der erste Transport wird Mitte März 1950 stattfinden.

C. Das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wird für jeden Transport 6 Exemplare einer Liste anfordern, auf der Name, Geburtsdaten, Geburtsort und deutsche Bestimmungsorte jeder angeführten Person verzeichnet sind. Das Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wird ebenso 2 ausgefüllte Zuzugsansuchen und 3 Paßbilder für jede in den Listen aufgeführte Person anfordern, außer für Kinder unter 16 Jahren, die in Begleitung ihrer Eltern reisen. Wo Kinder unter 16 Jahren allein reisen, sind für sie ebenfalls die notwendigen Unterlagen auszustellen.

D. Sowohl die Listen als auch die Gesuche sollen dem Permit Office der Alliierten Hohen Kommission wenigstens 4 Arbeitstage vor der vorgesehenen Abreise des Transportes vorliegen.

E. Nach Erhalt der Liste und der Gesuche wird der Permit Office der Alliierten Hohen Kommission provisorische Ausweise für jede aufgeführte Person ausstellen und wird die Liste für die Einreise des Transportes nach Deutschland bestätigen.

F. Wenigstens 24 Stunden vor planmäßiger Abreise des Transportes werden die vollständigen Unterlagen für jeden Transport dem Innenministerium zu übergeben sein. Unmittelbar nach dem Ausladen werden die tschechischen Züge nach der CSR zurückgehen.

G. Das Internationale Rote Kreuz wird den Aussiedelnden bei der Anfertigung der erforderli-

chen Unterlagen behilflich sein.

H. Technische Abänderungen dieser Bestimmungen können erst 14 Tage nach Übereinkunft in Kraft treten.

3. Hinsichtlich der Überführung von 25.000 Deutschen aus Polen und aus den polnisch besetzten Gebieten haben die Briten noch keinen endgültigen Bericht vorgelegt, obwohl inoffiziell bekanntgegeben wurde, daß mit den Transporten am 1.3.1950 begonnen werden wird. Sowie weitere Unterlagen vorliegen, werden sie bekanntgegeben.<<

Die SED-Zeitschrift "Neue Berliner Illustrierte" berichtete am 2. Februar 1950 über die Entlassung von Häftlingen aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen (x126/194): >>Ausreichend ernährt und gekleidet sind alle Insassen des Lagers. ... Die Rationen entsprechen der an die arbeitende Bevölkerung bis Dezember 1949 ausgegebenen (Lebensmittelkarte 2) ...<<

Am 8. Februar 1950 beschloß das ZK der SED ein "Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung", um die Verstaatlichung des Sports zu beschleunigen (x009/412).

Am 8. Februar 1950 wurde das Ministerium für Staatssicherheit gegründet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Staatssicherheitsdienst" (SSD bzw. STASI) in der SBZ (x009/420-421): >>Politische Geheimpolizei der SBZ. Schon Ende 1945 begann der Aufbau eines geheimen Polizeiapparates zur Verfolgung politischer Gegner des SED-Regimes, indem bei den Landes- und Kreisbehörden der Volkspolizei Kommissariate 5", kurz "K 5" genannt, gebildet wurden.

Ende 1946 wurde bei der Deutschen Verwaltung des Innern auch auf zentraler Ebene ein Referat "K 5" innerhalb der Kriminalpolizei errichtet, das politische Delikte als "Auftragsangelegenheiten der Besatzungsmacht" bearbeitete.

Parallel dazu entstand durch Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission vom 12.5.1948 ein "Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums", dem die "administrative Kontrolle des gesamten Volkseigentums" übertragen wurde.

Beide Stellen wurden nach Gründung der "DDR" am 7.10.1949 zunächst zu der "Hauptverwaltung Schutz der Volkswirtschaft" im Ministerium der Innern (Mdi) zusammengefaßt, danach durch Gesetz vom 8.2.1950 zu einem Ministerium für Staatssicherheit zusammengefaßt (MfS) verselbständigt. ...

Nach dem "Juni-Aufstand" in "Staatssekretariat für Staatssicherheit" umgewandelt und erneut dem Mdi unterstellt. Seit November 1955 wieder MfS. Minister seit 1957: Erich Mielke als Nachfolger des in Ungnade gefallenen Ernst Wollweber. Im Februar 1957 hat das MfS die Bereitschaftspolizei, Deutsche Grenzpolizei ... an das Mdi abgegeben.

Sitz des MfS: Berlin-Lichtenberg, Bezirksverwaltungen in allen Bezirkshauptstädten und im Sowjetsektor Berlins; Kreisdienststellen in den Kreisen; Beauftragte in Industriebetrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Bis 1954 waren allen Einheiten des SSD Instrukteure des sowjetischen MGB zugeteilt.

Arbeitsweise: Ermittlungs-, Untersuchungs- sowie Vernehmungsmethoden nach Vorbild des KGB; stützt sich in erster Linie auf Berichte seiner Geheimen Informanten (Spitzelwesen)

Der SSD hat sämtliche Lebensbereiche der SBZ gegen alle nichtsowjetischen Regungen und antikommunistische Gedanken geheimpolizeilich zu "sichern". Daneben betreibt er Spionage, Sabotage, Diversion (Ablenkung) und Zersetzung in West-Berlin, in der Bundesrepublik und zum Teil auch im westlichen Ausland.

Die "offensive" Tätigkeit des SSD obliegt der "Hauptverwaltung Aufklärung" (HVA) im MfS, die sich auf teils legale, teils illegale "Residenturen" (Spionageköpfe) stützt. Fiese "Residenturen" arbeiten konspirativ (d.h. streng verdeckt).

1. in den gesamtdeutschen Abteilungen aller Parteien und Massenorganisationen und Einrichtungen, die durch Kontakte auf dem Wege der Infiltration in die Bundesrepublik hinein wirken;

2. in der Wirtschaft und der technisch-militärischen Forschung außerhalb der SBZ.

Der SSD unterliegt keiner Kontrolle durch die Volkskammer ... Er ist lediglich der Form nach an die Sozialistische Gesetzlichkeit gebunden. Er verletzt sie häufig, wenn auch die bis 1954 festgestellten Vernehmungsmethoden (Licht-, Wasser- und Kältezellen, Verpflegungsentzug, schwere Mißhandlungen) selten geworden sind. Die erwünschten Aussagen erzielt der SSD nötigenfalls durch zermürbende Dauerverhöre.

Der Hauptabteilung V des MfS obliegen in der Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung VIII Planung und Durchführung von Verschleppungen aus dem Westen (Menschenraub).

SSD-Angehörige führen Militärdienstgrade und haben neben SSD-Ausweis auch Kripo-Ausweis und getarnte Papiere.

Stärke: etwa 13.000 Zivilkleidung tragende Offiziere, Unteroffiziere und Angestellte, einschließlich der 1.450 Angehörigen des MfS ohne das 3.000 Mann starke Wachregiment des MfS.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Ministerium für Staatssicherheit" - MfS – (x009/295): >>Zentralbehörde des Staatssicherheitsdienstes.

Der Minister (Generaloberst Erich Mielke) hat 3 Stellvertreter: die Generalmajore Otto Last, Otto Walter, Markus Wolf (sämtlich SED). - Der Hauptteil des Ministeriums für Staatssicherheit ist in Berlin-Lichtenberg.

8 Hauptabteilungen haben operative Aufgaben bei "Sicherung" der SBZ gegen alle freiheitlichen und nichtkommunistischen Bewegungen und Einflüsse.

I. Sicherung der Streitkräfte (NVA und Polizeitruppen);

II: Spionage-Abwehr;

III: Sicherung der allgemeinen Wirtschaft; ...

V: Kampf gegen verdächtige Vereinigungen;

VI: Sicherung der Schwerindustrie und Forschung;

VII: Sicherung der Volkspolizei;

VIII: Verkehrssicherung, Schutz leitender Staats- und Parteifunktionäre. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetische Geheimpolizei "KGB" (x009/213): >>... Entstehungsgeschichte: In den Revolutionstagen wurde die Tscheka zur "Bekämpfung der Gegenrevolution und Sabotage" (Gesetz vom 5.9. und 2.11.1918) gegründet.

Am 6.2.1922 wurde die Tscheka in OGPU - Vereinigte Staatliche politische Verwaltung - umbenannt. Diese ging in dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, dem NKWD auf (10.7.1934).

Am 3.2.1941 erfolgte die Abtrennung der eigentlichen Geheimpolizei und die Bildung des NKGB (Volkskommissariat für Staatssicherheit).

Im März 1946 Umbenennung in Ministerien: MGB = Ministerium für Staatssicherheit, wurde im März 1953 in das KGB umgewandelt; MWD = Ministerium für Innere Angelegenheiten. (Dies, zuletzt auf uniformierte Polizei und Paßwesen beschränkt, wurde als zentrale Behörde im Januar 1960 aufgelöst. Seine Aufgaben gingen an die Innenministerien der Gliedstaaten der Sowjetunion über).

Die Bedeutung des KGB hat seit Mitte 1960 wieder zugenommen. Nach Stalin ist die Geheimpolizei eine "Drohung an die Bourgeoisie, eine immer wachsame Wache der Revolution, das entblößte Schwert des Proletariats".

In der SBZ hat das KGB 3 Aufgaben:

Die Voruntersuchung in politischen Prozessen, die die Sowjetischen Militärtribunale an sich

ziehen, die Beobachtung der zivilen Sowjetbürger in der SBZ und die Beobachtung der politischen Parteien und der Strömungen in der Bevölkerung.

Dazu dient ein Netz von Agenten und Spitzeln. (Das Verhältnis zum praktisch untergeordneten Staatssicherheitsdienst der SBZ ist teils durch Zusammenarbeit, teils durch Überwachung bestimmt). Die sowjetischen Mitarbeiter des KGB sind ausgewählte linientreue Bolschewisten und sowjetische Nationalisten. Die Brutalität ihrer Vernehmungsmethoden ist bekannt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das polizeiliche "Meldewesen" (x009/283-284): >>... Das polizeiliche Meldewesen wird zur besseren Überwachung der Bevölkerung besonders streng gehandhabt.

Die Möglichkeit, sich an 2 Orten anzumelden (2. Wohnsitz), besteht nicht. Jede - auch vorübergehende - Änderung des Wohnsitzes muß binnen 3 Tagen gemeldet und im Personalausweis eingetragen werden.

Neben der polizeilichen Meldung ist noch eine weitere Eintragung im Hausbuch notwendig. Dies gilt auch für vorübergehenden besuchsweisen Aufenthalt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Hausvertrauensleute" in der SBZ (x009/177): >>Durch die sowjetischen Militärbehörden unmittelbar nach der Kapitulation eingesetzte Vertreter von Hausgemeinschaften.

Sie waren für die vollständige Beteiligung der Hausbewohner an Aufräumarbeiten und Dienstleistungen für die Rote Armee verantwortlich. Später übernahmen sie die Verteilung der Lebensmittel und stellten die ersten politischen Zeugnisse für die Entnazifizierung aus.

Ihre Wahl durch die Hausbewohner und ihre Aufgaben wurden 1952 gesetzlich geregelt. Heute sind sie verpflichtet, alle Personen, die vorübergehend in ihrem Haus auf Besuch weilen, oder Hausbewohner, die auch nur kurzfristig verreisen, den örtlichen Polizeibehörden zur Registrierung zu melden, Versammlungen der Hausbewohner zu organisieren und unter Umständen dem SSD (Staatssicherheitsdienst) Auskünfte über politisch verdächtige oder geflüchtete Hausbewohner zu erteilen.

Von einer generellen Verpflichtung aller Hausvertrauensleute zur Spitzeltätigkeit für den SSD kann jedoch keine Rede sein.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das sogenannte "Hausbuch" in der SBZ (x009/176): >>An- und Abmeldung für Dauer- und Besuchsbewohner eines jeden Hauses in den Städten der SBZ, das vom Hausbesitzer oder Hausverwalter zu führen ist.

Dem zuständigen Polizeirevier sind die Eintragungen mitzuteilen. Soll angeblich nur allgemeines Meldewesen erleichtern, dient aber wesentlich der politischen Überwachung aller Reisenden und Umziehenden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Postzensur" in der SBZ (x009/333): >>Das im Art. 8 der Verfassung garantierte Postgeheimnis wird ständig gebrochen.

Vielen Hauptpostämtern sind Kontrollstellen des SSD koordiniert. Mindestens 50 solcher Briefkontrollstellen des SSD, früher "Auffangstelle für anti-demokratischen Schriftverkehr", heute "Dienststelle 12" genannt, bestehen, die vor allem die aus dem Westen kommende und nach dort gerichtete Post kontrollieren.

Der Telefon- und Telegrafverkehr wird durch besondere Beauftragte der Post überwacht. Diese haben den Auftrag, verdächtige Sendungen dem SSD zuzuleiten.

Die Paketkontrolle wird durch das Am für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs durchgeführt. ...<<

Konrad Adenauer schrieb am 8. Februar 1950 an den Vorsitzenden der Hohen Kommission der Alliierten in Deutschland, John McCloy (x095/102-103):

>>Lieber Herr McCloy!

Heute finde ich in deutschen Zeitungen die Mitteilung, daß ein amerikanischer Sprecher anscheinend gestern folgendes erklärt hat:

"Dr. Adenauer habe bisher sehr wenig für eine gute Zusammenarbeit zwischen seinen Regierungsstellen und der gesamten Presse getan und dürfe sich heute nicht über das Echo wundern."

Anscheinend hat derselbe Sprecher von mir auch behauptet, daß ich in Oberhausen von einer "konstanten Boshaftigkeit" der Auslandspresse gesprochen habe.

Ich gestatte mir, Ihnen mitzuteilen, daß ich niemals eine derartige und ähnliche Äußerung getan habe. Ich darf diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen meine gestrigen mündlichen Darlegungen schriftlich zu wiederholen.

Jede öffentliche Kritik alliierter Stellen an der Bundesregierung sollte tunlichst vermieden werden, weil sie das Ansehen der Bundesregierung und der Bundesrepublik in der deutschen Öffentlichkeit sehr beeinträchtigt.

Durch solche Kritik nützt man nur denjenigen, die entweder sagen, die Bundesregierung stehe vollständig unter der Herrschaft der Alliierten – siehe die Ostzone – oder aber nationalistischen Elementen. ...<<

Nach einer Resolution der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED vom 9. Februar 1950 wurde die Parteipresse zum "operativen Organ der Parteileitung".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Parteipresse" der SED (x009/322): >>Umfaßt das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" und 15 Organe der Bezirksleitungen der SED mit Lokalteilen für jeden Kreis.

Zur Parteipresse der SED sind auch die Tageszeitungen "Tribüne" des FDGB und "Junge Welt" der FDJ zu zählen.

Nach Lenins Worten "die schärfste Waffe unserer Partei" ... Als "Presse neuen Typus" lehnt sie den "verfluchten Nur-Journalismus" (d.h. Berufsjournalismus) ab, will vielmehr "die werktätigen Massen erziehen, ihr politisches Bewußtsein heben, sowie zum revolutionären Handeln führen".

Form und Inhalt der Parteipresse der SED sind ausschließlich nach diesen Gesichtspunkten gestaltet. Alle Redaktionen haben die gleiche Struktur. Die wichtigen Ressorts sind Parteileben (d.h. Anleitung der Parteimitglieder) und Propaganda (Vermittlung der marxistisch-leninistischen "Wissenschaft").

Die redaktionelle Gestaltung richtet sich nach dem Zentralorgan "Neues Deutschland" und den Weisungen der Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED.

Jede Veröffentlichung in der Parteipresse der SED, gleichgültig, wer als Verfasser zeichnet, gilt als offizielle Verlautbarung. ...

Der Bezug der Parteipresse der SED ist für Parteimitglieder Pflicht; sie muß jedoch als amtliches Mitteilungsblatt und aus Mangel an anderen Zeitungen von weiten Kreisen der übrigen Bevölkerung ebenfalls bezogen werden. ... Den Klagen über die Eintönigkeit der Parteipresse der SED wird mit dem Hinweis begegnet:

"Nichts ist interessanter, kühner, lebendiger, kritischer und schärfer als die konsequente Anwendung der marxistisch-leninistischen Publizistik" (Hermann Axen auf der Pressekonferenz des Parteivorstandes der SED am 9. und 10.2.1950).

Das Vorbild der Parteipresse der SED ist die sowjetische Presse.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Presse" in der SBZ (x009/335-336): >>Die Presse ist im kommunistischen Bereich eines der wichtigsten Mittel zur Massenbeeinflussung und zur Verbreitung der kommunistischen Ideologie.

Die gesamte Presse, über die eine Postzeitungsliste herausgegeben wird, ist Lizenzpresse. ... Zeitungslizenzen erhalten ausschließlich die SED, die Massenorganisationen und die durch die Blockpolitik gleichgeschalteten Parteien. ...

Zentrale Lenkungsinstanz ist die Abteilung "Agitation und Propaganda" des ZK der SED, nachgeordnete Instanzen sind das Presseamt beim Ministerpräsidenten, die Presseabteilung der zentralen Leitungen der Blockparteien und der Massenorganisationen und die entsprechenden Instanzen in den Bezirken. Die Einheit der Nachrichtenpolitik wird durch den ADN gewährleistet.

Von der in der Verfassung (Art. 9) proklamierten freien Meinungsäußerung kann keine Rede sein.

In der SBZ erscheinen 39 Tageszeitungen, davon 9 Tageszeitungen im Sowjetsektor Berlins. Die Höhe der Auflagen wird geheimgehalten. Die Gesamtauflage aller Zeitungen dürfte mehr als 4 Millionen Exemplare übersteigen. ... Bei den Auflagen der SED-Presse ist zu berücksichtigen, daß ganze Berufsstände zum Abonnieren von SED-Blättern verpflichtet sind und daß der Abonnementkreis der "bürgerlichen" Presse durch Papierzuteilung begrenzt wird. ...

Inhaltlich unterscheiden sich die Zeitungen kaum. Der Nachrichtenteil unterliegt in gleicher Weise wie die redaktionellen Meinungsäußerungen der zentralen Lenkung. Auslandsmeldungen dürfen nur vom ADN übernommen werden. ...

Ebenso wie die Tagespresse sind die Wochen- und Monatszeitschriften der Massenorganisationen gelenkt. Sogar die Fach- und Sportpresse usw. besitzt einen umfangreichen politischen und ideologischen Teil.

Das Fehlen von objektiven Nachrichten und der eintönige Stil und Inhalt der sowjetzonalen Presse begründen ein starkes Bedürfnis nach westlicher Publizistik.

Die Verbreitung westlicher Presse wird als Hetze gegen die "sozialistische Ordnung" aufgefaßt und mit Zuchthausstrafen bedroht. ...<<

Die Briten lieferten am 14. Februar 1950 den ehemaligen ostpreußischen Gauleiter Koch an Polen aus.

Erich Koch (1896 in Elberfeld/Wuppertal geboren) wurde erst im März 1959 zum Tod verurteilt. Diese Todesstrafe (wegen Massenmord an polnischen Zivilisten) wandelte man jedoch später in lebenslängliche Haft um, da Koch nachweislich geisteskrank war und deshalb nach polnischem Strafrecht nicht hingerichtet werden durfte. Koch starb wahrscheinlich im Jahre 1986 (x030/207).

Am 15. Februar 1950 trafen 2.200 deutsche Häftlinge aus dem sowjetischen Internierungslager Buchenwald in der sächsischen Strafanstalt Waldheim ein.

Ein Häftling berichtete später über die Ankunft im Zuchthaus Waldheim (x126/211): >>In verdrahteten Viehwagen unter schärfster Bewachung der Vopo (Volkspolizei), die mit Hunden, Pistolen, Karabinern, Maschinenpistolen und Scheinwerfern den Transportzug sicherte, trafen wir am 15. Februar 1950 nachts im Zuchthaus Waldheim ein.

Als wir durch das Tor schritten, stürzten sich aus dunklen Ecken und Mauernischen Vopos auf uns, schlugen uns die Kopfbedeckungen herunter, entrissen uns Koffer und Aktentaschen und trieben uns mit Schlägen und Fußtritten in die Zellen. ...<<

Das sowjetische Internierungslager Bautzen (mit etwa 5.400 deutschen Häftlingen) wurde im Februar 1950 von der Volkspolizei übernommen.

Im sowjetischen Internierungslager Bautzen wurden insgesamt ca. 30.000 deutsche Gefangene inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 7.000 Häftlinge). Von Mai 1945 bis Februar 1950 kamen hier etwa 12.000 Häftlinge um (x126/182). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe des Lagers und des Dorfes Niederkaina in Massengräbern bestattet. Mindestens 4.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Das sowjetische Internierungslager Buchenwald bei Weimar wurde im Februar 1950 aufgelöst. Die restlichen 2.200 deutschen Häftlinge wurden von den DDR-Behörden übernommen und in das Zuchthaus Waldheim transportiert.

Im sowjetische Internierungslager Buchenwald wurden insgesamt ca. 32.000 deutsche Frauen

und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 10.000-12.000 Häftlinge).

Von August 1945 bis Februar 1950 kamen hier mehr als 12.000 Häftlinge um (x126/172-173). Die Toten wurden größtenteils am Südhang des Ettersberges oder beim Dorf Hottelstedt in Massengräbern bestattet. Mindestens 2.100 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Die 20jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtete über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/110): >>... Als im Februar 1950 das KZ Sachsenhausen aufgelöst wurde und wir der Volkspolizei der DDR übergeben wurden, sagte mir ein russischer Posten: "Bei deinen Deutschen wirst auch du das Weinen lernen!" Der Junge war ein Prophet!<<

Eva F. wurde schließlich im Januar 1954 freigelassen (x126/110).

Im Rahmen der Entnazifizierung bearbeiteten die deutschen Spruchkammern bis Februar 1950 über 6 Millionen Fälle, die wie folgt eingestuft wurden (x118/197): >>1.667 Hauptschuldige, 23.060 Belastete, 150.425 Minderbelastete, 1.005.854 Mitläufer, 1.213.873 Entlastete und 4.000.000 Fälle von Jugendamnestie.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. März 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/106-110): >>4. März 1950. Die Menschlichkeit hat gestern wieder einmal an der Zonengrenze einen Sieg errungen. ...

Nach den zwischen Polen, der Tschechoslowakei und den westlichen Besatzungsmächten getroffenen Vereinbarungen sollen zunächst weitere 45.000 Deutsche, die noch in diesen Ländern wohnen und Angehörige in Westdeutschland haben, nach hier umgesiedelt werden. Gestern traf der erste Transport Männer, Frauen und Kinder auf dem noch im sowjetischen Besatzungsgebiet liegenden Bahnhof Arenshausen ein. ... Aber der britische Hohe Kommissar, General Robertson, wollte plötzlich nicht mehr.

... Die Engländer und Amerikaner wollen damit verhindern, daß Menschen in ihre Gebiete abgeschoben werden, die man in den bisherigen Ländern offenbar nicht "gebrauchen kann". Außerdem soll diese Umsiedlungsaktion, so heißt es in den Kommentaren der Alliierten, nicht dazu benutzt werden, um alle Deutschen ostwärts der Oder-Neiße-Linie auszuweisen. Sondern man will nur diejenigen Deutschen im Westen aufnehmen, die Verwandte hier haben und für die auch ein Unterkommen garantiert ist. ...

Währenddessen warteten auf dem Bahnhof Arenshausen, nur wenige Kilometer von Friedland entfernt, aber durch 2 Schlagbäume mitten in Deutschland schlimmer als durch eine internationale Grenze getrennt, die vielen, von der langen Fahrt übermüdeten Menschen, froren, bangten, hofften. Wird man uns aufnehmen? Dürfen wir in den Westen? Geben die Briten nach? Oder müssen wir wieder zurück? ...

Auf der westlichen Seite wurde weiter beratschlagt. Der niedersächsische Flüchtlingsminister, Pastor Albertz, fuhr an die Grenze, verhandelte am Schlagbaum mit den britischen Offizieren, versuchte sie umzustimmen, appellierte an die Vernunft und die Menschlichkeit. Er erklärte, daß es keinem Deutschen verwehrt werden könne, nach Deutschland zu wollen. ...

Seit dem frühen Morgen warteten Friedländer Omnibusse darauf, endlich nach Arenshausen fahren zu können. Jetzt fuhren sie einfach los. Entgegen der Anweisung. Ohne Befehl. Und dann kamen sie wieder zurück. Mit den ersten Umsiedlern. ...

Die da ankamen, zu Fuß das Niemandsland zwischen den Schlagbäumen durchschreiten mußten, während die Omnibusse das umfangreiche Gepäck brachten, waren Deutsche. ...

Aber sie hatten seit langer Zeit "offiziell" nicht mehr in ihrer Muttersprache gesprochen. Es kamen Kinder an der Hand der Eltern, die nicht ein Wort deutsch verstanden und von der Heilsarmee verschenkte Apfelsinen für "schöne bunte Kartoffeln" hielten. Die Mütter mußten übersetzen. Es war erschütternd ...

Wie eng waren Glück und Schmerz gestern beisammen. Einer der Männer des Transportes

hatte seit mehr als 4 Jahren zum letzten Mal etwas von seinen Angehörigen vernommen. Kaum einige Stunden im Lager, hielt er vor Rührung weinend die genauen Adressen in Händen ... Nicht mehr lange, dann war er wieder bei der Familie.

Zu sehr gefreut hatte sich der alte Herr, der kurze Zeit nach dem Überschreiten der Zonengrenze tot zusammenbrach. Die Aufregungen der letzten Wochen waren zu viel für ihn. Vergebens wird irgendwo im Westen jemand warten. Dieser alte Mann hat ausgelitten. Für die letzte Ruhestätte braucht niemand eine Einreisegenehmigung. Der Flüchtlingsfriedhof beim Lager Friedland wird ihn aufnehmen.

Nach einer Mitteilung der Lagerleitung sind diesem ersten Transport aus Polen auffällig viele alte und alleinstehende Leute angegliedert worden. Facharbeiter hält man gern zurück. ...

... 35 % der Kinder leiden an schweren Mangelschäden, mindestens 5 % an schwerer Dystrophie. Bei 58 Männern und Frauen wurden Herz- und Lungenerkrankungen festgestellt. ...

Im übrigen wurden sämtliche Umsiedler in "Fälle" aufgeteilt. ... "A-Fälle" sind solche Leute, die beim Ehepartner oder Verwandten gerader Linie Aufnahme und Unterkunft finden können. Zu "B-Fällen" werden Umsiedler gezählt, die bei Verwandten einen Unterschlupf erhalten. Schlechter sind die "C-Fälle" dran. Sie haben niemanden hier in den Westzonen oder wissen nicht, wo ihre Verwandten oder Familien leben. Diese Umsiedler müssen "irgendwo eingewiesen werden".

Wie man hört, werden Hamburg und Schleswig-Holstein keine B- und C-Fälle aufnehmen. Denn alle westdeutschen Bundesländer haben Vertreter nach Friedland geschickt, die die Umsiedler "übernehmen" sollen. ...<<

Das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, wurde am 10. März 1950 aufgelöst. Rd. 5.700 deutsche Häftlinge transportierte man in die Zuchthäuser Hoheneck-Stollberg, Torgau und Waldheim.

Im sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen wurden insgesamt ca. 50.000 deutsche Frauen und Männer inhaftiert (durchschnittliche Belegung: 12.000-16.000 Häftlinge).

Von August 1945 bis März 1950 starben hier etwa 15.000-20.000 Häftlinge (x126/91). Die Toten wurden größtenteils in der Nähe von Schmachtenhagen in Massengräbern bestattet. Etwa 5.000-7.000 Inhaftierte verschleppte man zur Zwangsarbeit in die UdSSR.

Die politischen Häftlinge des gefürchteten Internierungslagers Bautzen protestierten am 22. März 1950 in einem Brief gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im sog. "gelben Elend".

Entlassene Häftlinge des Internierungslagers Bautzen schmuggelten damals folgenden Brief in die Bundesrepublik Deutschland (x126/197-202):

>>Liebe Freunde!

Nachdem alle Protestschritte der Insassen des Lagers Bautzen keine Besserung der Verhältnisse bewirkt haben, richten wir diesen Notschrei und Hilferuf an die Weltöffentlichkeit.

Wir, das sind mehr als 6.000 Häftlinge, davon 1.000 Tbc-Kranke wenden uns an Euch und bitten, unseren Brief der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Diese 6.000 Menschen vegetieren unter unmenschlichen Verhältnissen und warten auf den Tod.

... Bei Übergabe des Straflagers von der sowjetischen an die deutsche Verwaltung betrug die Belegschaftsstärke der acht Säle ... durchschnittlich 400 Mann. Diese Überbelegung der Säle, wobei jedem Insassen eine Schulterbreite von ca. 34 cm als Schlaflfläche auf den Holzpritschen zugebilligt wurde, hat infolge der immer schlechter werdenden Ernährung zu einer Erhöhung der Tbc-Krankenziffer um 15 % geführt.

Der schon ohnehin geschwächte Körper ist, nachdem die Verpflegung unter deutscher Regie noch einmal wesentlich schlechter wurde, dem Verfall völlig preisgegeben. ... Der Häftling hat in den hiesigen Massenunterkünften bei diesen Hungersätzen keine Aussicht auf Erhaltung der Gesundheit und des Lebens. Die Tbc-Krankenziffern steigen täglich. ... Die Ansteckungs-

gefahr ist gewaltig. Die morgendliche und abendliche Zählung wird in Kehrtstellung, mit dem Rücken zum Zählenden vorgenommen, denn selbst die Aufsichten fürchten sich vor Ansteckung. Selbst die geringe Tbc-Zusatzverpflegung, die die Sowjets in den Konzentrationslagern in Einzelfällen gewährten, wurde hier gestrichen. ...

In der Landesstrafanstalt Bautzen, in der normalerweise ca. 1.200 Häftlinge untergebracht waren, sind zur Zeit über 6.000 Menschen zusammengepfercht, die unschuldig unter Vorgabe unsinniger Gründe und Verdächtigungen durch sowjetische Militärtribunale zu durchschnittlich 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden.

Alle wurden verhaftet oder entführt und sind, ohne daß die Angehörigen etwas über ihren Verbleib erfuhren, von einem Tribunal ohne Verteidiger, Staatsanwalt und ohne Zeugen, unter Hinzuziehung eines Dolmetschers, der kaum deutsch sprach, entgegen jeder Rechtsauffassung verurteilt worden.

Wir sind heute noch zu 350 und 400 Häftlingen in Sälen von 33 x 12 Metern untergebracht, deren vergitterte Fenster bis oben hin mit Blechblenden verschlossen sind. Als Waschschüsseln dienen alte Brotkästen. Seife gab es seit 3 Monaten keine. Die Fingernägel müssen wir abbeißen oder an zersprungenen Fensterscheiben abschleifen. Für die Zehennägel steht (für alle) eine alte Kneifzange zur Verfügung. 3 Toiletten, die oft ohne Wasserzuführung sind, kein Toilettenpapier, keine Zahnbürste, kein Fieberthermometer im Saal. Wenig, fast gar keine Medikamente in einer offenen Pappschachtel. Bei greller Beleuchtung harren wir von Tag zu Tag auf eine Erlösung.

Die Kleidung zerfällt am Leibe. Nadeln, Faden, Flickklappen und Stopfzeug sind verboten. Die Ergänzung der unbrauchbaren Wäsche ist völlig ungenügend. Selbst die Zustellung von Ostzonenzeitungen, die zur politischen Umerziehung der Häftlinge geliefert wurden, ist seit dem 1. März 1950 unterblieben, von Papier, Bleistift oder Büchern ganz zu schweigen.

Die Jugendlichen, die zum Teil mit 14 Jahren eingekerkert wurden, sind körperlich zurückgeblieben und geistig und moralisch verkommen. Sie haben keine Möglichkeit der Weiterbildung und sind mit ihrem unterernährten Körper den Seuchen und Krankheiten besonders ausgesetzt.

Die Verbindung mit den Angehörigen ist nicht mehr möglich. Am 12. Dezember 1949 ging die letzte Post von hier ab, nachdem seit Mai 1949 ein paar Briefe an die Angehörigen geschrieben werden durften.

Die Wachtürme – neben der ca. 5 Meter hohen Mauer und dem vierfachen Stacheldraht, der elektrisch geladen ist, sind jetzt mit deutschen Volkspolizisten besetzt, die mit den Karabinern Anschlagübungen auf die Häftlinge vornehmen. Der tägliche Spaziergang von 30 Minuten muß in völligem Schweigen durchgeführt werden, zu je 8 Mann eingehakt, in genau angemessenen Entfernungen. Ein großer Teil der Insassen besitzt nur noch Reste von Schuhen und kann deshalb den Raum überhaupt nicht mehr verlassen.

Das Essen muß mit uralten, z.T. durchlöchernten, übelriechenden Holzbottichen aus der Küche geholt werden und wird aus den verschiedenen Schüsseln mit rohen Holzlöffeln eingenommen. Das Brot wird mit Holzmessern zerkleinert.

Als Liegestätten gibt es Reihenholzpritschen in unzureichender Anzahl. Die uralten dreckigen Strohsäcke sind nur noch mit Strohmehl gefüllt. Die Pritschen sind mit Ungeziefer, Wanzen und Flöhen verseucht. Eine Ungezieferbekämpfung gibt es nur dem Namen nach.

... Das Rote Kreuz und andere internationale Organisationen, die das Streben nach Menschlichkeit als ihr oberstes Ziel ansehen, sollen Zutritt zu diesem Elendslager fordern. ...

In unserer heutige Zeit, die mindestens dieselbe ist, wie sie seit 5 Jahren in den Konzentrationslagern der sowjetischen Besatzungszone bestand, wenden wir uns an die westdeutsche Öffentlichkeit und das Weltgewissen.

Wir bitten alle Zeitungen und Rundfunkstationen, die Öffentlichkeit auszuklären und uns in

die Erinnerung aller freien Menschen zurückzurufen. Wir richten diesen Appell an die Menschlichkeit aller, die sich dem unmenschlichen Regime, das hier am Tode und der Verzweiflung Tausender schuldig ist, nicht beugen wollen. Wir rufen die Menschen des Westens auf, denen zu helfen, die unschuldig in die Maschen der kommunistischen Terrorjustiz geraten sind.

WIR RUFEN DEN WESTEN! ...

DRINGENDE HILFE TUT NOT! Wenn nicht schnellstens geholfen wird, gehen wir alle zugrunde. 16.000-18.000 hat diese gelbe Elendslager bis heute an Todesopfern gekostet. Täglich kommen neue Opfer hinzu.

Wir rufen das Internationale Rote Kreuz und alle anderen internationalen Hilfsorganisationen!

Wir rufen alle Vereinigungen, Verbände, Gruppen, Parteien!

Wir rufen die kirchlichen und karitativen Verbände!

Wir wenden uns an alle freien und hilfsbereiten Menschen!

Helft uns!

Noch sind Tausende von unschuldigen Menschen zu retten.

Wir hoffen auf Euch! ...<<

Der Ministerrat der Volksrepublik Ungarn beschloß am 25. März 1950 eine Verordnung betreffend die Aufhebung der Anwendung der im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsvorgaben (x008/105E-106E):

>>Die Wiederherstellung der Gleichberechtigung der in Ungarn verbliebenen Volksdeutschen.

Verordnung Nr. 84/1950 (III. 25.) M. T. des Ministerrates der Volksrepublik Ungarn, betreffend die Aufhebung der Anwendung der im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsvorgaben.

(Verwaltungsordnungsnummer: 5.122., 5.530. und 8120.)

§ 1

1) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung finden die im Zusammenhang mit der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung Ungarns erlassenen Einschränkungsvorgaben keine Anwendung mehr.

2) Die im Sinne der im Absatz (1) erwähnten Vorgaben, bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung durchgeführten behördlichen Maßnahmen bleiben in Kraft, und aus ihnen können weder Schadensersatz- oder sonstige Ansprüche hergeleitet werden.

3) Strafrechtliche oder Verwaltungsverfahren, die wegen eines Verstoßes gegen die in Absatz (1) erwähnten Vorgaben vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung eingeleitet wurden, sind ebenso wie die in ihrem Verlauf bereits ergangenen Beschlüsse oder getroffenen Maßnahmen nicht länger durchführbar.

§ 2

Der betroffenen Person ist gemäß § 1 Absatz (1) ein sich in ihrem tatsächlichen Besitz befindliches Grundstück, das nicht größer als zehn Katastraljoch ist, zu belassen.

§ 3

1) Alle Personen, die unter die Bestimmungen der Umsiedlungsvorgaben fallen, ohne umgesiedelt worden zu sein, ebenso wie diejenigen, die zwar umgesiedelt worden sind, die sich aber im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung in Ungarn aufhalten und gemäß der einschlägigen Vorgaben ihrer Meldepflicht entsprochen haben, sind ungarische Staatsangehörige und mit den übrigen in jeder Hinsicht gleichberechtigte Bürger der ungarischen Volksrepublik.

2) Denjenigen Personen, die unter die Bestimmungen der Umsiedlungsvorgaben fallen, ohne daß auf sie die in Absatz (1) festgelegten Voraussetzungen zutreffen, kann der Innenminister in schutzwürdigen Fällen die ungarische Staatsangehörigkeit verleihen, wenn sie sich

als hierfür würdig erweisen. Entsprechende Anträge sind innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung über den ersten Beamten eines kommunalen Selbstverwaltungsverbandes bzw. über eine ungarische Auslandsvertretung einzureichen.

Doby István m. p., der Vorsitzende des Ministerrates.

Übersetzt aus "Magyar Közlöny" Nr. 52 vom 25. März 1950, S. 402 ff.<<

Die Aussiedlung der Volksdeutschen wurde damit offiziell eingestellt, denn sie wurden wieder zu ungarischen Staatsbürgern erklärt. Diese Gleichstellung wirkte sich für die Deutschen jedoch verhängnisvoll aus, weil sie als ungarische Staatsangehörige keine Ausreisegenehmigung erhielten. Da jetzt weder eine Aus- noch Einreise möglich war, gab es zunächst keinen Weg mehr, um auseinandergerissene Familien wieder zusammenzuführen (x008/69E-70E).

Im gefürchteten DDR-Zuchthaus Bautzen ("dem sog. gelben Elend") protestierten am 31. März 1950 mehrere tausend politische Häftlinge gegen die unmenschlichen Haftbedingungen (x126/197): >>Wir haben Hunger! ... Freiheit! ... Wir rufen das Rote Kreuz! ...<<

Nach Abbruch der Protestaktion stürmten DDR-Polizeinheiten das Zuchthaus, um die Häftlinge mit Gummi- und Holzknüppeln zu bestrafen.

Im Rahmen der sog. "Aktion Link" wurden von März 1950 bis Ende 1951 fast 44.000 Deutsche aus getrennten Familien zusammengeführt und nach Westdeutschland geholt (x001/154E). Die polnischen Behörden hielten sich allerdings nicht an die Vereinbarungen. Meistens wurden nicht die angeforderten Personen ausgewiesen, sondern oft handelte es sich um Kranke, Alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche (x001/155E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über das Schicksal der zurückgebliebenen Deutschen in Polen und in den polnisch verwalteten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/154E-157E): >>... Infolge des Abstoppens der Ausweisungen kam es zu zahlreichen gewaltsamen Trennungen von Familienangehörigen. Frauen blieben in Polen oder Ostdeutschland zurück, deren Männer bei ihrer Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft nach Mittel- oder Westdeutschland gekommen waren, und zahlreiche Deutsche, selbst Kinder, wurden nun als wichtige Arbeitskräfte in Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten festgehalten, obwohl ihre engsten Angehörigen schon lange ausgewiesen waren.

Um diesen Zustand zu beheben, haben britische Behörden unter Mitwirkung des Deutschen Roten Kreuzes die sog. "Aktion Link" in die Wege geleitet mit dem Ziele, die getrennten Familien zusammenzuführen. Im Rahmen dieser Aktion, die von März 1950 bis Ende 1951 andauerte, sind noch einmal fast 44.000 Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westdeutschland gekommen. Allerdings haben die polnischen Behörden auch hier nicht die Vereinbarung eingehalten, indem sie meist nicht die angeforderten von ihren Angehörigen in Westdeutschland getrennten Personen auswiesen, sondern in der Mehrzahl Kranke, Alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche, auf deren Verbleiben in den polnisch verwalteten Ostgebieten sie wenig Wert legten.

Seit dem Ende der Aktion Link sind nach Westdeutschland und offenbar auch nach der sowjetischen Besatzungszone nur noch ganz vereinzelt Deutsche über die Oder-Neiße-Linie nach Westen gekommen. ...

Nachdem 1950/51 mit den letzten größeren Ausweisungstransporten aus Polen und den polnisch verwalteten Gebieten die Ausweisung der Deutschen zum Stillstand gekommen war und Hunderttausende von Deutschen schon vorher infolge der katastrophalen Lebensverhältnisse, unter denen sie besonders in den Jahren 1945 und 1946 zu leben hatten, zugrunde gegangen waren, blieb von der Bevölkerung deutscher Staatsangehörigkeit, die bei Kriegsende in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße gelebt hatte, und von den Deutschen, die ehemals in Danzig und in Polen ansässig gewesen waren, noch insgesamt etwa eine Million zurück.

Gegenüber diesen Menschen, von denen ein kleiner Teil auf Grund der Zugehörigkeit zum

polnischen Volkstum oder zur polnischen Sprachgemeinschaft freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft angenommen hatte, wurde nun nach Abschluß der Ausweisung in erhöhtem Maße die Politik der Zwangsoptionen aufgenommen, durch die die noch im Lande befindlichen Deutschen dem polnischen Staat eingegliedert werden sollten.

Noch im Dekret der polnischen Regierung vom 28. April 1946 war daran festgehalten worden, daß die polnischen Bürgerrechte nur denjenigen Personen ehemaliger deutscher Staatsangehörigkeit zustanden, deren polnische Volkszugehörigkeit nachgewiesen werden konnte und die gegenüber dem polnischen Volk und Staat eine "Treueerklärung" geleistet hatten.

Da sich nur sehr wenige von den damals noch im Lande befindlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit als Polen fühlten und von der Möglichkeit, die polnische Staatsbürgerschaft zu erlangen, Gebrauch machten, haben die polnischen Behörden vielerorts versucht, allen denen die polnische Staatsbürgerschaft aufzuzwingen, die sie auf Grund irgendwelcher äußerst fragwürdiger Voraussetzungen, etwa weil sie polnisch klingende Namen besaßen oder weil sie polnische Sprachkenntnisse hatten, als autochthone Polen reklamieren zu können glaubten. –

Später wurden diese verzweifelten Versuche, einen beachtlichen Teil der noch in ihrer Heimat lebenden Deutschen als Polen zu deklarieren, jedoch fallen gelassen. Durch das Dekret vom 8. Januar 1951 wurde verordnet, daß allen Personen ehemals deutscher Staatsangehörigkeit, die sich noch in Ostdeutschland befinden, gleich ob sie deutscher oder polnischer Volkszugehörigkeit sind, ob sie polnisch oder deutsch sprechen, die polnische Staatsbürgerschaft zusteht.

Auf Grund dieser Bestimmung erhöhte sich überall in den polnisch verwalteten Gebieten Ostdeutschlands der auf die Deutschen ausgeübte Druck, für Polen zu optieren. Wie viele Deutsche diesem Druck inzwischen nachgegeben haben ist gegenwärtig kaum feststellbar.

Sicher ist jedoch, daß sehr viele von ihnen noch heute eine Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft verweigern, weil sie fürchten müssen, damit endgültig die Aussicht auf ein Entinnen aus einem ideologisch und national fremden Staatsgebilde und ihren Anspruch auf eine Zusammenführung mit ihren in Mittel- oder Westdeutschland lebenden Angehörigen zu verlieren. Vom Roten Kreuz allein wurden bisher insgesamt 204.000 Deutsche aus Polen und den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten registriert, die ihre Überführung nach Deutschland beantragt haben.

Eine solche Entwicklung konnte von der polnischen Regierung auch dadurch nicht aufgehalten werden, daß sie die Diskriminierungen der Deutschen aufhob und zuließ, daß heute in manchen Gegenden und Orten Schlesiens und Pommerns wieder regelmäßige deutsche Gottesdienste abgehalten werden und deutsche Schulen wiedererrichtet sind, was zweifellos darauf hinzielte, die Deutschen zum Bleiben und zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft zu bewegen.

Aus alledem wird deutlich, wie sehr sich die Situation gegenüber 1945 in ihr Gegenteil verkehrt hat. Waren die Polen damals an einer möglichst schleunigen Vertreibung interessiert, so sehen sie sich heute dazu gezwungen, entweder durch Drohungen oder durch Entgegenkommen die Deutschen als Staatsbürger zu gewinnen.

Indem die Leiter des polnischen Staates durch ihre Maßnahmen zu erkennen geben, daß sie die radikale Vertreibungspolitik - aus welchen Gründen auch immer - selbst nicht mehr gutheißen, wird in sehr eindringlicher Weise deutlich, daß die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung in jeder Hinsicht eine politische Fehlentscheidung war. Sie brachte unsägliches Leid und erschreckend hohe Menschenverluste über ein Volk, belastete eine ganze Nation, ja, ganz Europa und die westliche Welt mit dem schier unlösbaeren Problem der Vertriebenen und schadete im letzten Grunde auch dem polnischen Volk mehr, als es ihm nutzte.

Die Vertreibung hat damit längst aufgehört, ein internes deutsches Problem zu sein; sie ist zu einer Frage geworden, die die politische und soziale Ordnung und Sicherheit der ganzen west-

lichen Welt gefährdet. ...<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schrieb später über die Umsiedlung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/103): >>... Nach 1951 handelte es sich um noch kleinere Gruppen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland ausreisten; die Umsiedlung wurde jetzt von dem staatlichen Touristikunternehmen "Orbis" durchgeführt. Die Ausreise über die im Stalinismus dicht geschlossene Grenze war zu einem Privileg geworden und sollte es im Wesentlichen bis in die späten achtziger Jahre hinein bleiben. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 2. April 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/110): >>2. April 1950. Die Transporte aus den polnisch besetzten Gebieten rollen. Menschen, Menschen kommen in Friedland an. ...

Aber wo sollen sie wohnen? Wer vermag sie zu kleiden? Wie werden sie ihren Unterhalt verdienen?

Und die vielen alten Leute ... Wer wird für sie sorgen?

Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen sind bereits in den Westzonen aufgenommen worden.

Und immer weiter fließt der große Strom von Ost nach West.<<

Die politischen Häftlinge des gefürchteten Internierungslagers Bautzen protestierten am 6. April 1950 in einem weiteren Brief gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im sog. "gelben Elend".

Entlassene Häftlinge des Internierungslagers Bautzen schmuggelten damals folgenden Brief in die Bundesrepublik Deutschland (x126/203-210):

>>Bautzen, den 6. April 1950

Deutsche Männer und Frauen!

Zum zweiten Male rufen wir Euch, rufen wir jeden, der noch Anspruch auf die Bezeichnung Mensch erhebt, aus dem gelben Elendsbau in Bautzen um Hilfe. Erhört unseren dringenden Notschrei, denn wir haben nach der Absendung des ersten Berichtes Furchtbares erlebt!

Am 31. März, an dem wiederum von Tausenden unschuldiger Menschen in ihrer Angst vor dem Hunger, vor der Tuberkulose, in ihrer unermeßlichen seelischen Qual und Ungewißheit um das Schicksal ihrer Angehörigen ein Notschrei aus der äußersten Verzweiflung in die Öffentlichkeit hinausgeschrien wurde, wurden wir von der Meute der entmenschten Volkspolizei mit grausamster Brutalität niedergeschlagen.

Alte und Junge, Kranke und Invaliden. Opfer des Faschismus und Kriegsversehrte wurden derart mit Gummiknüppeln, Koppeln und Fußtritten bearbeitet, daß Hunderte mit schweren Kopfverletzungen, Knochenbrüchen, Blutergüssen und Verrenkungen darniederliegen.

Die entmenschten Polizisten, die auch diesmal unter dem Kommando von Polizeirat Schulz standen und die durch Hinzuziehung einer an der tschechischen Grenze stationierten Alarmeinheit verstärkt worden waren, gingen bei dieser blutigen Aktion vollkommen planmäßig vor, indem sie jeweils in einen abgeschlossenen Saal eindrangen - in dem bis zu 400 Mann auf kleinstem Raum zusammengepfercht leben müssen - und dort in der allerbrutalsten, gemeinsten Art und Weise die Kranken, von Hunger geschwächten, wehrlosen Menschen durch die Gänge trieben, zur Tür hinausprügelten und die Treppe hinunterstürzten.

Selbst die diensthabenden Gefängnisärzte, die sich schützend vor die Gefangenen stellten, wurden rücksichtslos mit Gummiknüppeln niedergeschlagen, dann tobte sich der 'Mut' der blauen Banditen selbst an den Schwerkranken in viehischer Weise aus.

Die Hilfeleistung der Saalärzte an bewußtlos im Saal und auf der Treppe liegenden Inhaftierten wurde von Polizeirat Schulz mit der satanisch-zynischen Bemerkung begleitet "Laßt die Hunde verrecken!"

Man darf die Anzahl der Verletzten mit etwa zwei Drittel der Gesamtbelegschaft annehmen. Noch einmal, unter diesen Bedingungen vielleicht zum letztenmal, rufen wir die ganze zivilisierte Welt, wenden wir uns an die Gerechtigkeit und Menschlichkeit einer demokratischen, besseren, freien Welt, noch einmal entrollen wir vor der Öffentlichkeit die Vorgänge von Bautzen.

Nachdem in den ersten Tagen des Februar dieses Jahres die deutsche Verwaltung das Gefangenenlager Bautzen übernommen hatte, in dem etwa siebentausend Unschuldige schmachten, begann sie ihr Regime mit einer Kürzung der Lebensmittelrationen.

Die Verpflegung bestand nun: Frühmorgens aus heißem Wasser mit vereinzelt Nudeln, mittags aus einer Futterrunkelbrühe, eingesäuerten Mohrrüben oder Kartoffelschalensuppe mit Sauerkrautfäden.

Die Tuberkulose, die schon vorher als Schreckgespenst vor den Häftlingen gestanden hatte, wütete mit jedem Tage stärker, Medikamente waren praktisch nicht vorhanden, die sanitären Einrichtungen in einem Zustande, der es jedem erlaubte, sich auszurechnen, wann er dem würgenden Tod oder dem Hunger zum Opfer fallen würde.

Wie unsagbar schlecht, wie katastrophal die sanitären Zustände und der Gesundheitszustand der Häftlinge waren und sind, geht wohl am eindeutigsten aus der traurigen Tatsache hervor, daß bei der Übernahme des Lagers kein Amtsarzt sich bereit erklärte, weder Behandlungen und Betreuung noch etwa gar die Verantwortung für diese sechstausend zum größten Teil schwerkranken, behandlungsbedürftigen Insassen zu übernehmen, und daß selbst heute noch die ärztliche Behandlung allein in den Händen von gefangenen Ärzten liegt, denen lediglich ein Sanitätswachtmeister beigegeben ist.

Schwebt den Amtsärzten der DDR vielleicht das Schicksal der Ärzte in den ehemaligen Konzentrationslagern der Nazis vor Augen?

Die Volkspolizei sperrt die Post; die Zeitungslieferungen wurden eingestellt; jede kulturelle Betätigung innerhalb der einzelnen Säle ist verboten. Wir Häftlinge wurden als Verbrecher beschimpft, die Zählungen in Kehrtstellung durchgeführt.

So wurde die Belegschaft des Lagers ganz systematisch in eine Angstpsychose hineingetrieben, die sich noch ganz erheblich steigerte, als selbst sechs Wochen nach der Übernahme durch die deutschen Organe sich keiner der zuständigen Offiziere oder Verwaltungsbeamten dazu hatte bewegen lassen, auch nur mit einem Wort sich über die rechtliche Lage der Inhaftierten zu äußern.

Die Saalältesten und die Vertrauensleute wiesen immer und immer wieder in dringlichen Meldungen und beschwörenden Appellen die verantwortlichen Stellen auf diese Angstpsychose vor Hunger und Tbc hin.

In wiederholten Schreiben baten sie den Kommandeur, doch mit einigen aufklärenden Worten über den Fortgang der Dinge diese seelisch vollkommen zugrunde gerichteten Menschen zu beruhigen. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß die jahrelange unmenschliche Haft mit ihren grausamen Bedingungen die Menschen vollkommen seelisch zermürbt und zerstört hatte.

Es war alles vergebens; es rührte und regte sich nichts. Hunger, Tbc und seelische Qualen trieben die Menschen zum Äußersten. Am 13. März rissen sie die Fenster auf und schrien ihre Not, ihre Angst und ihr Elend, schrien damit aber auch zugleich die Schande und die Schmach dieses Regimes in die Öffentlichkeit.

Diese Rufe mußten den Machthabern grausam in den Ohren gegellt haben, denn schon am nächsten Tage gaben Inspektoren, hohe Offiziere, Verwaltungsbeamte und Minister einander die Türklinke in die Hand, und am 16. März erschien in den einzelnen Sälen eine deutsch-russische Offizierskommission.

Während die russischen Offiziere lediglich die Versicherung abgaben, nicht nur in Karlshorst,

sondern auch den Herren Pieck und Grotewohl unsere Lage eingehend zu schildern und eine Klärung herbeizuführen, versprachen die deutschen Polizeioffiziere - vor allem der traurig berüchtigte Polizeirat Schulz - das Blaue vom Himmel. Aufbesserung der Verpflegung, Verlegung der Jugendlichen, Arbeitsmöglichkeit für alle, Erneuerung der Bekleidung, sofortige Postzustellung, die Möglichkeit zu schreiben und unbeschränkt Pakete zu empfangen, Zahnbürsten, Kämmе, Seife sollten ausgegeben werden usw. Bautzen schien sich mit einem Male in ein Erholungslager verwandeln zu wollen.

Wer aber die Herren bei ihren Versprechungen ansah, konnte ihnen die befohlenen und bewußten Lügen vom Gesicht ablesen, und am deutlichsten dokumentierte sich die Wut und Angst in den Worten des Polizeirats Schulz: "Sie sollen alles haben, aber schreien Sie um Gottes willen nicht wieder."

Wir Häftlinge schrien nicht wieder. Wir hatten Verständnis mit verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, wir waren auch nicht so gemein wie unsere Wärter; denn wir glaubten – sogar nach all den Jahren der Gemeinheiten und der Quälereien - an das Wort eines deutschen Beamten.

Aber wiederum geschah gar nichts. Das Hungern ging weiter, Tuberkulose herrschte, die Lage verschärfte sich noch, als deutsche Volkspolizisten von den Wachtürmen herab Anschlagübungen auf uns Inhaftierte vornahmen, als das Essen sich von Tag zu Tag noch mehr verschlechterte und als laufende Neuzugänge die qualvolle Enge noch steigerten, die Seuchengefahr vergrößerten.

Diese armen Opfer, diese schwer Tuberkulosekranken, wurden auf offenen Lastwagen hier eingeliefert, so daß bei der Ankunft schon ein Toter zu beklagen war und am gleichen Tage noch zwei Inhaftierte verstarben.

Wieder waren es die Gefangenen selbst, die in zahlreichen schriftlichen und mündlichen Gesuchen um eine Unterredung mit einem der verantwortlichen Männer nachsuchten. Nichts geschah.

Zum erneuten Male wurden die Menschen in einen Zustand getrieben, der ihnen den Genickschuß oder die Gaskammer als humanitärer, weil schnellere und schmerzlosere Methoden erscheinen ließ!

Um alle, aber auch restlos alle Möglichkeiten auszuschöpfen, wendeten sich die einzelnen Säle sogar an die höchsten Stellen in der DDR, unabhängig voneinander richteten sie auf dem Dienstwege an die verschiedenen Regierungsstellen der DDR Gesuche und baten um Abstellung der unmöglichen - weil zum Tode von tausenden Unschuldiger führenden - Zustände; baten um Klärung ihrer rechtlichen Stellung und vor allem um ein ordentliches Gerichtsverfahren, das ja nur ihre Unschuld beweisen konnte.

Als wiederum Tage und Wochen vergingen, ohne daß das Geringste erfolgte, genügte nunmehr eine Geringfügigkeit, um aus dieser Situation eine spontane Kundgebung hervorgehen zu lassen.

Am 31. März dieses Jahres schlug dann die Verzweiflungsstimmung um, wehrten sich ... Tausende gegen den immer näher rückenden Würgeengel Tbc und den Hungertod, schrien sie zum zweiten Male ihre Angst, Not und Pein in die Welt hinaus.

Am Mittag hatte man uns wieder eine stinkende dünne Runkelbrühe vorgesetzt; zu gleicher Zeit 'durfte' jeder Häftling eine Karte mit dem vorgeschriebenen Text schreiben:

"Liebe(r) ... !

Teile Euch mit, daß Ihr mir innerhalb acht Wochen einmal schreiben könnt und auch ich Euch in dieser Zeit einmal schreibe. Besuchs- und Paketempfang zur Zeit noch nicht gestattet. Herzlichen Gruß! ..."

Dieser neue Wortbruch, diese neue Gemeinheit führte endlich zu den Vorgängen des 31. März.

Wiederum wurden spontan die Fenster aufgerissen, wiederum gellten die tausendfachen Schreie und Sprechchöre den Kerkermeistern und Henkersknechten entgegen, wiederum schrien 6.000 gequälte, halbverhungerte Menschen all ihre Not in eine Welt, von der allein sie sich Hilfe versprachen!

Und wenn auch weit über die Hälfte aller Häftlinge diesen Hilfeschrei mit schweren Verletzungen, mit Schmerzen und mit Blut bezahlen mußten, wenn auch die 172 Volkspolizisten mit ihren 16 Offizieren in Gegenwart höchster, goldbetreßter Herren, die sich dieses erhebende Schauspiel nicht entgehen lassen wollten, ihren Mut bewiesen und uns wehrlose Menschen derartig zusammenschlugen, daß noch heute die Opfer mit ausgeschlagenem Auge, bewußtlos und der Sprache beraubt mit zerschlagenen Knochen darniederliegen, ja, selbst wenn noch einige von uns diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen müßten, da sie bei dieser Behandlung und Kost kaum den Blutverlust ersetzen können, so haben wir, so hat die gesamte Welt doch das Angesicht dieses Regimes als Fratze des Teufels erkannt.

Die Repräsentanten dieser Schandrepublik der DDR selbst stürmten mit Gummiknüppeln in der Hand die Säle und Zellen, in denen die Häftlinge ruhig auf ihren Pritschen saßen, sie selbst knüppelten alte, weißhaarige Männer nieder; sie schrien ihren Männern immer wieder zu: "Schlagt vor allem die Jugendlichen zusammen! Schlagt die Verbrecher tot!"

Freie Menschen in Deutschlands Westen!

Wenn Ihr nur einen Blick in unsere Säle hättet werfen können, nur einen einzigen Blick während dieser schmachvollen Vorgänge, wenn Ihr gesehen hättet, wie alte Männer, die ein Lebensalter schon im Dienste der Gemeinschaft standen oder für die sozialistische Bewegung sich eingesetzt hatten, nicht nur körperlich, sondern auch seelisch vollkommen zusammenbrechen, als sie von 18- bis 20jährigen politisch zuverlässigen Bestien den neuen Sozialismus eingepregelt bekamen, wenn Ihr gesehen hättet, wie man die Kranken von den Liegestätten herunterwarf und blindwütig mit Gummiknüppeln auf sie einschlug, dann würdet Ihr, freie Menschen, mit grenzenlosem Entsetzen und namenloser Empörung vor diesem Verbrechen stehen, vor diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen fünf Jahre nach der Beseitigung des Regimes, dessen es würdig wäre.

Genossen und Parteifreunde!

Deutsche Menschen diesseits und jenseits der Grenzen! In unserer namenlosen Verzweiflung und Not wenden wir uns an Euch, wir wenden uns an alle Parteien und Organisationen! An die kirchlichen Verbände und Religionsgemeinschaften!

Wir wenden uns an den Kampfbund gegen die Unmenschlichkeit und das Ministerium für Wiedervereinigung!

Wir wenden uns an das Rote Kreuz und die Liga für Menschenrechte!

Wir wenden uns an alle Demokraten, an alle Menschen in einer freien Welt:

Hört unseren Schrei!

Hört den Schrei der 6.000 gequälten und hungernden Gefangenen, die in Euch ihre allerletzte Hoffnung sehen, die von Euch Rettung für sich und ihre Familien ersehnen.

Hört uns und helft uns!

Helft den Tausenden von Unschuldigen, die als Opfer einer blutigen Tyrannei schon 20.000 ihrer Kameraden in der Erde verscharren mußten!

Hört uns, Genossen der SPD!

Tausende Eurer Genossen wurden von den Banditen der Einheitspartei ermordet, hört die Überlebenden und helft ihnen.

Hört uns, Freunde der CDU, LDPD!

Eure besten Mitglieder sind es, die hier brutal und systematisch zu Tode gequält werden, weil sie es gewagt hatten, für ihre Partei einzutreten!

Hört uns, ihr Menschen jenseits der deutschen Grenze!

In der allerhöchsten Not schreien wir zu Euch!
 Schon einmal habt Ihr Legionen Unschuldiger, Gequälter vom Tode errettet, duldet nicht, daß zum zweiten Male unersättliche Machtgier, niedrigste animalische Instinkte und teuflische Mordlust sich an aufrechten Menschen austoben!
 Menschen in allen Ländern! Erhört uns! Prangert diese Verbrecher und ihre viehischen Willkürakte an!
 Ruft durch Eure gesamte Presse die anständigen Menschen auf zum Kampf gegen dieses Untermenschentum!
 Schickt unseren Schrei der Not und Verzweiflung durch Draht und Radio durch alle Welt!
 Genossen! Freunde! Menschen!
 6.000 beschwören Euch! Hört den Aufschrei dieser Gemarterten!
 Jeder Tropfen Blut, der hier vergossen wurde, muß brennen im Gewissen der Menschheit, muß brennen als Schandfleck eines Blutregimes!
 Duldet nicht länger, daß Verbrecher und Mörder ihre sadistischen Triebe an Unschuldigen austoben! Laßt es nicht zu, daß nach der braunen jetzt die rote Diktatur mit denselben Methoden jede Menschlichkeit niederknüpelt und finsternes Mittelalter nochmals zur Herrschaft gelangt!
 Erhört unseren Notschrei!
 Hört ihn, alle, die Ihr noch Menschenantlitz tragt und die Ihr noch einer menschlichen Regung fähig seid!
 Hört und helft uns. Legt diesen Unmenschen, legt diesem Blutregiment das Handwerk!
 Genug des unschuldig vergossenen Blutes! Genug der Opfer, die im Kampfe gegen Willkür und Diktatur, gegen Sklaverei und Knechtschaft fielen! Genug der Opfer, die hinter Stacheldraht in elenden Baracken, in Zellen und Gaskammern, in Konzentrationslagern hingemordet wurden! Genug der Opfer, die Hunger, Seuchen und Tuberkulose grinsend hinwegrafften! Genug der unschuldigen Toten! Nicht mehr Tod und Vernichtung, Leben und Aufbau sollen regieren!
 Wir rufen die gesamte zivilisierte Welt!
 Wir wollen nicht dem Hunger und der Tuberkulose zum Opfer fallen!
 Wir wollen nicht langsam verrecken wie hilfloses Vieh!
 Wir rufen die freien Menschen in aller Welt!
 Wir wollen arbeiten, aufbauen, leben!
 Wir wollen der Freiheit in der ganzen Welt zum Siege verhelfen!
 Erhört uns, Brüder und Schwestern in der ganzen Welt!
 Helft uns!<<

Herbert Wehner (1906-1990, von 1949-1983 SPD-Abgeordneter des Bundestages) trug diesen zweiten Brief aus Bautzen im Mai 1950 während des SPD-Parteitages in Hamburg vor.

Die Zeitschrift "Stern" forderte am 16. April 1950 (x043/128): >>... **Schluß mit den Bomben auf Helgoland**

Helgoland, einst das Juwel unter den Nordseeinseln, gleicht heute einer Mondlandschaft. Menschenhand hatte dem roten Felsen Glanz verliehen; Menschenhand vernichtete ihn.

Schon 1945 mußten die Einwohner unter Zurücklassung aller privaten Habe die Insel räumen. 1947 wurden die Befestigungsanlagen in die Luft gejagt; ein Rauchpilz wuchs in die Wolken, der seinesgleichen nur bei Atomexplosionen hatte.

Und was damals noch übrigblieb, dessen nahmen sich dann die Bomben an, Bomben in tiefstem Frieden. Helgoland wurde zur Zielscheibe der Royal Air Force.

Jetzt nach 3 Jahren, hat die britische Regierung zum ersten Mal eine zeitweilige Unterbrechung des Bombardements angeordnet.

Dieser Beschluß erfolgte, nachdem Helgoländer Fischer gegen die Bombardierung ihres Fried-

hofes protestiert hatten, und dieser Protest von dem konservativen Abgeordneten Professor Savory im Unterhaus vorgetragen wurde. ...

Mit der dauernden Einstellung des Bombardements und der Erlaubnis zur Wiederbesiedlung der Insel würde eine jener sinnlosen Hypotheken aufgekündigt, die das deutsch-englische Verhältnis fast unerträglich belasten, und deren Zinsen nur von radikalen Kräften eingestrichen werden.

Noch ist es nicht zu spät. Doch die Zeit drängt. Denn die Insel Helgoland wird zwar nie wieder ein "Gibraltar des Nordens" sein. Aber sie könnte leicht zum "Stalingrad für die britische Besatzungspolitik" werden.<<

Das SED-Regime verkündete am 19. April 1950 das "Gesetz der Arbeit" (Veröffentlichung des Arbeitsgesetzbuches).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Arbeitsgesetzbuch" der SBZ (x009/30): >>... Als Grundlage der rechtlichen Regelung des Arbeitsverhältnisses werden die Arbeiter- und Bauernmacht, das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die Planwirtschaft bezeichnet.

Das Recht auf Arbeit wird in die Pflicht zur Arbeit umgedeutet. Der FDGB wird Schule des Sozialismus (Marxismus-Leninismus) und allseitiger Vertreter der Interessen der Werktätigen genannt, wobei die Interessen der Arbeitnehmer mit den Interessen des staatlichen Arbeitgebers und der SED identifiziert werden. ...

Das Lohnsystem wird auf das Leistungsprinzip gegründet. Erhöhung des Arbeitslohnes und der Verkürzung der Arbeitszeit wird von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität abhängig gemacht.

Weitere Kapitel enthalten Bestimmungen über die Arbeitsdisziplin und die Regelung von Arbeitsstreitigkeiten durch Konfliktkommissionen und Arbeitsgerichte.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Arbeitspolitik" in der SBZ (x009/34-36): >>Die kommunistische Arbeitspolitik geht von der Vorstellung aus, daß durch die Überführung der Produktionsmittel in Volkseigentum die natürlichen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben seien und die Interessen des "Staates", der als Eigentümer der Produktionsmittel gleichzeitig Arbeitgeber ist und nach den Anweisungen der SED die gesamte Volkswirtschaft wie ein Unternehmen plant und leitet, mit denen der Arbeitnehmer identisch seien.

Die Arbeitspolitik ist zur Funktion der Wirtschaftspolitik geworden. Ihr Hauptziel ist wirtschaftlicher Natur. Die Produktion soll mit allen Mitteln erhöht werden.

Der Fürsorgegedanke, im Parteijargon "die Sorge um den Menschen", ist zwar nicht ganz ausgeschaltet und wird je nach der politischen Situation und vor allem je nach Stimmung der Arbeiterschaft mehr oder weniger betont, aber der arbeitende Mensch wird auch dort, wo ihm Fürsorge zuteil werden soll, nur als Objekt der Arbeitspolitik behandelt.

Um Störungen dieser Arbeitspolitik auszuschalten, sind die arbeitenden Menschen ihrer Interessenvertretung beraubt. Die Betriebsräte wurden im Jahre 1948 abgeschafft und an ihre Stelle die Betriebsgewerkschaftsleitungen, die unteren Organe des FDGB gesetzt. ...

Obwohl Art. 14 Abs. 2 der Verfassung das Streikrecht der Gewerkschaften gewährleistet, wird es mit der Behauptung verweigert, die Werktätigen könnten nicht gegen sich selbst streiken. ...

Da der FDGB indessen die Führung der SED vorbehaltlos anerkennt, damit also dem Willen des "staatlichen Arbeitgebers" untergeordnet ist, kann er bei Wahrnehmung seiner Aufgaben nicht die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, sondern muß die "staatlichen" Interessen voranstellen.

In einem System ohne echte Interessenvertretung der Arbeitnehmer hat ein autonomes kollektives Arbeitsrecht keinen Platz. ...

Dem hervorragenden Ziel der Arbeitspolitik, der Erhöhung der Produktion, dienen:

- a) die Vermehrung der Zahl der Arbeitskräfte,
- b) ihr zweckmäßiger Einsatz und
- c) die Erhöhung der Arbeitsproduktivität.

a) Zur Vermehrung der Arbeitskräfte sollen alle Arbeitsreserven erschlossen werden. Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte ist daher ungewöhnlich hoch. Dieses Reservoir ist aber ziemlich erschöpft, obwohl weitere Anstrengungen gemacht werden, Frauen für die Produktion zu gewinnen. Erwerbsfähige Witwen erhalten keine Rente oder Sozialfürsorgeunterstützung. ... Auch Altersrentner sollen nach Möglichkeit noch weiter tätig sein. ...

c) Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wird als das geeignetste Mittel angesehen, die Produktion zu steigern, weil sie keine Vermehrung der Arbeitskräfte verlangt und gleichzeitig die Gesteungskosten vermindert. ...

Der Arbeitslohn soll darauf gerichtet sein, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Die materielle Interessiertheit wird ausgenutzt, indem der Lohn von der Leistung abhängig gemacht wird (Leistungslohn, Stücklohn, Prämienzeitlohn, Prämienstücklohn, Objektlohn). Die Löhne werden ergänzt durch Prämien für die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne und besondere Leistungen. Bei Stücklohn soll die Erhöhung der Arbeitsnormen zu größeren Leistungen zwingen, da dann nur die Wahl zwischen geringerem Lohn oder Mehrleistung bleibt. Aktivisten und Neuerer sollen die Normen in die Höhe treiben. Ihre Leistungen werden für die anderen Arbeitnehmer als vorbildlich hingestellt. ...

... Die Arbeitspolitik geht darauf aus, die körperlichen und geistigen Kräfte der schaffenden Menschen immer mehr zu beanspruchen. ... Auch die menschliche Eitelkeit wird in den Dienst der Arbeitspolitik gestellt. Auszeichnungen sollen zu besonderen Leistungen anspornen.

Mit dem sozialistischen Wettbewerb wird die Neigung, Kräfte und Können zu messen, in den Dienst der Arbeitspolitik gestellt. Eine strenge Arbeitsdisziplin soll dafür sorgen, daß die Ziele der Arbeitspolitik erreicht werden. Meister und Brigadiere haben die Aufgabe, ihre Kollegen zu hohen Leistungen anzutreiben. Durch Produktionspropaganda sollen die Arbeiter beeinflußt werden, ihre Arbeitskraft und ihre Intelligenz in den Dienst des Regimes zu stellen. Das wird "schöpferische Mitwirkung der Werktätigen bei der Erfüllung der Aufgaben und bei der Leitung der Betriebe" genannt.<<

Durch das Gesetz vom 21. April 1950 wurden der "Tag der Befreiung" (8. Mai) und der "Tag der Republik" (7. Oktober) zu Staatsfeiertagen erklärt.

In Waldheim begannen am 26. April 1950 die sog. "Kriegsverbrecherprozesse".

Bis Juli 1950 wurden 3.324 Verfahren abgewickelt. 33 Angeklagte verurteilte man zum Tod. 146 Personen erhielten lebenslängliche Haft. 1.901 Verurteilte mußten für 15-25 Jahre ins Zuchthaus. 947 Angeklagte wurden zu Haftstrafen von 10-14 Jahren verurteilt. 295 Personen erhielten bis zu 9jährige Haftstrafen. Nur 4 Angeklagte sprach man frei (x126/218).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Schauprozesse" in der SBZ (x009/379): >>Schauprozesse, früher offiziell "Prozesse vor erweiterter Öffentlichkeit" genannt, sind ein beliebtes Mittel der bolschewistischen Justiz, um abschreckende Wirkung auf die Bevölkerung auszuüben (Generalprävention).

"Die Verhandlungen vor breiter Öffentlichkeit ... können zur Stärkung des allgemeinen demokratischen Rechtsbewußtseins und der Einsicht in die Notwendigkeit, die demokratischen Gesetze zu achten, sowie als wirksame Waffe im Kampf um die Festigung unserer demokratischen Ordnung nicht hoch genug eingeschätzt werden" (Max Fechner in: "Neue Justiz" ...). ... Später wurde die Taktik in der Organisierung der Schauprozesse verändert.

An Stelle einer möglichst großen Zuhörerschaft wurden bestimmte Personengruppen zu einem Prozeß besonders eingeladen. Der Zutritt zu diesen Schauprozessen ist meist nur gegen Eintrittskarten möglich. Gericht und Verhandlungsraum sind durch die Volkspolizei abgesperrt.

Der Verlauf eines Schauprozesses ist meistens vorher genau abgesprochen. Oft konnte beobachtet werden, daß sich die Angeklagten in ihren Aussagen an vor der Hauptverhandlung niedergeschriebene Protokolle hielten.

Von für die "Bewußtseinsbildung" und Erziehung der Bevölkerung besonders geeignet erscheinenden Szenen werden Rundfunk- und Fernsehübertragungen gesendet und Wochenschau-Berichte hergestellt. ...<<

Der deutsche Journalist Karl Wilhelm Fricke berichtete später über die Waldheimer Prozesse (x126/216-218): >>Ein Volksschullehrer etwa wurde angeklagt, weil er – ohne daß ein individueller Schuldvorwurf erhoben worden wäre – die Schulkinder "im nazistischen Ungeist erzogen" haben sollte: 12 Jahre Zuchthaus.

Ein Journalist, Wirtschaftsredakteur der Wochenzeitschrift "Das Reich" wurde nur darum verurteilt, weil er das gewesen war: 12 Jahre Zuchthaus.

Ein Pfarrer bezichtigt, "die Nürnberger Rassegesetze gefördert" zu haben, indem er Kirchenbuchauszüge für den von Nazibehörden geforderten sogenannten Ariernachweis ausgefertigt hatte: 15 Jahre Zuchthaus.

Ein Angehöriger der Waffen-SS, Kriegsfreiwilliger, an Kriegsverbrechen nicht beteiligt, wurde nach 4 Jahren Internierung wegen Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation verurteilt: 15 Jahre Zuchthaus.

Einem als Treuhänder nach Polen verpflichteten Wirtschaftsjuristen wurde "Ausplünderung der polnischen Wirtschaft" vorgeworfen: 25 Jahre Zuchthaus.

Ein ehemaliger Landrat in Ostpommern und späterer Bürgermeister in Mecklenburg erhielt "wegen Unterstützung der Nazi-Herrschaft" lebenslanges Zuchthaus, ohne daß ein konkreter Schuldnachweis auch nur versucht worden wäre.

Der ehemalige Oberstaatsanwalt Wilhelm Rode, der niemals mit politischen Strafsachen befaßt war, teilte seine Verurteilung in einem Brief aus Waldheim ... mit folgenden Worten mit: "Bin wegen außerordentlicher Unterstützung der Gewaltherrschaft und Mittäterschaft an den insgesamt begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Zuchthaus, Vermögensentziehung und anderen Nebenfolgen als Hauptverbrecher verurteilt worden. Konkrete eigene Vorkommnisse sind mir nicht vorgeworfen." ...

Der Leiter einer großen Hypothekenbank in Berlin, von Quistrop (der dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstand), wurde als Reichsbankpräsident angeklagt; der Hinweis auf Schacht und Funk nutzte nicht viel. Auf die Frage Quistrops, ob unter diesen Umständen eine Verteidigung noch Zweck habe, verneinte der Richter. So konnte sehr rasch das Urteil von 18 Jahren Zuchthaus gefällt werden.

Ein alter Offizier hatte in Polen eine Gutsbesitzerin geheiratet und war dorthin übergesiedelt. Im Kriege war er als Dolmetscher eingestellt. Ihm wurde vorgeworfen, daß er durch seine Tätigkeit den Feinden des Nazismus geschadet habe. Als er die Frage, ob er auch an der Kristallnacht in Berlin mitgemacht habe, verneinte mit dem Hinweis, daß er ja in Polen gelebt habe, erklärte der Richter: "Entscheidend ist, daß Sie, wenn Sie in Berlin gewesen wären – bestimmt sich daran beteiligt hätten." ...

Wilhelm Hochstetter, der als Fabrikdirektor in Leipzig Ehrenkonsul von Haiti war, wurde vorgeworfen, daß er diese Stelle dazu benutzt habe, in Haiti für den Nazismus zu werben. Die Antwort, daß er nie in Haiti war und daß dieser Staat sich kaum für den Nazismus geeignet hätte, schützte ihn nicht vor 15 Jahren Zuchthaus.

Ein Volkssturmmann wurde nach dem sowjetischen Protokoll angeklagt, daß er eine bestimmte Brücke in Görlitz gesprengt habe; auf seinen Hinweis, daß zahlreiche in Waldheim anwesende Kameraden bezeugen, daß diese Brücke noch intakt sei, erklärte der Richter: "Dann haben Sie jedenfalls eine andere gesprengt." ...<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 27. April 1950 (x095/103-104): >>... Unter Brü-

ning, der gegenüber dem Ausland immer sehr "brav" war, hat man Deutschland nichts gegeben.

Dem Verbrecher Hitler hat man in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft fast alles gegeben, was er wollte.

Diese Erfahrung ist natürlich auch nicht dazu angetan, gegenüber den Alliierten zu vorsichtig zu sein.

Als die Saarfrage unlängst hier so viel Erregung hervorgerufen hat, ist von manchen Leuten gesagt worden, Frankreich habe Hitler 1935 die Saar zurückgegeben, dem demokratischen Deutschland nimmt es sie ab. ...<<

S. K. Hornbeck (Leiter der Fern-Ost-Unterabteilung im State Department) berichtete im April 1950 über die US-Verpflichtungen gegenüber Formosa - heute Taiwan - (x128/342): >>Wir haben vor 22 Jahren die nationalchinesische Regierung ... anerkannt; diese Regierung existiert noch heute, und wir erkennen sie auch noch an. Diese Regierung hat genau wie wir der totalitären Aggression Japans Widerstand entgegengesetzt ... (und) leistet wie wir der kommunistischen totalitären Aggression Widerstand.

In dem Konflikt zwischen Demokratie und Totalitarismus, in dem wir uns unausweichlich gegen unseren Willen befinden, kann es uns nichts nützen, wenn diese Regierung verschwinden würde.<<

Am 1. Mai 1950 wurde die Lebensmittelrationierung aufgehoben und die staatliche Lebensmittelbewirtschaftung (seit dem 27.8.1939 Ausgabe von Lebensmittelkarten) in der Bundesrepublik Deutschland beendet.

Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) schlug am 3. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, der später in der Montanunion verwirklicht wurde (x243/218): >>... Der Grund für die Überlegenheit (der) deutschen (Industrie) ist die deutsche Stahlproduktion zu Preisen, mit denen Frankreich nicht konkurrieren kann. ...

Mit der vorgeschlagenen Lösung wird das Problem der beherrschenden Stellung der deutschen Industrie ausgeräumt, deren Fortbestand in Europa Furcht verbreiten würde, eine Quelle ständiger Unruhe wäre, schließlich die europäische Einigung vereiteln und abermals den Untergang Deutschlands selbst bewirken müßte.

Diese Lösung schafft gemeinsame Expansionsbedingungen im Wettbewerb, ohne daß sich beherrschende Stellungen ergeben könnten.<<

Der Deutsche Bundestag beschloß am 4. Mai 1950, weitere 900.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln (x182/218).

Die Sowjetunion kündigte am 5. Mai 1950 die Entlassung von 17.538 deutschen Kriegsgefangenen an. Mehr als 13.000 deutsche Gefangene blieben weiterhin in sowjetischen Internierungslagern inhaftiert (x126/240).

Die deutschen Journalisten Paul Carell (1911-1997) und Günter Böddeker (1933-2012) schrieben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die Kreml-Mitteilung vom 5. Mai 1950 (x130/354): >>... Am 5. Mai 1950 veröffentlicht der Kreml eine Mitteilung, in der es hieß, daß die letzte Gruppe der Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeführt worden sei: "Damit ist die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion nach Deutschland abgeschlossen".

Aber auch nach diesem Datum, dem Mai 1950, hielt die Sowjetunion noch ein halbes Hunderttausend deutscher Soldaten zurück – nur daß sie diese Männer nun nicht mehr als Kriegsgefangene bezeichnete, sondern als Kriegsverbrecher. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über das Schicksal der letzten deutschen Kriegsgefangenen in der

Sowjetunion (x130/358): >>Man schrieb Revisionsgesuche und Begnadigungsgesuche an sämtliche in Frage kommenden Minister und Spitzen des Staates. Es kam sogar vor, daß von beispielsweise zehn Anklagepunkten fünf aufgehoben wurden; an der Strafe änderte sich nichts.

Um so größer waren Erstaunen und Verwirrung, als nur wenige Monate nach der Verurteilungsaktion ungefähr ein Drittel der eben Verurteilten im Frühjahr 1950 repatriiert wurde, während der Rest in der Hauptsache zu etwa gleichen Teilen im Herbst 1953 und um die Jahreswende 1955/56 folgte. ...<<

Bundeskanzler Adenauer schrieb am 7. Mai 1950 in einer Denkschrift über den geplanten Beitritt der Bundesrepublik in den Europarat (x243/177): >>... (Die Bundesrepublik kann dem Europarat nur als "assoziiertes Mitglied" beitreten, da sie noch nicht die souveränen Befugnisse besitzt. ...

Daß der Kriegszustand ... noch nicht aufgehoben wurde und daß die Besatzungsmächte ... der Bundesrepublik die ihr zustehenden Rechte nur stückweise zurück ... geben, ist bedauerlich.

Nach Ansicht der Besatzungsmächte ist aber gerade der Eintritt in den Europarat ein wesentlicher Schritt auf dem Wege der Befreiung der Bundesrepublik von ihren Bindungen. ...<<

Die SED beging den 8. Mai 1950 erstmalig als staatlichen Feiertag ("Tag der Befreiung").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über dieses Ereignis (x009/67): >>Der Geburtshelfer und Hüter des kommunistischen Regimes in der SBZ waren und sind die sowjetischen Besatzungstruppen - viel mehr als in Polen, Ungarn und anderen Satellitenstaaten.

Die SED gibt die Abhängigkeit ihrer Herrschaft von den sowjetischen Besatzungstruppen offen zu; denn sie begeht seit 1950 den 8. Mai unter dem Titel "Tag der Befreiung" als staatlichen Feiertag.<<

Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) stellte am 9. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor (x191/200): >>Die Vereinigung der europäischen Nachbarn erfordert, daß der jahrhundertelange Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. ...

Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.

Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Zweckbestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie selbst gewesen sind.

Die Gemeinsamkeit der Produktion, die so hergestellt wird, bekundet, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist.<<

Die Volljährigkeit der DDR-Bürger wurde am 17. Mai 1950 per Gesetz auf 18 Jahre herabgesetzt, damit die jungen Leute "gleichberechtigt am Aufbau der DDR teilnehmen können".

Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren Entwicklung und Festigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<

Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtete später über das Görlitzer Abkommen (x125/112): >>In der Rechtstheorie gilt diese Anerkennung als wirkungslos: die Versuche, die

staatsrechtliche Situation Deutschlands in seiner gegenwärtigen Gespaltenheit rechtstheoretisch zu erfassen, ergeben, je nach dem zugrunde liegenden Staatsbegriff, entweder eine Kontinuität oder eine Diskontinuität der deutschen Staatlichkeit über die Zeit hinweg, da die deutsche Staatsgewalt suspendiert war und als "oberste Gewalt" von den Besatzungsmächten ausgeübt wurde.

Nach der Kontinuitätstheorie kann entweder die Bundesrepublik als identisch mit dem ehemaligen Deutschen Reich angesehen werden auf Grund der hier praktizierten Selbstbestimmung der Deutschen, dann ist die gewaltsam separierte DDR auch für Territorialfragen nicht zuständig.

Oder unter dem "fortexistierenden Reichsdach" bestehen zwei Teilstaaten – Bundesrepublik und DDR, dann kann "ein Teilgebilde nicht auf ein nur dem Gesamtstaat zustehendes Recht verzichten".

Oder die Rechtstheorie hält die deutsche Staatlichkeit für im Jahre 1945 – oder 1949 - untergegangen (Diskontinuitätstheorie oder Zwei-Staaten-Theorie). Diese Theorie gilt zur Zeit im Ostblock und im Selbstverständnis der DDR, die sich als einen neuen Staat betrachtet. Jedoch "dann kann sie nur in ihren heutigen Grenzen entstanden sein, so daß sie die Ostgebiete weder einschloß noch zu Recht beanspruchen konnte. ...<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der SBZ kein Recht besaß, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/314): >>Durch die Erklärung des Bundeskabinetts vom 9.6.1950 wird der SBZ-Regierung jedes Recht bestritten, für das deutsche Volk zu sprechen, und alle von ihr getroffenen Vereinbarungen werden für null und nichtig erklärt.

Die Bundesrepublik hat aber ebenso eindeutig jede Revision der deutsch-polnischen Grenze durch Gewalt für indiskutabel erklärt. Die polnische Regierung reagiert auf jede Diskussion der Grenzfrage äußerst empfindlich; die Frage der deutschen Ostgrenze ist zu einer Kernfrage einer Friedensregelung mit Deutschland geworden.<<

Der Alterspräsident Paul Löbe (1875-1967) erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages (außer KPD) zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.

Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<

Das Informationsamt der SED-Regierung berichtete am 16. Juni 1950 über die "Waldheim-Prozesse" des Landgerichts Chemnitz gegen 3.324 ehemals in sowjetischen Lagern internierte deutsche Kriegsverbrecher (x126/214): >>In den Verhandlungen entrollt sich vor den Zuhörern ein Bild unsäglich Grausamer, Folterungen und bestialischer Mordtaten, die von den Angeklagten an deutschen Antifaschisten, an Juden und an der Bevölkerung in den von den deutschen Faschisten zeitweise besetzten Gebieten Polens, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion, Frankreichs usw. begangen wurden. ...

Indem die Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik diese Verbrecher, die den Namen Deutschlands in der ganzen Welt geschändet und namenloses Unglück über unser Volk gebracht haben, den harten und gerechten Strafen zuführen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung Deutschlands und zur Festigung des Friedens. ...<<

Im Vertrag vom 23. Juni 1950 behaupteten die Regierungen der DDR und der Tschechoslowakei, "daß es zwischen beiden Staaten keine Streitigkeiten und keine offenen Fragen geben

würde" (x009/50). Die DDR und die Tschechoslowakei verzichteten damals gegenseitig auf alle Gebietsansprüche und erklärten die Vertreibung der Sudetendeutschen für unabänderlich, gerecht und endgültig (x009/511).

Bei Bad Harzburg, in unmittelbarer Nähe der DDR-Grenze, wurde am 25. Juni 1950 vor 20.000 Vertriebenen das "Kreuz des deutschen Ostens" eingeweiht.

Das kommunistisch geführte Nordkorea überfiel am 25. Juni 1950 den südlichen Nachbarstaat Südkorea. Nordkorea erhielt zunächst Waffenhilfe (sog. "Freiwillige") aus China. Südkorea wurde später durch die USA und UN-Streitkräfte unterstützt. Der später von US-General MacArthur geforderte Einsatz von Atombomben (gegen Nordkorea) wurde von Präsident Truman abgelehnt. Dieser 3jährige Krieg sollte allein in Südkorea etwa 1,0 Millionen Tote und Verwundete fordern (x073/237).

Während des Korea-Krieges ereigneten sich wegen des Aufnahmeantrags Chinas in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen heftige Debatten im Weltsicherheitsrat.

General MacArthur schrieb später, wie er damals einen totalen Sieg in Korea erringen wollte (x299/161): >>... Die Mandschurei "sollte mit einem Gürtel von 30-50 Atombomben belegt werden. ... Nach der Ausschaltung der feindlichen Luftstreitkräfte wollte ich 500.000 nationalchinesische Soldaten Tschiang Kai-scheks einsetzen. ..."

Frage: Wodurch sollte verhindert werden, daß weitere chinesische Truppen in Korea eindringen?

Antwort: "... Ein Strahlungsgürtel, der sich vom Japanischen Meer erstrecken und von unseren südwärts ziehenden Marineinfanterieeinheiten mit radioaktivem Kobalt angelegt werden sollte, ... hätte für mindestens 60 Jahre Korea von einer von Norden her auf dem Landwege erfolgenden Invasion sicher gemacht."<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Koreakrieg (x068/288-290): >>Korea, seit langem ein bevorzugtes Objekt amerikanischer Außenpolitik, war durch die vernichtende Niederlage Chinas im Krieg gegen Japan 1895 "unabhängig", nach Japans neuerlichem Sieg 1905 auch über Rußland vier Jahrzehnte vom Sieger besetzt, schließlich 1945 durch die Konferenz von Potsdam abermals "unabhängig" geworden. Im August und September okkupierte die Sowjetunion den Norden, die USA den Süden des Landes.

Die rußlandfeindliche US-Politik führte aber auch hier zum Zerwürfnis. 1948 bricht das Land in zwei feindliche Teilstaaten diesseits und jenseits des 38. Breitengrades auseinander, im Süden am 15. August 1948 in die Republik von Korea, im Norden am 9. September in die Demokratische Volksrepublik Korea. Es kommt, durch beide Seiten, zumal aber durch das diktatorische Regime Südkoreas unter Syngman Rhee, zu ständigen Grenzprovokationen, und nach fortgesetzten militärischen Konflikten an der Demarkationslinie fallen am 25. Juni 1950 nordkoreanische Truppen in Südkorea ein und überrennen es weithin in zwei Monaten.

Präsident Truman reagiert rasch. Schon am 27. Juni 1950 befiehlt er den Einsatz von See- und Luftstreitkräften, am 30. Juni den Einsatz auch von Bodentruppen. Ein kleines, mehr symbolisches Kontingent der Vereinten Nationen unterstellt sich kurz darauf dem US-Oberbefehlshaber General Douglas MacArthur. Gleichwohl bestreitet Truman, daß die USA im Kriegszustand seien, und erklärt, es handle sich um eine Polizeioperation im Auftrag der UNO. Und am 30. November droht er mit dem Einsatz der Atombombe; schließlich hatte er als einziger Staatsmann der Welt praktische Erfahrung damit.

Mindestens zweimal erwog damals der Präsident, nach seinem eigenen Tagebuch, einen Atomkrieg gegen Sowjetrußland und Rot-China. Man müsse, notierte er, ein auf 10 Tage befristetes Ultimatum stellen und bei Ablehnung "sämtliche Häfen und Städte ausradieren".

"Dies bedeutet umfassenden Krieg. Es bedeutet, daß Moskau, St. Petersburg, Mukden, Wladivostok, Shanghai, Port Arthur, Dairen, Odessa, Stalingrad und jede Produktionsstätte in

China und in der Sowjetunion vernichtet werden müsse". Und zu den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea schrieb Truman am 18. März 1952 ins Tagebuch: "Ihr akzeptiert entweder unsere fairen Vorschläge, oder ihr werdet vollständig zerstört".

Inzwischen wogte die Polizeioperation (u.a. mit 424.000 Marineinfanteristen) auf der einen, der Krieg auf der anderen Seite furchtbar hin und her. Die Nordkoreaner sollen schauerliche Massaker verbrochen, die USA Bakterien eingesetzt haben. Bei einer Gegenoffensive überschreitet MacArthur - unter Mißachtung der bisher gewährten Containment-Politik - den 38. Breitengrad, erobert fast ganz Nordkorea und dringt im Oktober/November bis zum Yalu an der Grenze von China vor.

Der amerikanische Oberbefehlshaber glaubt sogar, den Fluß ohne wesentlichen Widerstand überschreiten zu können, wird aber im Januar 1951, unter Beteiligung von Hunderttausenden mehr oder weniger freiwilliger Rotchinesen, in einen überaus verlustreichen, teilweise in jämmerliche Flucht ausartenden Winterkrieg verwickelt und bis auf den 38. Breitengrad zurückgeworfen.

Der ehrgeizige General schlägt Truman nun eine Verschärfung und Ausweitung des Kampfes vor. Der Präsident, der doch keine Neigung hat, die "Polizeiaktion" zu einem Dritten Weltkrieg eskalieren zu lassen, widerstrebt. Der General, nicht unbekannt durch seine Renitenz, versteift sich, geht in die Öffentlichkeit, und Truman enthebt ihn am 11. April 1951 seines Postens.

Dies ruft in den USA, besonders im Asia First-Kreis, eine derartige Erregung hervor, daß man davon spricht, Truman vor ein Gericht zu stellen und MacArthur zum Präsidenten zu machen. 78.000 Telegramme sollen ins Weiße Haus geflattert sein, angeblich 20 zu 1 für MacArthur. Doch nach einiger Zeit klugen Abwartens kümmert man sich kaum noch um ihn.

In Südkorea treibt indes Präsident Syngman Rhee weiter zu einem totalen Krieg. Auch er möchte die Chinesen nebst Anhang wieder über den Yalu zurückgeworfen sehen, notfalls durch den Einsatz von Atomwaffen.

Das amerikanische Volk aber hatte den Koreakrieg bald satt, mutete er doch fast wie ein Rückfall in die Zeit des Kolonialismus an. Nahezu zehntausend Meilen war das Schlachtfeld entfernt. Das Transportwesen hatte sich als unzulänglich erwiesen. Die amerikanischen Jagdflugzeuge waren der russischen MIG-15 nicht gewachsen. Keine einzige dieser Maschinen wurde abgeschossen, vielmehr bekannten US-Piloten öffentlich, es sei Selbstmord, den Kampf damit aufzunehmen. (100.000 Dollar Belohnung winkten jedem Koreaner, der eine MIG 15 "hinter den amerikanischen Linien landete".) Die Panzer made in USA freilich operierten zunächst gut - aber nur solange es nicht regnete. Dann versanken sie.

Die USA konnten den Koreakrieg nicht, wie üblich, mit der Kapitulation oder der völligen Niederlage des Feindes beenden. Nach einer Feuerpause begannen im Juli 1951 langwierige Friedensverhandlungen, die endlich am 27. Juli 1953 in Panmunjom zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsvertrags führten, der den Frontverlauf als Defacto-Staatsgrenze bestätigte.

...<<

Das SED-Regime schloß am 6. Juli 1950 ein Abkommen mit Polen.

Es handelte sich um einen Vertrag über technisch-wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit sowie um ein Grenzabkommen (Oder-Neiße-Linie). Die Oder wurde zur "Friedens- und Freundschaftsgrenze" erklärt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die DDR (x009/314): >>... Im Abkommen der DDR mit der Republik Polen vom 6.7.1950 wird die Oder-Neiße-Linie als "unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze" bezeichnet und damit der Versuch unternommen, die Oder-Neiße-Linie völkerrechtlich festzulegen.

Jede kritische Äußerung von Bewohnern der SBZ über die Oder-Neiße-Linie wird als Kriegs-

hetze strafrechtlich verfolgt.<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über die "Oder-Neiße-Linie" (x051/427): >>Oder-Neiße-Linie, im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 (Kapitel IX) festgelegte Demarkationslinie zwischen den abgetrennten deutschen Ostgebieten und dem restlichen Deutschland, die bis zur endgültigen völkerrechtlichen Festlegung durch einen Friedensvertrag mit Deutschland die Westgrenze Polens bilden sollte.

Die Oder-Neiße-Linie wurde von Stalin mit der unzutreffenden Behauptung durchgesetzt, das Gebiet östlich der Oder sei bereits von allen Deutschen geräumt; die gleichzeitig getroffene Vereinbarung, daß die Überführung noch in Polen verbliebener deutscher Bevölkerungsteile "in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll" (Kapitel XIII), wurde bei der Vertreibung von rund 5,6 Millionen Deutschen 1945/46 vielfach gröblich verletzt.

Die Oder-Neiße-Linie verläuft "von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen (d.h. Lausitzer) Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze".

Die Regierung der DDR hat die Oder-Neiße-Linie am 6.7.50 durch das Görlitzer Abkommen ohne Friedensvorbehalt als "unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze" anerkannt.

Formell hielten die Bundesregierung und die Regierung der drei Westmächte bis in die späten 60er Jahre an ihrer Ablehnung fest, der endgültigen Grenzregelung bei einem Friedensvertrag vorzugreifen, obgleich führende westliche Staatsmänner kaum einen Zweifel an der völkerrechtlichen Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie ließen.

Schließlich hat die Bundesregierung im deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12.8.70 (Artikel 3), deutsch-polnischen Vertrag vom 7.12.70 (Artikel I) und in der Schlußakte von Helsinki 1975 die Unverletzlichkeit der bestehenden polnischen Westgrenze bekräftigte, ohne damit freilich ihren Vorbehalt einer friedensvertraglichen Regelung durch eine gesamtdeutsche Regierung aufgegeben zu haben.<<

Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein erhielt die neue Partei "Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) am 9. Juli 1950 auf Anhieb 23,4 % der Stimmen.

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den Wahlerfolg der neuen Vertriebenenpartei "BHE" (x024/230): >>... Der große Erfolg des "Bundes der Heimatlosen und Entrechteten" (BHE), der neuen Flüchtlingspartei, bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein hatte wie ein Schock gewirkt. Man befürchtete eine radikale parteipolitische Entwicklung der Vertriebenen.

So schrieb die "Neuer Zürcher Zeitung": "Die Verzweiflung der Vertriebenen ist nicht zu beschreiben."

Sie habe sich nur deshalb noch nie in Verzweiflungsakten geäußert, weil sie gepaart sei mit Apathie, die aus Hoffnungslosigkeit geboren sei. Ruhe und Ordnung seien jedoch nur unter einer dünnen Decke gewahrt, die jederzeit brechen könne.

Ein Teil der Vertriebenen war in der Tat dabei, die Geduld zu verlieren und aus Enttäuschung über die Haltung der bisherigen Parteien die eigene Sache im BHE voranzutreiben – nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß die überwiegende Zahl der Vertriebenen noch immer in Notunterkünften und Lagern hauste, über ein Drittel der Arbeitsfähigen ohne Arbeit war, ein Drittel berufsfremd oder als Hilfsarbeiter unter der gewohnten sozialen Stellung arbeitete.

...<<

Der Deutsche Bundestag (mit Ausnahme der KPD-Fraktion) stellte am 14. Juli 1950 die Nichtigkeit des Prager Abkommens zwischen der DDR und der Tschechoslowakei fest und erhob Einspruch (x155/127): >>... gegen die Preisgabe des Heimatrechtes der in die Obhut der deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei.<<

Der Regierungspräsident der Republik beschloß am 20. Juli 1950 ein Gesetz über die Aufhebung der Sanktionen und Beschränkungen gegenüber Staatsbürgern, die ihre Zugehörigkeit

zur deutschen Nation erklären (x003/494): >>Mit Rücksicht auf den Arbeitsanteil der Mehrheit der Staatsbürger, die unter dem Druck der hitleristischen Okkupanten ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation erklärt hatten, am Wiederaufbau des Landes, und im Hinblick auf die Stärkung und Festigung der Volksmacht sowie auf ihre Erfolge auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, ist der Gesetzgebende Sejm zum 6. Jahrestag der Wiedergeburt Polens überzeugt, daß die Voraussetzungen zur Aufhebung der gegenüber diesen Staatsbürgern bisher bestehenden Sanktionen und Beschränkungen in der Ausübung der vollen Bürgerrechte erfüllt sind.

Aus diesem Grunde wird folgendes verordnet:

Art. 1. 1. Gegenüber den polnischen Staatsbürgern, die während des Krieges zwischen dem 1. September 1939 und dem 9. Mai 1949 ihre Zugehörigkeit zur deutschen bzw. einer anderen vom Okkupanten bevorzugten Nationalität oder ihre Deutschstämmigkeit erklärt hatten, wird kein Verfahren eröffnet und ein bereits eröffnetes Verfahren niedergeschlagen.

2. Strafen, die für die in Absatz 1 bezeichneten Handlungen ausgesprochen wurden und im ganzen oder teilweise noch nicht verbüßt sind, sowie der vom Gericht ausgesprochene Verlust der öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte werden erlassen.

Art. 2. Die Vorschriften des Art. 1 werden nicht auf Personen angewandt, die eines der im Dekret vom 31. August 1944 über die Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrecher, die der Tötung und der Mißhandlung von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen schuldig sind sowie für Verräter des polnischen Volkes genannten Delikte begangen haben. ...<<

Die nationale Ausschließungspolitik des polnischen Staates, die schon längst einen rein kommunistischen Tenor besaß, wurde mit dem Gesetz vom 20.07.1950 formell abgeschlossen (x001/129E).

Dieses Gesetz zog außerdem einen Schlußstrich unter die bisherigen Strafgesetze über "Volksverrat" und annullierte noch bestehende Rechtsbeschränkungen oder noch nicht abgeübte Strafen (x003/VII).

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schrieb später über die Aufhebung der Sanktionen und Beschränkungen gegenüber "deutschen Staatsbürgern" in den schlesischen Gebieten (x294/98-99): >>... 1950 wurden dann einerseits die aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammenden Überreste der sozialen und arbeitsrechtlichen Diskriminierung abgeschafft. Andererseits wurde jenem Rest der Bewohner, der sich noch immer gegen die Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit sträubte, der Personalausweis aufgezwungen. Etwa 80.000 Oberschlesier bestanden trotz Einschüchterung und drohender Benachteiligung darauf, in ihren Ausweis die Nationalität mit "deutsch" einzutragen.

... Einen bestimmten Makel, der in einem Polizeisystem stets den Eintrag in die Personalakte zur Folge hat, wurden sie freilich nicht los: Sie hatten überdurchschnittlich viele Verwandte im westlichen Ausland, genauer genommen in dem feindlichen "Westdeutschland" und standen damit unter einer Art Generalverdacht, weniger verlässlich als andere volkspolnische Bürger zu sein.<<

Der Ministerrat beschloß am 26. Juli 1950 eine Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Aufhebung der Sanktionen und Beschränkungen gegenüber Staatsbürgern, die ihre Zugehörigkeit zur deutschen Nation erklärt hatten (x003/495-496): >>... § 6. 1. Die Urteile über die Vermögenseinziehung, welche vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgesprochen wurden, bleiben in Kraft.

2. Die Aufhebung der Beschlagnahme, der Überwachung oder Zwangsverwaltung eines Vermögens kann nur unter der Bedingung erfolgen, daß das Vermögen zu Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes sich noch im Besitz des Eigentümers befand.

§ 7. 1. Die Kosten des niedergeschlagenen Verfahrens trägt der Staat.

2. Gleichzeitig mit dem Erlaß der Freiheitsstrafen und der Aufhebung des Verlustes der öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte werden die bisher nicht beigetriebenen Verfahrenskosten niedergeschlagen. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete im Juli 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/110-113): >>... Wer behauptet, daß in unseren Breiten im "fortschrittlichen" 20. Jahrhundert der Handel mit Menschen verboten sei, muß sich irren. Denn ich habe heute mit eigenen Augen gesehen, wie Menschen verschachert wurden. Allerdings nicht gegen bares Geld, das von einer schmutzigen Hand in die andere wandert, sondern ich erlebte die wertmäßige Abschätzung der Menschen, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind und doch zunächst die manchmal überhohe Barriere der sog. Ländervertreter überspringen müssen. ...

Männer, vor allem junge Männer, die arbeiten können oder noch im Besitz ihrer Kräfte sind, haben kaum Schwierigkeiten, von einem Land die "Einreisegenehmigung" zu erhalten. Aber wenn es dann bereits um Familien geht, die ja mehr Wohnraum beanspruchen, oder wenn kein verdienendes Familienmitglied mehr vorhanden ist, sondern es sich vielleicht um alte Leute oder um Schwache oder Kranke handelt - um Arbeitsunfähige also - dann geht das Feilschen und Handeln los.

Dann beginnt der Krieg gegen die Menschen, die vor den Barrieren der Vertreter stehen. Dann fängt der Kampf mit den Behörden an. Denn jedes Land möchte sich vor diesem Flüchtlingsansturm schützen, so wenig wie möglich Leute aufnehmen und die öffentlichen Kassen in Form von Unterstützungen mancherlei Art nicht noch mehr belasten.

Und dann stehen in dieser jämmerlichen Wellblechbaracke die eingeschüchterten, seelisch und körperlich mitgenommenen, unsicheren, bangenden, hoffenden, oft genug aber verzweifelten Menschen, die aus dem Osten unseres Vaterlandes oder aus anderen Gebieten Europas und auch aus Übersee hierher getrieben wurden ...

Männer, auch mit Familien, die Berufe haben wie Schlosser, Klempner oder andere Handwerker, sind besser dran. Aber zum Beispiel die Geistesarbeiter – für die ist es viel schwerer, irgendwo unterzukommen.

Und wenn man sich dann wieder einmal über ein Häuflein Menschen, die zu einer Familie gehören, die nicht auseinander möchte, nicht einigen konnte, und der "Fall" zurückgestellt wurde, dann kommen die armen geplagten, gequälten und geprüften Leute zu mir, und ich soll ihnen helfen. Obwohl ich es nicht kann.

Aber ich spreche dann doch mit diesem und jenem, und dann gelingt es auch meistens, die Familie irgendwie auf eine Liste zu schmuggeln.

Ist es nicht scheußlich, in unserer Zeit einen offiziell nicht nur gestatteten, sondern sogar eingesetzten "Handelsbetrieb mit Menschen" täglich beobachten zu müssen und auch Hilfsdienste dafür zu leisten?

Als ich in der Baracke war, wurde gerade der Fall der Witwe S. mit ihren 2 Kindern, Flüchtlinge aus dem Osten, behandelt. Sie befand sich bereits über 3 Wochen im Lager, hatte alles in Bewegung gesetzt, um mit einem der Züge in die neue, immer noch so ferne und doch so nahe Heimat zu kommen und stand nun vor denen, die über ihr ferneres Schicksal entscheiden sollten.

Die Gesichter der Beamten ... verrieten nicht mit einer Miene, was sie dachten.

Niemand sagte ein Wort. Nicht Nordrhein-Westfalen. Nicht Hessen. Nicht Niedersachsen - keiner wollte die Frau und ihre 2 Kinder.

Mag es daran gelegen haben, daß die Mutter wie verzweifelt von einem zum anderen sah und ihr Blick durch Zufall auf dem niedersächsischen Vertreter hängen blieb. ...

Jedenfalls, nach einer eisigen, unheimlichen Stille, die jedermann als unwirklich empfand, sagte der Behördenvertreter Niedersachsens: "Ich übernehme Sie."

Den dankbaren Blick dieser Frau kann man nicht vergessen. Sie nahm ihre beiden Kinder

wieder an die Hand, ging zur Barackentür, drehte sich noch einmal um und sagte dann: "Danke."

"Danke" - wofür eigentlich? ...

Es trafen 200 Heimkehrer aus albanischer Gefangenschaft ein. Über 500 ehemalige deutsche Soldaten sollen sich dort noch in Arbeitslagern befinden.

Wo noch in aller Welt mögen 5 Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten Deutsche hinter Stacheldraht festgehalten werden? ...<<

Zur Erinnerung an das verhängnisvolle "Potsdamer Abkommen" veranstalteten die deutschen Vertriebenen am 5. August 1950 zum ersten Mal im gesamten Bundesgebiet den "Tag der Heimat".

Während dieser ersten gemeinsamen Großkundgebung der Vertriebenenorganisationen verkündete man in Stuttgart vor etwa 150.000 Vertriebenen die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x161/15): >>Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgaben aller europäischen Völker haben wir, die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen, nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrhundert über die Menschheit gebracht hat.

2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Welt. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet, ihn im Geiste zu töten.

Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.

Solange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken.

Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:

1. Gleiches Recht als Staatsbürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in Wirklichkeit des Alltags.

2. Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.

3. Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes.

4. Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht.

Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, wie aller

Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.

Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x024/205): >>... Daß die Vertriebenen gegen alle ... Diskriminierungen nicht revoltierten, sondern Ruhe und Würde bewahrten, ist aus heutiger Sicht vielleicht damit zu erklären, daß sie durch ihr schlimmes Los so eingeschüchtert waren, daß sie nicht zu protestieren wagten.

Auch das Bewußtsein, daß die Deutschen den Krieg und seine Folgen selbst verantwortet hatten, mag zu der Einsicht verholfen haben – zumal auch keinerlei Machtmittel zur Verfügung standen –, auf Revanche für das an ihnen begangene Unrecht zu verzichten. Rache und Vergeltung waren nicht die Mittel, auf die die deutschen Vertriebenen zurückgreifen wollten.

Auch wenn diese Haltung erst 1950 offiziell in der "Charta der Heimatvertriebenen" verkündet wurde, war sie so doch schon lange vorher von den deutschen Vertriebenen praktiziert worden.<<

Das SED-Regime erließ am 9. August 1950 das "Gesetz zur Förderung des Handwerks", um drastische "Sozialisierungsmaßnahmen" durchzuführen.

Das Ministerium der Justiz beschloß am 10. August 1950 die Rundverfügung Nr. 105/50.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über diese Rundverfügung (x009/371): >>... Mit der Rundverfügung Nr. 105/50 des Ministeriums der Justiz vom 10.8.1950 wurde verlangt, daß die Richter mehr als bisher in ihren Entscheidungen den Anträgen der Staatsanwaltschaft entsprechen.

In wichtigen Strafprozessen wird den Richtern seitens der SED, der Justizverwaltung, der Polizei oder des SSD vor der Verhandlung mitgeteilt, welche Strafe verhängt werden muß.<<

Winston Churchill begründete vor dem Europarat in Straßburg am 11. August 1950 die Errichtung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (x156/78-80): >>... Ich bitte die Versammlung, unseren deutschen Freunden zu versichern, daß wir ihre Sicherheit und Freiheit ebenso heilig wie unsere eigene halten werden. ...

Es steht außer Zweifel, daß wir uns alle in großer Gefahr befinden. Die Freiheit der Zivilisation Westeuropas liegt im Schatten einer russisch-kommunistischen Aggression, hinter der enorme Rüstungen stehen.

Die sowjetischen Streitkräfte in Europa sind denen der westlichen Union, gemessen an stehenden Divisionen, Flugzeugen und Panzerfahrzeugen, mindestens sechs- oder siebenfach überlegen. Dies sind furchtbare Tatsachen. ...

Die Gefahr ist selbstverständlich nicht neu. Sie lag in der Tatsache begründet, daß die freien Demokratien des Westens nach dem Kriege ihre Streitkräfte entwaffneten und auflösten, während die Diktatur im Kreml riesige Armeen aufrechterhielt und sich auf jede Weise anstrengte, diese neu auszurüsten.

Vor 2 Jahren wurde der Westunion-Pakt unterzeichnet und eine Reihe von Ausschüssen errichtet, die, wie M. Renaud und andere sich ausdrücken, ununterbrochen geredet haben. ...

In Wirklichkeit jedoch ist, abgesehen von der Errichtung eines amerikanischen Bomberstützpunktes in England, nichts getan worden, um unsere Völker wirksam davor zu schützen, von den russischen kommunistischen Armeen mit ihren Massen von Panzern und Flugzeugen unterjocht oder zerstört zu werden.

Ich selbst und andere habe jede nur mögliche Warnung ausgesprochen. Aber, wie in der Vergangenheit, sind sie auf taube Ohren gefallen oder wurden dazu benutzt, die falsche Anschuldigung der Kriegshetzerei zu stützen.

Nunmehr haben jedoch plötzlich der Blitzschlag in Korea und der auf ihn folgende umsichgreifende Brand die gesamte freie Welt zu einer durchdringenden und aufrüttelnden Erkenntnis der Gefahr gebracht, in welcher sie schwebt.

Viele Maßnahmen werden jetzt vorgeschlagen, die, wenn sie vor 2 Jahren getroffen worden wären, bis heute mindestens einige Früchte getragen haben würden. Was heute vorgeschlagen wird und vor 2 Jahren hätte getan werden sollen, könnte gut halbwegs unseren Bedürfnissen entsprechen.

Ich zweifle nicht daran, daß die tiefere Erkenntnis der tödlichen Gefahr, in der wir uns befinden, in uns jenen Trieb der Selbsterhaltung wachrufen wird, der die Grundlage menschlichen Daseins ist. ...

M. André Philip erklärte am Dienstag, daß "Frankreich nicht den Wunsch hätte, noch einmal befreit zu werden". Nach einer Zeit russisch-kommunistischer Besetzung würde es, wie M. Renaud betont hat, nicht viel zu befreien geben. Die systematische Liquidierung aller kommunistenfeindlichen Elemente würde wenig übriglassen, was von den Rettern oder Überlebenden wiedererkannt werden könnte.

Wir in dieser Versammlung besitzen keine Verantwortung und keine Exekutivgewalt. Aber wir sind verpflichtet, zu warnen und zu raten. In der kürzestmöglichen Zeit muß eine echte Verteidigungsfront in Europa geschaffen werden. Großbritannien und die Vereinigten Staaten müssen starke Verbände nach dem Kontinent entsenden.

Frankreich muß seine berühmte Armee wiedererstehen lassen, unsere italienischen Kameraden willkommen heißen. Alle – Griechenland, die Türkei, Holland, Belgien und Skandinavien - müssen ihren Anteil tragen. Mut und Einigkeit müssen uns beschwingen und die mächtigen Energien, die unseren Regierungen zur Verfügung stehen, auf solide und angemessene Verteidigungsmaßnahmen richten.

... Wir stehen noch unter dem Schutzschild der Atombombe, die allein die Vereinigten Staaten in achtunggebietender Menge besitzen. ...

Es gibt einen weiteren Grund, weshalb der allgemeine bewaffnete Ansturm des Kommunismus auf die westlichen Demokratien sich verzögern mag. Der sowjetische Diktator hat keinen Anlaß, mit der Art und Weise unzufrieden zu sein, wie sich die Dinge entwickelt haben. Seit Ende des Weltkrieges im Jahre 1945 haben sie die Kontrolle über halb Europa und ganz China gewonnen, ohne einen einzigen russischen Soldaten zu verlieren. Sie haben auf diese Weise ihrer eigenen ungeheuren Bevölkerung nahezu 500 Millionen Menschen hinzugefügt.

... Durch ein Schließen der Lücken in der Verteidigung der Westmächte in Europa werden wir die sichersten Mittel dafür finden, nicht nur unser Leben und unsere Freiheiten zu retten, sondern auch einen dritten Weltkrieg zu verhindern.

Wenn wir in der Lage sind, im Verlauf von ungefähr 2 Jahren ein verlässliches Verteidigungssystem gegen eine kommunistische Invasion zu schaffen, so werden wir zumindest die greifbarste Versuchung für jene beseitigt haben, die danach trachten, den freien Demokratien ihren Willen mit Gewalt aufzuzwingen. ...<<

In den Volkseigenen Betrieben (VEB) wurde am 17. August 1950 eine zusätzliche Altersversorgung für die "Intelligenz" eingeführt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Altersversorgung" in der SBZ (x009/21): >>... Für die Angehörigen der technischen Intelligenz in den VEB ist durch Verordnung vom 17.8.1950 eine zusätzliche Altersversorgung eingeführt worden, die durch eine Versorgungsversicherung bei der Deutschen Versicherungsanstalt gewährleistet wird.

Die Beiträge für diese Versicherung sind von den VEB aufzubringen. Zum Kreise der Versorgungsberechtigten gehören Ingenieure, Konstrukteure, Architekten sowie Personen, die auf Grund eines Einzelvertrages Anspruch auf die Altersversorgung haben. ...

Durch die Schaffung der zusätzlichen Altersversorgung für die Intelligenz will das Sowjetzonenregime die Abwanderung von Kräften verhindern, die ihm entweder für die Steigerung der Produktion oder für die Wahrung eines gewissen Kulturniveaus wichtig erscheinen. Außerdem hat das Regime es in der Hand, mit der zusätzlichen Altersversorgung verdiente Funktionen zu belohnen. Das Entstehen einer neuen privilegierten Schicht wird so gefördert.<<

Bundeskanzler Adenauer erklärte am 17. August 1950 in einem Presseinterview (x243/178): >>... Die Ereignisse in Korea (lassen befürchten), daß die Russen eines Tages die Macht ergreifen werden. ...

Wir müssen die Notwendigkeit der Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen. ... (Diese) muß stark genug sein, um jede mögliche, den Vorgängen in Korea ähnelnde Aggression der Sowjetzonen-Volkspolizei abzuwehren. ...<<

Die Alliierte Hohe Kommission löste am 17. August 1950 die I. G. Farbenindustrie AG in Frankfurt/Main auf.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "I. G. Farbenindustrie AG" (x051/275): >>I. G. Farbenindustrie AG (Interessen-Gemeinschaft Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main), am 9.12.25 durch Fusion der größten deutschen Chemieunternehmen (BASF, Bayer, Hoechst, Agfa u.a.) gegründeter Chemiekonzern.

Bis Ende 32 Ziel heftiger Angriffe seitens der NSDAP wegen hoher jüdischer Beteiligung (sechs Direktoren waren Juden), entwickelte sich die I. G. Farben vom Vorkämpfer des freien Welthandels zum Anwalt deutscher Autarkie.

Die mit finanzieller Unterstützung des Staates ("Benzin-Vertrag" vom 14.12.33) eingeleitete Entwicklung großtechnischer Verfahren zur Kohleverflüssigung sowie die synthetische Kautschukherstellung sicherten die Führungsrolle der I. G. Farben bei den industriellen Kriegsvorbereitungen des Vierjahresplans und führten zur personellen Verflechtung mit dem nationalsozialistischen Staat (u.a. war I. G.-Direktor Krauch zugleich "Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung"). Mit Hilfe der Wehrmacht und der nationalsozialistischen Bürokratie plünderte der Konzern im Krieg die Chemieindustrien der besetzten Länder.

Den Höhepunkt erreichte die Zusammenarbeit zwischen der I. G. Farben, deren Tochterfirma DEGESCH das Giftgas Zyklon B herstellte, und den Nationalsozialisten mit dem Bau einer gigantischen Anlage zur Produktion von synthetischem Gummi und Öl in Auschwitz; dabei kamen 25.000 Zwangsarbeiter ums Leben.

Im Nürnberger I. G. Farben-Prozeß wurden 13 leitende Angestellte am 29./30.7.48 u.a. wegen "Versklavung und Tötung der Zivilbevölkerung, Kriegsgefangenen und KZ-Insassen" zu Haftstrafen zwischen 18 Monaten und sechs Jahren verurteilt.

Durch Gesetz Nr. 35 verfügte die Alliierte Hohe Kommission (17.8.50) die Entflechtung des I. G.-Vermögens in der Bundesrepublik; die bekanntesten Nachfolgeunternehmen sind: BASF, Bayer und Hoechst.<<

Otto Nuschke (1883-1957, 1945 Mitbegründer der CDU/Ost, 1949-1957 stellvertretender Ministerpräsident) kritisierte am 18. August 1950 in einem vertraulichen Schreiben an Otto Grotewohl und Justizminister Fechner die rücksichtslose Prozeßführung und die überwiegend willkürlichen Urteile während der Waldheimer Prozesse (x126/220-221): >>... Nach der Aufhebung der Interniertenlager durch die SKK wurden ca. 3.900 Internierte den deutschen Behörden zur weiteren Behandlung überantwortet.

Es war klar, daß eine Aburteilung in diesen Massen durch deutsche Gerichte in kürzester Zeit ordnungsgemäß nicht durchzuführen war. Ich hatte darum seinerzeit im Ministerrat angeregt, diese Häftlinge zu überprüfen und nach Absprache mit der Besatzungsmacht alle diejenigen zu entlassen, auf die etwa der gleiche Tatbestand zutraf, wie bei den von der Besatzungsmacht entlassenen 15.000 Häftlingen. ...

... Die Urteile erwecken in ihrem Strafmaß einen uniformen Eindruck und stehen in der Höhe des Strafmaßes zu gleichgelagerten Fällen, die früher auf Grund des (SMAD)-Befehls 201 vor Gerichten der DDR zur Aburteilung gelangten. Es ist selbstverständlich, daß ich nicht etwa gegen die Urteile Stellung nehme, in denen Kriegs- und Naziverbrecher in Waldheim ihre gerechte Strafe erhalten haben.

... Es besteht die Gefahr, daß durch die in Waldheim von Volksrichtern gefällten Urteile, das Ansehen der Institution des Volksrichters schwer beeinträchtigt wird. ...

Vielleicht hat die Erwägung bei den Gerichten vorgewaltet, daß die Tribunale der Besatzungsmacht gleichfalls harte Urteile gefällt haben, und daß man befürchtete, daß ein geringeres Strafmaß als Kritik jener Urteile empfunden werden könne. ...

Es erscheint nötig, besonders auch im Hinblick auf die Volkswahlen vom 15. Oktober, den Komplex Waldheim einer Überprüfung zu unterziehen.

Ich schlage deshalb vor, daß der Ministerrat einen Prüfungsausschuß einsetzt, der die ergangenen Urteile nachprüft, die beteiligten Staatsanwälte, Richter und sonstige Personen vernimmt und bestimmte Richtlinien erarbeitet, die geeignet sind, die erregte Öffentlichkeit zu beruhigen.<<

Das Bundesnotaufnahmegesetz trat am 22. August 1950 in Kraft. Flüchtlinge, die die SBZ wegen einer drohenden Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit oder aus sonstigen zwingenden Gründen verließen, erhielten danach in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis.

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 29. August 1950 ein Sicherheitsmemorandum für den Vorsitzenden der Hohen Kommission der Alliierten in Deutschland, John McCloy.

Konrad Adenauer berichtete später über dieses Sicherheitsmemorandum (x156/87): >>... Ich wies in dem Memorandum darauf hin, daß die Entwicklung im Fernen Osten innerhalb der deutschen Bevölkerung Unruhe und Unsicherheit ausgelöst habe. Das Vertrauen, daß die westliche Welt in der Lage sein würde, Angriffshandlungen gegen Westeuropa rasch und wirksam zu begegnen, sei in einem besorgniserregenden Ausmaß im Schwanken begriffen und habe zu einer gefährlichen Lethargie der deutschen Bevölkerung geführt.

Der ganze Ernst der Situation ergebe sich aus der Betrachtung der in der Sowjetzone versammelten sowjetischen Kräfte und der dort in beschleunigtem Aufbau befindlichen Volkspolizei. Als Gegenkräfte stünden in Westdeutschland den sehr starken Truppeneinheiten in Ostdeutschland, die ich im einzelnen aufführte, je 2 amerikanische und britische Divisionen und einige französische Verbände gegenüber.

Die Bundesrepublik besitze, wenn man von den schwachen Kräften des Zollgrenzdienstes absehe, keine Abwehreinheiten. In der britischen Zone gebe es eine Polizei, die auf kommunaler Basis organisiert, jedoch weder einheitlich ausgebildet noch einheitlich ausgerüstet sei und auch nicht über angemessene Waffen verfüge. Für einen Einsatz gegen einen Angriff der Volkspolizei der Sowjetzone seien die Polizeikräfte der Bundesrepublik völlig unzureichend, da sie, zahlenmäßig schwach, weder über eine entsprechende Waffenausbildung noch über eine Ausbildung in geschlossenem Einsatz verfügten. Sie seien auch nicht in der Lage, einen wirksamen Schutz an der Sowjetzonengrenze zu bilden, die in ihrer außerordentlichen Länge besondere Anforderungen stelle.

Die Verteidigung des Bundes nach außen liege in erster Linie in den Händen der Besatzungstruppen. Ich hätte wiederholt um Verstärkung dieser Besatzungstruppen gebeten und erneuere diese Bitten hiermit in dringendster Form, denn die Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen in Westeuropa allein könne der Bevölkerung sichtbar den Willen der Westmächte demonstrieren, daß Westdeutschland im Ernstfall auch wirklich verteidigt werde.

Ich habe in dem Memorandum ferner unsere Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingentes

zu leisten. ...<<

Dr. Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) erläuterte am 2. September 1950 im "Rheinischen Merkur" die Lage der Vertriebenen (x155/25-27): >>... Das deutsche Volk ist durch die Invasion der Flüchtlingsmassen vor eine Aufgabe gestellt worden, die seine Leistungsfähigkeit übersteigt, und wir wissen um die Leistung, die es vollbracht hat und müssen dankbar dafür sein.

Und wenn ich im Anschluß an diese Worte zum Ausdruck gebracht habe, daß allerdings sehr viel mehr hätte getan werden müssen, und daß Besatzungsmächte, Regierungen, Parlamente und Parteien sich die Verantwortung für diese Unterlassung teilen, so glaube ich damit etwas gesagt zu haben, dessen Richtigkeit von niemandem bestritten wird.

... Ich habe das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein als bedeutsamen politischen Vorgang registriert, als ein Zeichen für die große Unzufriedenheit der Vertriebenen mit der bisherigen Behandlung des Problems ... (Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Jahre 1950 hatte der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE - als neue Partei auf Anhieb 23,4 % der Stimmen erhalten). ...

... Ich habe damit als Vorsitzender eines nach Millionen zählenden Verbandes erneut, wie schon oft, in Wort und Schrift davor gewarnt, daß die Vertriebenen sich politisch absondern, wenn nicht mehr für sie getan wird. Die Absonderung ist gekommen, aber doch nicht, weil ich davor gewarnt habe, sondern weil nicht genug getan wurde. ...

Es ist etwas anderes, ob man 5 Jahre lang in unerträglichen Verhältnissen vergeblich auf sein Recht oder wenigstens auf soziale Gerechtigkeit wartet oder auch nur 5 Jahre lang mit aller Kraft darauf hinarbeitet, die Dinge zu bessern, und zwar ohne nennenswerten Erfolg, oder ob man die Situation mit den Augen eines Beobachters betrachtet. ... Dann sieht man die Dinge anders als die Vertriebenen, die Jahr um Jahr jede Unterlassung, jede Zurücksetzung und jedes Unrecht am eigenen Leibe gespürt und registriert haben. Die ganze Zeit haben sie schöne Worte und Versprechungen in Fülle zu hören bekommen, und deshalb sind sie heute damit nicht mehr zufriedenzustellen.

... Wir haben bewußt davon abgesehen, die gespannte und gefährliche Situation mit "neuem Zündstoff" anzureichern. Diese Haltung schließt allerdings nicht die Absicht oder auch nur die Möglichkeit ein, offenes Unrecht und offensichtliche Mißstände totzuschweigen.

Ich glaube auch nicht, daß wir der Gefahr erlegen sind, die Lage allzu einseitig zu sehen und zu beurteilen. Die Arbeit für die Vertriebenen besteht in dem Kampf gegen Unrecht und Not. Außer der wiederholt gestreiften Beamtenfrage nenne ich das Problem der Ostkonten und Sparguthaben, den übergroßen Anteil an der Arbeitslosigkeit, die unzulängliche wohnungsmäßige Unterbringung, den erschreckend geringen Anteil unserer Jugend an dem Besuch der Universitäten und höheren Schulen, die Not unserer Bauern und Landwirte, den Mangel an Krediten bei den Gewerbetreibenden und die verzweifelte Situation der Alten und Erwerbsunfähigen, die bisher vergeblich auf eine Entschädigung ihrer Vermögensverluste warten.

Dem gegenüber steht die Wirtschaftslage des gesamten deutschen Volkes, in dem die Vertriebenen, wie wir sehr wohl wissen, kein Monopol auf Not und Elend haben.

Es kann also bei unserer Arbeit wirklich nur um das gehen, was im "Rahmen des Möglichen" liegt. Aber diese Möglichkeiten müssen auch bis zum letzten ausgeschöpft werden, wenn wir zu einer wahren inneren Befriedigung kommen wollen. Damit ist schon gesagt, daß jeder Einsatz für das Vertriebenenproblem Arbeit zum Wohle des ganzen Volkes ist. ...

Man sollte unsere Stimme nicht weiter überhören, man sollte unseren Organisationen nicht mit Mißtrauen begegnen, sie nicht bekämpfen, sondern sie mit aller Kraft stützen und fördern.

...<<

Das neue rumänische Wahlgesetz vom 7. September 1950 schloß die ehemaligen Volksgruppenmitglieder nicht mehr vom Wahlrecht aus.

Ehemalige Großgrundbesitzer, ehemalige Bankherren, ehemalige Großkaufleute und enteignete Groß- und Mittelbauern durften jedoch weiterhin nicht wählen (x007/102E-103E).

Am 12. September 1950, dem 2. Jahrestag der Bundespräsidentenwahl, wurden auch die Flaggen der ehemaligen deutschen Ostprovinzen vor dem Bundestag gehißt.

Während der Volkszählung vom 13. September 1950 registrierte man 3.004.400 vertriebene Sudetendeutsche (x004/135): Bundesrepublik Deutschland (1.912.000), West-Berlin (5.800), Saargebiet (600), Sowjetische Besatzungszone (914.000), Ost-Berlin (2.000), Österreich (140.000) und in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern (30.000).

Walter Müller-Bringmann berichtete am 20. September 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/113): >>20. September 1950. Friedland besteht heute 5 Jahre. 1.759.875 Menschen "durchliefen" das Lager.

119.000 Kriegsgefangene gingen von Westen nach Osten. Aus dem Osten kamen 412.000 Heimkehrer, Frauen und Männer. 41.000 illegale Grenzgänger wurden registriert. 874 Jugendliche, die kein Elternhaus mehr hatten, wurden in Jugendheime eingewiesen. Mit der "Operation Link" kamen bisher 16.000 Umsiedler aus den deutschen Ostgebieten ostwärts der Oder/Neiße. ...<<

Dr. Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) referierte am 23. September 1950 über die geplanten Wahlen in der DDR (x155/27-28): >>Der Deutsche Bundestag hat am 14.9.1950 nach einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers die ostzonalen "Wahlen" vom 15. Oktober für nichtig erklärt. ...

In der Erklärung, die vom gesamten Hause, die KPD ausgenommen, gebilligt wurde, heißt es u.a.: "Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, in der Verteidigung der unterschiedlichen Behandlung deutscher Kriegsgefangener und Verschleppter, in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen, Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit.

Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betreiben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln." ...

Die Heimatvertriebenen sind vor allen anderen deutschen Volksgruppen gefeit gegen die Gefahr der Ansteckung mit dem doktrinären Gift scheinsozialer, volksdemokratisch frisierter Moskauer Heilslehren.

Sie haben die "Segnungen" dieser Lehren und die Gesinnung ihrer Bekenner in der Zeit der Austreibung, die sie vorwiegend den Moskauer Initiatoren zu verdanken haben, gründlich kennengelernt. Sie wissen, was sie diesen "Heilsaposteln" und ihren ostzonalen Statthaltern, die es jetzt zu bestätigen gilt, zu danken haben: den Verlust der Heimat, des Eigentums und des Lebens von Millionen teurer Angehöriger!

... Die westdeutschen Heimatvertriebenen denken im Hinblick auf die am 15. Oktober geplante geistige Vergewaltigung mit tiefem Mitgefühl besonders an die Millionen heimatvertriebenen Mitbrüder in der Ostzone. Sie wissen aus Schilderungen der Ostzonenflüchtlinge, daß deren Lage unvergleichlich schlimmer ist als die ihre. Sie wissen, daß die Lage der Heimatvertriebenen in der Ostzone trostlos ist, weil diese nicht wie sie selbst im Westen die Möglichkeit haben, eine Änderung oder Verbesserung ihres Schicksals mit demokratischen Mitteln zu erstreben und zu erwirken. ...<<

Angehörige der Sekte "Zeugen Jehovas" wurden am 4. Oktober 1950 durch das Oberste Gericht wegen Boykott- und Kriegshetze zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Zeugen Jehovas" in der SBZ (x009/499-500): >>Sekte, die in der SBZ im August 1950 durch den Minister des Innern, Dr. Steinhoff, verboten wurde.

Zur Begründung führte Steinhoff an, daß die Sekte "illegales Schriftenmaterial" verbreite, "sy-

stematische Hetze gegen die bestehende demokratische Ordnung und deren Gesetze unter dem Deckmantel einer religiösen Veranstaltung" treibe und dem Spionagedienst einer imperialistischen Macht dienstbar sei.

Einen Tag vor Erlass des Verbotes waren bereits die ersten Verhaftungen von Angehörigen der Sekte erfolgt. Diese wurden am 4.10.1950 durch das Oberste Gericht verurteilt, das 2mal 15 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Zuchthaus verhängte. Seitdem wurden 2.175 Mitglieder der Sekte wegen Boykott- und Kriegshetze zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Boykott-, Kriegs- und Mordhetze" in der SBZ (x009/80): >>Begriffe des Parteijargons aus Artikel 6 Abs. 2 der Verfassung: "Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militaristische Propaganda sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze."

Obwohl dieser Verfassungsartikel keinen Strafrahmen enthält, ist er vom Obersten Gericht zum unmittelbar anwendbaren Strafgesetz erklärt worden: Die in dem Artikel "selbst nicht enthaltenen Strafbestimmungen sind ... dem allgemeinen Strafgesetzbuch zu entnehmen. Dieses droht für Verbrechen als Strafe an: Todesstrafe, lebenslängliche Zuchthausstrafe und zeitliche Zuchthausstrafe. Alle diese Strafen finden für Verstöße gegen den Artikel 6 der Verfassung je nach Schwere der Tat Anwendung." (Urteil des Obersten Gerichts gegen leitende Persönlichkeiten der Sekte "Zeugen Jehovas" vom 4.10.1950. ... Mit dieser Begründung wurden aus Artikel 6 ständig schwerste Strafen bis zur Todesstrafe verhängt.

Die Grenze zwischen Vorbereitungshandlung, Versuch und Vollendung wurde immer mehr aufgehoben; Unterlassungen wurden dem aktiven Handeln gleichgesetzt.

Nach üblicher Gesetzesauslegung stellte z.B. das Verbringen einiger Exemplare einer West-Berliner Zeitung in die SBZ "Kriegs- und Mordhetze" dar, weil diese Tageszeitungen "in jeder ihrer Ausgaben zum Kriege und zum Mord an demokratischen Politikern hetzt" (Urteil des Landgerichts Potsdam gegen den 17jährigen Graef: 2 Jahre Zuchthaus).

Auf Grund des Artikels 6 der Verfassung wurden auch die als Spionage bezeichneten Handlungen bestraft. Um die weite Fassung des Art. 6 aufzulösen und in einzelne Tatbestände zu konkretisieren, wurde von der Volkskammer am 11.12.57 das Strafergänzungsgesetz erlassen, das nunmehr die Tatbestände für die Staatsverbrechen formuliert. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Spionage" in der SBZ (x009/410): >>Eine Strafbestimmung, durch die Spionage für strafbar erklärt wird, gab es in der SBZ bis zum 1.2.1958 nicht.

Dennoch erfolgten viele Verurteilungen sogenannter "Spione und Agenten" auf Grundlage des Art 6 der Verfassung wegen Boykotthetze. Unter Spionage verstand das Oberste Gericht die Übermittlung jeder wahren oder falschen Nachricht aus "allen Gebieten des öffentlichen Lebens, allen Einrichtungen nicht nur des Staates, sondern auch der Parteien und der gesellschaftlichen Organisationen und der in ihnen tätigen Menschen", auch über "die persönlichen Verhältnisse der Staatsbürger, die Produktion, den Transport und das Kulturleben" ("Neue Justiz" 1952, S.276).

Mit § 14 StEG wurde ein selbständiger Spionagetatbestand geschaffen: "Wer es unternimmt, Tatsachen, Gegenstände, Forschungsergebnisse oder sonstige Nachrichten, die im politischen oder wirtschaftlichen Interesse oder zum Schutze der DDR geheimzuhalten sind, an andere Staaten oder deren Vertreter, an Organisationen oder Gruppen, die einen Kampf gegen die Arbeiter- und Bauernmacht oder andere friedliebende Völker führen, oder deren Vertreter und Helfer auszuliefern oder zu verraten, wird wegen Spionage mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren

bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden." In schweren Fällen kann auf Todesstrafe oder lebenslängliches Zuchthaus erkannt werden.

Weitere Tatbestände des StEG stellen das "Sammeln von Nachrichten" und die Verbindung zu verbrecherischen Organisationen und Dienststellen" unter Gefängnis und Zuchthausstrafe. Nach Meinung des Obersten Gerichts wird durch Angaben des Flüchtlings "über die Stimmung der Belegschaft, das Verhältnis zwischen Arbeitern und leitenden Funktionären, den Besuch von Versammlungen usw." der Straftatbestand der "Sammlung von Nachrichten" im Sinne von § 15 StEG erfüllt (Urteil in: "Neue Justiz" 1958, S. 176).<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Terrorismus" in der SBZ (x009/437): >>Parteijargon, als "staatsgefährdende Gewaltakte" in § 17 StEG und als "Angriffe gegen örtliche Organe der Staatsmacht" in § 18 StEG 2 Tatbestände der Staatsverbrechen.

Mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren, in minderschweren Fällen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten wird bestraft, "wer es unternimmt, durch Gewaltakte oder durch Drohung mit Gewaltakten die Bevölkerung in Furcht und Schrecken zu versetzen, um Unsicherheit zu verbreiten und das Vertrauen zur Arbeiter- und Bauernmacht zu erschüttern", und "wer es unternimmt, mit Gewalt die gesetzmäßige Tätigkeit der örtlichen Organe der Staatsmacht oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern".<<

Der französische Hochkommissar Francois-Poncet (1887-1978) erklärte am 8. Oktober 1950 zur deutschen Wiederbewaffnung (x243/178): >>Ein deutsches Kontingent, selbst wenn es einer zehnmal stärkeren Europa-Armee eingegliedert ist, ist eine schwer zu schluckende Tatsache für diejenigen, für die die Zerschlagung einer deutschen Militärmacht oberstes Ziel war, für das Millionen ihr Leben opferten. ...<<

Die versprochenen freien Volkskammer-Wahlen fanden am 15. Oktober 1950 nicht statt.

Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Volkskammer" (x009/466): >>Volksvertretung der SBZ, deren verfassungsrechtliche Stellung entsprechend der Verneinung des Gewaltentrennungsgrundsatzes und der zentralstaatlichen Tendenz der Verfassung außerordentlich stark ausgestaltet ist ("höchstes Organ der Republik", Art. 50 der Verfassung).

Infolge der tatsächlichen politischen Machtverhältnisse stellt sich die Volkskammer als Scheinparlament dar.

... Die Volkskammer konstituierte sich ... nach der am 15.10.1950 auf Grund des verfassungsändernden Gesetzes vom 9.8.1950 durchgeführten Abstimmung über die Einheitsliste der Nationalen Front endgültig. Angeblich sollen 99,7 % der Stimmberechtigten für die Einheitsliste gestimmt haben. ...<<

Der Deutsche Bundestag schlug am 15. Oktober 1950 die Beendigung der allgemeinen Entnazifizierung in Westdeutschland vor.

Ein SED-Mitarbeiter beantwortete im Namen des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 21. Oktober 1950 schriftlich ein kritisches Schreiben des stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke vom 18. August 1950 (x126/223): >>... Mit der Durchführung der Gerichtsverhandlungen (in Waldheim) waren Volksrichter beauftragt, die bereits in mehrjähriger praktischer Tätigkeit als Richter oder Staatsanwalt unter Beweis gestellt haben, daß sie die demokratische Gesetzmäßigkeit richtig anzuwenden verstehen. ...

Der Vorschlag, einen Prüfungsausschuß durch den Ministerrat einzusetzen, der die ergangenen Urteile nachprüft, die beteiligten Staatsanwälte, Richter sowie die geschäftsführenden Angestellten vernehmen soll, muß als verfassungswidrig abgelehnt werden. Bekanntlich heißt es im Artikel 127 der Verfassung: "Die Richter sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und

nur der Verfassung und dem Gesetz unterworfen." ...

Gegen die Verfassung oder gegen die Gesetze ist vom Landgericht Chemnitz oder von einem Richter nicht verstoßen worden, so daß eine Nachprüfung der erfolgten Rechtsprechung in der vorgeschlagenen Form unmöglich ist.<<

Die SED-Zeitung "Neues Deutschland" meldete am 26. Oktober 1950 (x009/320): >>Aufgabe der "Parteihochschule Karl Marx beim ZK der SED" in Ost-Berlin ist es: "Parteiarbeiter des neuen, des bolschewistischen Typs" herauszubilden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Parteihochschulen" in der SBZ (x009/320): >>... Teilnehmer werden durch die Bezirksleitungen ausgewählt und theoretisch und personell durch Sonderkommissionen des ZK und der Partei überprüft.

Die Zulassung jedes Funktionärs ist vom Beschluß des Sekretariats des ZK abhängig, das auch die letzte Entscheidung über den Einsatz der Hochschuller hat. Wichtigste Gesichtspunkte der Auswahl sind: proletarische Herkunft, Anerkennung der "führenden Rolle der Sowjetunion und der KPdSU", Bewährung in der praktischen Parteiarbeit, Besuch einer Kreis- und Landes- bzw. Bezirksparteischule mit gutem Erfolg. ...<<

Das ZK der SED beschloß am 27. Oktober 1950 im Rahmen von sog. "Säuberungen" die Überprüfung aller Parteimitglieder und den "Umtausch der Parteidokumente".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Säuberungen" in der SBZ (x009/378): >>Seit Lenin 1921 erstmals für die KPdSU eine generelle Überprüfung der Mitglieder auf soziale und politische Herkunft, parteimäßiges Verhalten und Qualitäten anordnete, sind Säuberungen bzw. die sog. Parteiüberprüfungen Mittel zur Durchsetzung der jeweiligen Parteilinie gegen alle oppositionellen Mitglieder und Gruppen, zur hektischen Aktivierung der gesamten Mitgliedschaft und, durch die Bestrafung von "Sündenböcken", Mittel, um den Unfehlbarkeitsanspruch der bolschewistischen Partei krampfhaft aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig benutzen die Parteiführer Säuberungen, um sich persönlicher Widersacher zu entledigen.

Eine besonders terroristische Variante erfuhren die Säuberungen in der Sowjetunion nach der Ermordung des Leningrader Parteisekretärs Kirow am 1.12.1934. Von diesem Ereignis führte eine direkte Linie zu den Schauprozessen gegen ehemalige Partei-, Staats- und Armeeführer in der Sowjetunion.

Demgegenüber sind die Säuberungen in der SBZ - von wenigen Ausnahmen abgesehen - unblutig verlaufen. Kriterien der Säuberungen in der SED waren vor allem die Einstellung der Parteimitglieder und Funktionäre zur Sowjetunion und zum Titoismus, die Einstellung zu Walter Ulbricht und seinem Kurs sowie zu den Normen der "Partei neuen Typus". Dies schließt die Ablehnung aller demokratischen Gedanken, des sog. Sozialdemokratismus, des Revisionismus, des Nationalkommunismus wie auch aller nichtkommunistischen Wiedervereinigungskonzeptionen ein.

Die erste Säuberung in der SED wurde 1948/49 mit dem Ziel veranstaltet, "klassenfeindliche Elemente" und "antibolschewistische Gruppierungen" aus der Partei zu entfernen. Die erste große Säuberung in der Parteiführung erfolgte im August 1950 mit dem Ausschluß der Funktionäre Merker, Bauer, Goldhammer, Kreikemeyer, Ende und weiterer. ... Zwei Monate später beschloß das ZK eine Überprüfung aller Mitglieder in der Zeit vom 15.1 bis 30.6.1951. Nach offiziellen Angaben sind im Verlauf dieser Säuberungen 150.696 Personen aus der SED ausgeschlossen worden.

Im Laufe der nächsten 2 Jahre wurden u.a. folgende Funktionäre in speziellen und kollektiven Säuberungen abgesetzt, gerügt bzw. ausgeschlossen: Dahlem, Lohagen, Uschner, Lauter, Lena Fischer, Wilhelm Koenen.

Nach dem Juni-Aufstand wurden, zum Teil unter der Beschuldigung der "Fraktionsmacherei", Opfer von Säuberungen: Zaisser, Herrstadt, Fechner, Jendretzky, Elli Schmidt, Weinberger und andere.

Eine neue Säuberungswelle richtete sich nach dem Ungarn-Aufstand gegen Anhänger des Revisionismus (Harich, Block); im Zusammenhang mit dieser Aktion wurde im Oktober 1957 Paul Wandel seiner Funktionen enthoben. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Geständniserpressung" in der SBZ (x009/156): >>Die von seiten der Justiz der SBZ erstrebte generalpräventive und erzieherische Wirkung eines Strafverfahrens, insbesondere natürlich der politischen Strafsachen, erfordert ein Geständnis und nach Möglichkeit ein "Reuebekanntnis".

Mit allen Mitteln wird daher seitens des Staatssicherheitsdienstes versucht, den Beschuldigten zur Abgabe eines Geständnisses zu bringen. Bis etwa zum Jahre 1953 wurden durch die Untersuchungsorgane vielfach Foltermethoden angewendet, obwohl § 343 StGB für Aussage- und Geständniserpressung Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren androht.

Seitdem führt der SSD die erwünschten Geständnisse entweder durch ein "Dauerverhör" herbei oder dadurch, daß dem Beschuldigten Versprechungen für eine vorzeitige Haftentlassung gemacht werden. Häufig wurde auch beobachtet, daß das Versprechen, von Repressalien gegen Familienangehörige absehen zu wollen, genügte, um ein Geständnis zu erzielen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Dritten Weg" in der SBZ (x009/103): >>Mit dem Begriff Dritter Weg verbindet die sozialistische Opposition im Ostblock das Bekenntnis zum "demokratischen" oder auch "menschlichen Sozialismus".

Sozialistische Wirtschaftsformen sollen ihre Ergänzung finden durch echte Demokratie in Staat und Gesellschaft.

Diese Auffassung schließt sowohl die Ablehnung des Stalinismus und des nachstalinistischen Totalitarismus im Ostblock ein als auch die Ablehnung der kapitalistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung, in der die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen durch den Privatbesitz an Produktionsmitteln in sozialistischer Sicht weiterbesteht.

Der Dritte Weg wird als Alternative gegenüber dem Kapitalismus und dem entarteten Sozialismus verstanden. Seine Anhänger in der SBZ vertreten den Standpunkt, daß die Theorie des Dritten Weges die einzig mögliche programmatische Plattform für ein wiedervereinigtes Deutschland ist, das eine Synthese zwischen "sozialistischer Diktatur" und "kapitalistischer Demokratie" sein soll.

Die SED-Führung bekämpft sowohl die Anhänger der SPD in der Bundesrepublik und in der SBZ als auch die Anhänger des Revanchismus als Verfechter des Dritten Weges: "Die Politik der SPD, die Theorien vom Dritten Weg und vom demokratischen Sozialismus sind im Grunde genommen nichts anderes als eine mehr oder weniger getarnte Unterstützung des Imperialismus und Militarismus" (Thesen des SED-Politbüros zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR, Einheit, 9/1959, S. 1.262). ...<<

In der Nacht zum 4. November 1950 wurden die in Waldheim zum Tod Verurteilten hingerichtet. 24 Verurteilte starben durch den Strang oder die Guillotine (x126/219).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kriegsverbrecherprozesse" in der SBZ (x009/236-237): >>Mit der Auflösung der sowjetischen Konzentrationslager in der SBZ wurde ein Teil der Internierten auf freien Fuß gesetzt, ein großer Teil in die Sowjetunion deportiert, etwa 3.500 Personen wurden der Zonen-Justiz zur Aburteilung übergeben.

Die Aburteilungen angeblicher Kriegs- und Naziverbrecher fanden in den Monaten April bis Juli 1950 in Waldheim/Sachsen durch 12 Große und 8 Kleine Strafkammern statt. Als Richter amtierten besonders ausgewählte und linientreue SED-Volksrichter. Ebenso ausgesucht waren

Staatsanwälte und sonstiges Personal.

Grundlage zur Verurteilung bildete in der Regel die Übersetzung eines in russischer Sprache abgefaßten Protokolls, das meist nicht ganz eine Seite füllte, und die angeblich von dem Beschuldigten begangenen Straftaten erwähnte. Im Ermittlungsverfahren wurden die Beschuldigten durch besonders geschulte Polizeikräfte noch einmal vernommen und mußten einen Lebenslauf und eine Vermögenserklärung abgeben. Auf diese Unterlagen stützte sich die Anklage der Staatsanwaltschaft.

Die Anklageschrift durfte von den Angeklagten durchgelesen, mußte dann wieder abgegeben werden. Verteidiger wurden nicht zugelassen, desgleichen keine Zeugen.

Am Schluß der gesamten Aktion, die unter Leitung von Dr. Hildegard Heinze und 4 anderen SED-Funktionären stand, wurden etwa 10 öffentliche Prozesse gegen Angeklagte durchgeführt, denen wirklich Straftaten vorgeworfen werden konnten. In allen anderen Verfahren in Waldheim war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Von 38 Todesurteilen wurden in der Nacht zum 4.11.1950 24 vollstreckt. Im übrigen wurden Strafen zwischen 6 Jahren Gefängnis und lebenslanglichem Zuchthaus verhängt.

Nach der Verurteilung erhielten die Angehörigen der Verurteilten nach teilweise über 5 Jahren das erste Lebenszeichen von den Inhaftierten. Seitdem wurde es den Verurteilten gestattet, monatlich einen Brief von 15 Zeilen zu schreiben und zu empfangen sowie in längeren unregelmäßigen Abständen ein Lebensmittelpaket mit genau vorgeschriebenem Inhalt zu erhalten. Im Herbst 1952 wurde unter dem Druck der öffentlichen Meinung der freien Welt, ein Teil der Verurteilten vor Ablauf der Strafzeit entlassen. Weitere vorzeitige Haftentlassungen erfolgten im Juli 1954 und 1956, so daß jetzt fast alle Waldheim-Verurteilten die Freiheit zurückerlangt haben.

Das West-Berliner Kammergericht hat in einem nach § 15 des "Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen" durchgeführten Überprüfungsverfahren erkannt, daß die Waldheim-Urteile wegen der im Verfahren und bei der Urteilsfindung festzustellenden Rechtsverletzungen schlechthin als nichtig, also als Nicht-Urteile angesehen werden müssen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Volksrichter" in der SBZ (x009/468): >>Begriff des Parteijargons.

Die Forderung nach einer umfassenden "Demokratisierung der Justiz" führte 1945 zu den ersten Volksrichter-Lehrgängen. Der Mangel der fehlenden akademisch-wissenschaftlichen Ausbildung sollte durch "große Lebenserfahrung" dieser neuen Richter ausgeglichen werden. Das Mindestalter betrug 23 Jahre. Das notwendige juristische Grundwissen sollte den Schülern während des Lehrganges beigebracht werden. Der erste Lehrgang dauerte 6 Monate, der zweite 8 Monate, die nächsten drei dann jeweils ein Jahr. ...

Seit 1956 wird auf eine gute fachliche Qualifizierung der Studenten an der Akademie und der früheren Absolventen der Volksrichter-Lehrgänge geachtet. Bis Ende 1960 mußten alle Volksrichter das Staatsexamen nachholen. Der Vorbereitung auf dieses Examen diente das Fernstudium.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 8. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114): >>8. November 1950. 105 Holländer, ehemalige freiwillige Soldaten der Waffen SS, kamen aus Rußland an. Sie wurden von holländischen Offizieren und einem holländischen Konsul in Empfang genommen. Einige weigern sich, in die Niederlande zurückzukehren. Sie fürchten Bestrafungen. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 12. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114): >>12. November 1950. Aus Italien trafen 21 Frauen, 15 Kinder und 11 Männer ein, die bisher in einem großen Internierungslager bei Rom festgehalten wurden. Die Deutschen beklagen sich über schlechte Behandlung und minderwertiges Essen. Dafür durften

sie als Elendsstatisten in einem Film mitwirken, den der italienische Regisseur Rossellini drehte. ... Der Filmstar Ingrid Bergmann verschenkte Schokolade an die Kinder.

Auch Deutsche aus Spanien kamen zurück. Außerdem aus vielen Ländern des ganzen Erdballs.

Friedland nimmt sie alle auf.<<

Grotewohl bestritt am 15. November 1950 erneut, daß eine Kollektivierung der gesamten Landwirtschaft geplant sei.

Bundeskanzler Adenauer sprach am 15. November 1950 mit den 3 Hohen Kommissaren der westlichen Alliierten über die Wiedervereinigung Deutschlands.

Der britische Hochkommissar Kirkpatrick schrieb später an das Foreign Office nach London (x020/87-88): >>Wir alle machten dem Kanzler klar, daß wir mit unseren Äußerungen zur Wiedervereinigung Deutschlands niemals die Absicht verfolgt hätten, darunter mehr als die Einbeziehung der sowjetischen Zone und Berlins zu verstehen: Sämtliche Gespräche, die jemals mit den Deutschen, auf welcher Ebene auch immer, in dieser Frage geführt worden seien, erlaubten einfach keine gegenteilige Interpretation. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Josef Foschepoth schrieb später über die Haltung des Bundeskanzlers (x020/88-89): >>Der Kanzler zeigte sich von der Haltung der Besatzungsmächte äußerst überrascht und versuchte während des gesamten Gesprächs eine betont harte Haltung einzunehmen. Daß es hierbei jedoch auch wieder weniger um die Ostgebiete als um die Westverträge ging, wurde deutlich, als er betonte, daß ein Verzicht auf die Gebiete jenseits der Oder und Neiße einen "außerordentlich ungünstigen Effekt auf die deutsche öffentliche Meinung haben würde und jede Chance einer Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag zunichte machen würde". ...

Im weiteren Verlauf der Unterredung versuchte Adenauer erneut einen Zusammenhang zwischen dem geplanten westdeutschen Wehrbeitrag und dem Anspruch auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete herzustellen. Unter Hinweis auf das soeben bei den EVG-Verhandlungen in Paris genannte Kontingent von 400.000 deutschen Soldaten im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft meinte der Kanzler, Deutschland würde nicht bereit sein, "diese zur Verfügung zu stellen, wenn die Alliierten zu verstehen gäben, daß sie sich für die Zukunft hinsichtlich der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie völlige Handlungsfreiheit vorbehielten".

Dies war nun dem französischen Hochkommissar, Francois-Poncet, endgültig zu viel. Sollte das, was der Kanzler gerade gesagt hatte, in Frankreich publik werden, "dann würde die französische öffentliche Meinung mit Sicherheit den Schluß ziehen, daß es bei einem Beitrag zur europäischen Verteidigung das Ziel des Kanzlers sei, einen Revanche-Krieg zu führen, um die deutschen Ostgebiete zurückzuerobern. Dies sei ganz und gar nicht unsere Idee" ... Vielmehr solle sich der Kanzler darüber im klaren sein, daß er eingeladen sei, nicht einen Beitrag zur Ostexpansion Europas, sondern zu seiner Verteidigung gegen unmittelbare russische Gefahr zu leisten".

Das Gespräch endete ohne konkretes Ergebnis.

Eine Woche später trafen sich jedoch die Außenminister der 3 Westmächte erneut mit Adenauer – diesmal auch in seiner Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik – in Paris zu gemeinsamen Beratungen. Es war das erste Mal, daß die westdeutsche Seite als gleichberechtigter Partner auf dieser Ebene vertreten war.

In westlichen Delegationskreisen war man darauf gefaßt, mit einer harten Haltung Adenauers in der Oder-Neiße-Frage konfrontiert zu werden. Nichts dergleichen geschah.

Das, was vor einer Woche noch ein Herzensanliegen des deutschen Kanzlers gewesen zu sein schien, war nicht einmal wert, ausführlich auf der Außenministerkonferenz diskutiert zu werden, die sich immerhin ausschließlich mit der künftigen Rolle Deutschlands in Europa be-

schäftigte. ...<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 15. November 1950 (x095/114-119): >>... Sowjetrußland hat sich seit 1945 die Herrschaft über Gebiete von zusammen 12 Millionen qkm verschafft. Es ist dabei in derselben Art und Weise vorgegangen: 5. Kolonne, Einschüchterung der widerstandsbereiten Elemente in den zu unterwerfenden Staaten, Schaffung vollendeter Tatsachen auf dem Wege der Gewalt, Einheitspartei, Einheitswahlen, Sowjetrußlandhörige Regierungen.

Die Expansionsstendenz Sowjetrußlands seit 1945 ist derartig eklatant, daß man nicht versteht, wie es möglich war, daß die Westalliierten dem so lange untätig zugesehen haben. Es spricht auch nichts dafür, daß diese Expansionspolitik nicht weiter verfolgt werden soll.

Im Gegenteil, die Ansammlung sowjetrussischer Armeen in der Sowjetzone Deutschlands, die Schaffung des Satellitenstaates "Sowjetzone Deutschland" nach der oben geschilderten Methode, die Schaffung der sogenannten Volkspolizei, die Wühlarbeit in der Bundesrepublik, in den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens lassen völlig klar erkennen, daß Sowjetrußland die Absicht hat, seine Herrschaft auch über Westeuropa auszudehnen.

Das Verhalten der westdeutschen Staaten demgegenüber, insbesondere auch die Einstellung Frankreichs gegenüber der Schaffung einer Abwehrfront einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, lassen den mangelnden Widerstandswillen und die mangelnde Einsicht in die Gefährlichkeit der Lage sehr deutlich erkennen.

Die Behandlung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch durch die Westalliierten hat die Achtung vor allem, was mit Wehrmacht irgendwie zusammenhängt, im deutschen Volke weitgehend vernichtet.

Auch das Bewußtsein, abhängig und nicht frei zu sein, schränkt in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere bei der jüngeren Generation, die Überzeugung, daß es notwendig sei, auch unter Opfern sich die Freiheit von Sowjetrußland zu bewahren, in starkem Maße ein. Man kann nur dann von einem Volk verlangen, für die Freiheit alles zu opfern, wenn es wirklich frei ist und wenn es davon überzeugt ist.

Hinzu kommt, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nicht davon überzeugt sind, daß die Westalliierten wirklich bereit sind, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um die Bundesrepublik vor einem Einbruch sowjetischer Truppen zu schützen. ...

Diese defaitistische Stimmung, die von der Ostzone her aus tausend Quellen genährt wird, war besonders stark nach dem Angriff der Nordkoreaner auf Südkorea. Die Stimmung besserte sich, als die Nordkoreaner durch die UNO-Streitkräfte zurückgeschlagen wurden. ...

... Ein Volk wird nur dann Opfer für seine Freiheit bringen, wenn es überzeugt ist, im Besitze dieser Freiheit zu sein. Diese Überzeugung besteht im deutschen Volke noch nicht und kann auch noch nicht bestehen. In einer sichtbaren und die breiten Massen überzeugenden Weise müssen, wenn das deutsche Volk Kontingente stellen soll, Beweise dafür gegeben werden, daß dem deutschen Volke seine Freiheit in kürzester Frist wiedergegeben wird. Sicher wird das nicht auf einmal möglich sein, aber es muß doch ein sehr starker Fortschritt für alle sichtbar eintreten.

Die Auslieferung von Deutschen an Frankreich zur Aburteilung und die Verhaftung dieser Personen durch Organe der Besatzungsbehörden unter der Begründung, daß der Wille der Besatzungsbehörden über dem deutschen Grundgesetz stehe, und eine ganze Anzahl ähnlicher Dinge erzeugen sehr viel böses Blut ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Konrad Adenauer (x343/12-15): >>**Der Alte und der Pfälzer**

_ von Jürgen Elsässer

Konrad Adenauer und Helmut Kohl ragen wie Riesen aus der Ahnengalerie der Unionsparteien heraus. Doch bei allen Leistungen haben beide auch gravierende Fehler zu verantworten,

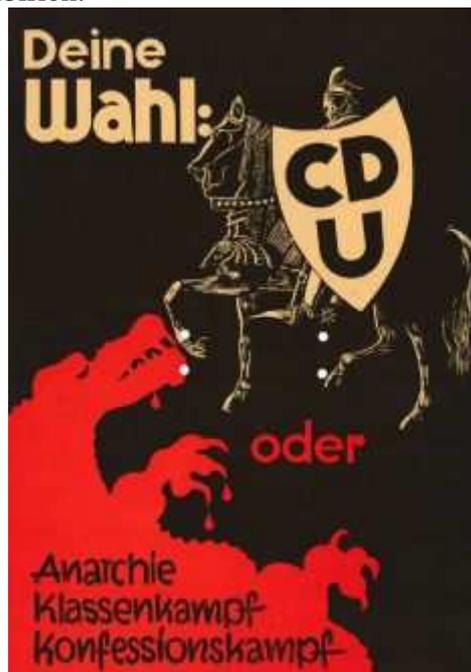
die die heutige Misere von Staat und Nation ermöglicht haben.

Die Geschichte der CDU ist die Geschichte dreier herausragender Kanzler, die jeweils weit länger als ein Jahrzehnt die Geschicke des Landes bestimmten: Konrad Adenauer steht für Wirtschaftswunder und Westbindung, Helmut Kohl brachte die Einheit und den Euro, Angela Merkel setzte Grenzöffnung und Islamisierung durch. Unter den ersten beiden ist der Wohlstand für alle Volksschichten gewachsen, unter letzterer hat sich die Bundesrepublik als Sozialamt für die ganze Welt etabliert - zu Lasten von Mittelstand und Arbeiterschaft.

Auf nach Westen

Adenauer, nach seinem Wohnort in der Nähe der alten Bundeshauptstadt auch als "der Alte aus Rhöndorf" titulierte, brachte die Tradition der katholischen Zentrumspartei aus der Weimarer Republik als wichtige Erbschaft in die Gründung der CDU mit ein. Als Oberbürgermeister von Köln (1917 bis 1933) war er dezidiert antipreußisch gewesen - die Stadt und andere Gebiete des heutigen Bundeslandes NRW gehörten damals noch zum größten deutschen Teilstaat - und hatte nach dem Ersten Weltkrieg mit einer Separierung des Rheinlandes an der Seite Frankreichs geliebäugelt.

Diese frühe Prägung ist der Politiker nie losgeworden: Zeitlebens fand er kein Verhältnis zu den Menschen und Mentalitäten östlich der Elbe, wo ab 1949 die "roten Preußen" der SED - so ein Bonmot des Publizisten Wolfgang Venohr - das Sagen hatten. Nach einer Anekdote hat Adenauer auf seinen Reisen durch den Osten immer die Rollos nach unten gezogen und geschimpft: "Da draußen ist Sibirien."



Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 1946. Im Gegensatz zum katholischen Zentrum verstand sich die CDU an als überkonfessionelle christliche Partei. Foto: CDU/KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Sein rheinisches Naturell ermöglichte ihm aber auch große Leistungen: Die sprichwörtliche kölnische Umgänglichkeit machte ihn zum idealen Verhandlungsführer bei den schwierigen Gesprächen mit den Siegermächten und mit Israel. Frankophilie und Katholizismus erleichterten insbesondere eine enge Freundschaft mit Charles de Gaulle und damit eine Aussöhnung mit dem alten Erbfeind jenseits des Rheins. Dabei strahlte er eine Ernsthaftigkeit und Frömmigkeit aus, die ihn in den turbulenten Nachkriegsjahren positiv abhoben von der klassenkämpferischen Linken - er war die charakterliche Identifikationsfigur für die große Mehrheit der leidgeprüften Deutschen.

Ein Schuß Machiavellismus war freilich unverkennbar: Die Wahl zum Bundeskanzler am 15. September 1949 sicherte er sich mit einer einzigen Stimme Vorsprung - seiner eigenen. Und in den Verhandlungen mit Moskau und Ostberlin folgte er der Devise: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Das machte den "Bundeskanzler der Alliierten" - so die Schmähung des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher - für die amerikanische Besatzungsmacht zum idealen Statthalter in der Zeit des Kalten Krieges: Der Alte war, schon aus Eigeninteresse am Machterhalt, völlig unempfänglich für alle Avancen aus dem Osten. Den von Washington geforderten Aufbau der Bundeswehr und den Eintritt in die NATO (1955) setzte Adenauer zuverlässig gegen die sozialdemokratische Opposition durch, die Kommunistische Partei ließ er 1956 gleich ganz verbieten.

Diese Haltung stabilisierte zwar den Teilstaat, verhinderte aber die Einheit Deutschlands. Dabei hätte es diese Chance gegeben: 1951 schlug DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl einen Fahrplan zur Wiedervereinigung vor, den Adenauer ablehnte und mit einem Gegenvorschlag konterte. "Danach hätte der erste Schritt in freien gesamtdeutschen Wahlen zu einer Nationalversammlung bestanden, zu der sämtliche Parteien zugelassen werden sollten. Zur großen Überraschung westlicher Beobachter ging Ost-Berlin auf diese Forderung ein", faßt der Historiker Gregor Schöllgen in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Doch paradoxerweise verweigerte sich Adenauer erneut.

Der nächste Vorstoß kam direkt aus Moskau. Diktator Josef Stalin bot ihm April 1952 ein neutrales Deutschland an, alle fremden Truppen sollten abgezogen werden und dann freie Wahlen stattfinden. Auch dieser Vorschlag wurde von den Westmächten torpediert. Ihre List: Der Urnengang sollte von den Vereinten Nationen kontrolliert werden - was damals für die UdSSR unannehmbar war, da die USA unter formalem Kommando der UNO gerade einen Krieg gegen das sozialistische Nordkorea führten.

Adenauers Entgegenkommen gegenüber den Besatzern ging sogar so weit, im Jahr 1954/55 die Herauslösung des Saarlandes aus Deutschland und dessen Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich zu billigen. Das Vorhaben scheiterte nur an der Hybris in Paris: Dort wollte man das sogenannte Saarstatut durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen und ging von einer sicheren Mehrheit bei den Saarländern aus. Doch die stimmten mit über zwei Dritteln für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik - und ermöglichten damit eine erste kleine Wiedervereinigung.

Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Adenauers Devise

Es spricht jedoch für Adenauer, daß er trotz aller Westverbundenheit auch weiter die Fühler nach Osten ausstreckte. Ein großartiges Resultat zeigte sein Moskau-Besuch im Jahr 1955 - dort konnte er die Freilassung der verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen aushandeln. Selbst Spuren zu einer "geheimen Ostpolitik" (Schöllgen) finden sich in den Akten.

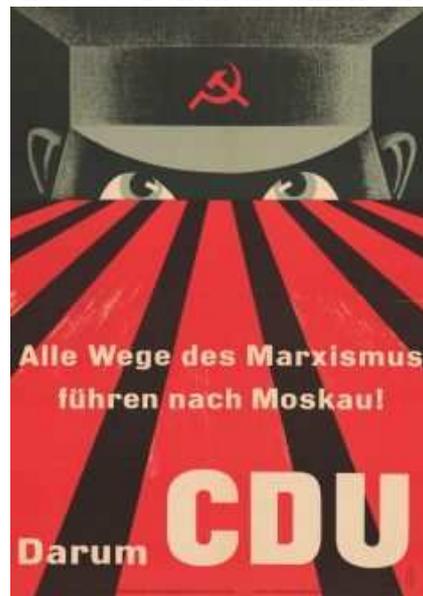
Bei einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Andrej A. Smirnow 1958 in Bonn fragte er unvermittelt, ob die Russen bereit wären, "der Sowjetzone den Status von Österreich zu geben", also die neutrale Eigenstaatlichkeit. Doch die Initiative verlief im Sande, wohl auch, weil Moskau mit SED-Chef Walter Ulbricht schon an Plänen zur Abriegelung der Zonengrenze arbeitete. Adenauers Mut kam zu spät.

Zwischen Washington und Paris

Die Wiedervereinigung, die Adenauer 1952 als Geschenk Moskaus nicht akzeptieren wollte, erhoffte er sich durch eine Politik der Stärke an der Seite der NATO, die auch die Bereitschaft zur militärischen Konfrontation einschloß. Tatsächlich galt in den USA zu Anfang der 1950er die Doktrin des sogenannten Rollback - und im Koreakrieg gab es Planungen, dieses Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses auch mit Hilfe von Atomwaffen durchzusetzen. Doch der

Sputnik-Schock kühlte die Gemüter ab: Mit dem weltweit ersten Start eines Satelliten demonstrierten die Sowjets 1957, daß ihre Raketen auch den amerikanischen Kontinent erreichen konnten.

In der Folge nahm die Bereitschaft der USA rapide ab, für die Wiedervereinigung in einen Krieg zu ziehen, der auch ihr eigenes Territorium hätte verwüsten können. Adenauer war freilich kein Hasardeur: Nach dem Mauerbau zeigte er sich zwar enttäuscht über die Zurückhaltung von Präsident John F. Kennedy - für ihn ein "Schaumschläger" -, aber goß selbst auch kein Öl ins Feuer und besuchte die "Frontstadt" in den heißen Tagen nach dem 13. August 1961 nicht. Dennoch stellte die neue US-Politik die Union vor ein Dilemma.



Nicht nur im Bundestagswahlkampf 1953 setzte die CDU auf harten Antikommunismus. Foto: CDU, KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Zwei Fraktionen bildeten sich heraus: Die Atlantiker um Außenminister Gerhard Schröder (nicht zu verwechseln mit dem wesentlich jüngeren SPD-Politiker) und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard standen gegen die Gaullisten um Strauß und Adenauer. Diese versuchten mit den Franzosen die Lücke zu schließen, die das amerikanische Desengagement in der deutschen Frage gelassen hatte. Besonders Strauß war eifrig und hatte schon 1957/58 mit Paris an einer Atomwaffenzusammenarbeit gebastelt. Es gibt Hinweise darauf, daß sein Sturz in der Spiegel-Affäre 1962 nicht ohne Hilfestellung der amerikanischen Geheimdienste zustande kam.

Adenauer stellte es klüger an. Sein Besuch in Frankreich 1962 fand in der alten Krönungsstadt Reims ihren Höhepunkt bei einer deutsch-französischen Truppenparade - 17 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine ungeheure Symbolik! -, und die Gegenvsiste De Gaulles im selben Jahr glich geradezu einem Triumphzug. Im Januar 1963 wurde ein deutsch-französischer Vertrag unterzeichnet, der eine privilegierte Zusammenarbeit beider Staaten vorsah und von Kritikern als antiamerikanisch interpretiert wurde.

Doch der Druck der Atlantiker, auch in der CDU, war so stark, daß der Vereinbarung in der deutschen Fassung eine Präambel vorangestellt wurde, die das Dokument weitgehend entwertete. De Gaulle mußte seinen Weg, der ihn zum Austritt aus der Militärstruktur der NATO führen sollte, allein weitergehen - die BRD blieb an der Seite der USA.

Ausländer rein!

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports. Verantwortlich dafür war Ludwig Erhard, der als Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963 für den Wiederaufbau verantwortlich war und deswegen großes Ansehen im Volk hatte,

aber vor allem die Interessen der Großkonzerne vertrat. Diese kapitalistische Orientierung stand am Beginn der Öffnung des Arbeitsmarktes für Ausländer ab Mitte der 1950er Jahre, wie der spätere SPD-Kanzler Helmut Schmidt im Rückblick feststellte: "Im Grunde genommen ging es ihm darum, durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das Lohnniveau niedrig zu halten. Mir wäre statt dessen lieber gewesen, die deutschen Löhne wären gestiegen."

1955 kam es zu einer wichtigen Weichenstellung: "Daß sich die deutsche Bundesregierung damals zur Anwerbung von Türken entschied - in deren Folge die Zahl der Ausländer in Deutschland von 700.000 (1961) auf drei Millionen (1971) stieg - ergab sich vor allem auf Drängen der deutschen Industrie.

Und: Es war die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die die Bundesregierung aufforderte, die im Anwerbeabkommen mit der Türkei festgelegte Befristung der Aufenthaltserlaubnis auf zwei Jahre, ein Rotationsprinzip, zu revidieren", faßt ein Artikel in der Tageszeitung Die Welt vom 5. Dezember 2006 zusammen.

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports.

Ein letztes Mal versuchte die Politik im Jahre 1973 gegenzusteuern - die Bundesregierung verfügte einen Anwerbestopp. Kanzler Willy Brandt (SPD) postulierte in der ARD: "Wir müssen an die eigenen Landsleute zuerst denken." Wieder intervenierten die Großkonzerne. "Damals", so schrieb der frühere Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl (CSU) 1983, "haben Herr Schleyer und mit ihm die meisten Arbeitgeber eine solche Politik der Rotation aber abgelehnt, weil er sagte, das kostet uns viel Geld, da müssen wir alle fünf Jahre neue Leute anlernen. Ich habe das für einen Fehler gehalten, und es zeigt sich jetzt, daß es ein Fehler war". ...<<

Durch Verordnung vom 16. November 1950 ging der Strafvollzug auf das Ministerium des Innern über.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über diese Verordnung (x009/431): >>... Damit trat der bisher im Strafvollzug vertretene Erziehungsgedanke völlig in den Hintergrund. Durch die Übertragung des Strafvollzugs auf die Polizei wurde angestrebt, die Arbeitskraft der Gefangenen in möglichst großem Umfange auszubeuten, so vor allem in Haftarbeitslagern.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Haftarbeitslager" in der SBZ (x009/169-170): >>Die Mehrzahl der Häftlinge, auch der politischen Gefangenen, ist in die Produktion der volkseigenen Wirtschaft eingegliedert.

Soweit diese Häftlinge nicht in volkseigenen Betrieben arbeiten, die in den Strafvollzugsanstalten Zweigbetriebe unterhalten, müssen sie in den zur Zeit 25 Haftarbeitslagern schwerste körperliche Arbeit verrichten.

Einige dieser Haftarbeitslager wurden für die Dauer großer Bauvorhaben errichtet. z.B. das Haftarbeitslager "Schwarze Pumpe" und das Haftarbeitslager "Klotzsche", das nach Fertigstellung der neuen Rollbahnen des Flugplatzes wieder aufgelöst wurde. Ständige Haftarbeitslager bestehen für die im Bergbau eingesetzten Häftlinge in den Steinkohlenrevieren Oelsnitz und Zwickau, in den Kalibergwerken Rossleben und Sollstedt sowie im Kupferbergwerk Volkstedt. In den Stahlwerken Stalinstadt (später Eisenhüttenstadt) und Unterwellenborn arbeiten die Häftlinge aus den gleichnamigen Haftarbeitslagern. 5 große Ziegeleien werden hauptsächlich von Häftlingen betrieben. ...

Bis 1957 konnten sich die Häftlinge durch hohe Arbeitsleistungen die Strafzeit bis auf ein Drittel verkürzen. Für sog. "Kurzstrafer", d.h. Häftlinge, die eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr verbüßen, ist diese Vergünstigung seit dem Sommer 1958 völlig entfallen. Die anderen Gefangenen können seitdem trotz härtester Arbeit nur noch in besonders günstigen Ausnahmbedingungen einen wesentlichen Teil der Strafzeit "einarbeiten", weil die mehrmals erhöh-

ten Arbeitsnormen kaum noch zu erfüllen sind. ...

Die - wenn auch geringe - Hoffnung, die Strafzeit zu verkürzen, sowie Strafen wegen Arbeitsverweigerung bei Nichterfüllung der Norm treiben die Häftlinge weiterhin zu äußerster Kraftanstrengung an. 75 % der Arbeitsvergütung werden für Unterkunft und die meist unzureichende Verpflegung einbehalten.

Der in Art. 137 der Verfassung niedergelegte Grundgedanke des Strafvollzugs, "Erziehung der Verbesserungsfähigen durch gemeinsame produktive Arbeit", ist in den Haftarbeitslagern längst durch die Ausbeutung der Häftlinge zugunsten der volkseigenen Wirtschaft ersetzt worden. In den Haftarbeitslagern wird die gegen "arbeitsscheue Personen" ausgesprochene "Arbeitserziehung" vollstreckt.<<

"Bild-Extra" berichtete am 17. November 1950 über den Prozeß gegen Rudolf Pleil (x305/-11): >>Der Massenmörder von der Zonengrenze

"Erst hab' ich sie mit dem Hammer umgehauen, dann habe ich sie bearbeitet."

Lächelnd gesteht Rudolf Pleil im sogenannten "Braunschweiger Prozeß" zahlreiche Morde. Der Mann, der sich selbst als "Totmacher" bezeichnet, hat 1946/47 im Grenzgebiet zwischen Ost- und Westdeutschland mindestens 11 Flüchtlinge (meist) Frauen erschlagen und anschließend ausgeraubt.

Pleil selbst prahlt von 40 Morden, ist beleidigt als Ärzte und Richter ihm dies nicht glauben wollen. Zum Beweis, daß er "gut und schnell totmachen kann", nennt er Orte, an denen man weibliche Leichen findet. Pleil wird zu lebenslanger Haft verurteilt. ...<<

Der Massenmörder Pleil erhängte sich schließlich am 17. Februar 1958 in seiner Zelle.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 26. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114-117): >>26. November 1950. Es gibt viele Kinder in Friedland, Kinder, die bisher das Leben nur in der Sicht irgendeines Lagers kennen. Kinder, die nicht deutsch sprechen. Kinder, die weder schreiben noch lesen können.

... Deshalb gründete Friedland einen Kindergarten und auch eine Lagerschule. ...

Für die größeren ist die Lagerschule eingerichtet worden. Der Lehrer hat es nicht leicht, denn die da vor ihm sitzen, Kinder vom 5. bis 14. Lebensjahr, haben die unterschiedlichste Schulbildung hinter sich, können oft kaum schreiben, noch schlechter lesen, manchmal auch überhaupt nicht deutsch. ...

Hier heißt es, ganz von vorn anfangen. Mit dem Nachsprechen von Worten der einfachen Umgangssprache beginnt es, dann kommen die Buchstaben an die Reihe ... und alle soll so ein 12jähriger, der noch nie eine deutsche Schule sah, nicht nur auswendig lernen, sondern auch schreiben können. Aber sie sind alle dabei, Bruno, Fritz und Günther, sie wollen deutsch lernen, denn, das haben ihnen die Eltern gesagt: Deutschland ist ihre Heimat. ...<<

Die kommunistische Abgeordnete Marie-Claude Vaillant-Courtier (1912-1996, als Mitglied der französischen Widerstandsbewegung im Gefängnis und in deutschen Konzentrationslagern interniert) erklärte am 22. Dezember 1950 während einer Gerichtsverhandlung (x075/-189): >>Ich weiß, daß es in der Sowjetunion keine Konzentrationslager gibt, und ich halte das sowjetische Strafvollzugswesen unbestreitbar für das erstrebenswerteste in der ganzen Welt.

Ich glaube, die Sowjetunion ist das einzige Land, in dem alle Verurteilten, ganz gleich, ob aus strafrechtlichen oder politischen Gründen Verurteilte, ein Gehalt bekommen, das dem entspricht, was sie draußen bekämen, sie können kaufen, was sie draußen kaufen würden, ausgenommen alkoholische Getränke, was natürlich für diejenigen, die gerne trinken, unangenehm ist, und sie können sich von ihrem Gehalt ein Einzelzimmer mieten, wenn sie es wünschen, und sie haben die Möglichkeit, zu schreiben, Filme zu sehen und Musik zu machen. ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Sympathisanten der kommunistischen bzw. stalinistischen Sowjetunion (x075/187): >>... Die Blindheit hat nichts spezifisch Französi-

ches an sich. Auf der Liste der Besucher der Sowjetunion standen bedeutende Vertreter der englischen und amerikanischen Intelligenz, die begeistert zurückkehrten und Zeugnis ablegten von der Menschlichkeit des Regimes, und von seinen großen Erfolgen dank der revolutionären Begeisterung und des revolutionären Scharfblicks.

Bertrand Russell, Julian Huxley – der zukünftige erste Generalsekretär der UNESCO -, Owen Lattimore und sogar der amerikanische Vizepräsident Henry Wallace: Wie lächerlich und unehrenhaft wirken doch im nachhinein ihre Äußerungen! ...<<

Der zum Tod verurteilte deutsche Wehrmachtsgeneral Gerhard Henke schrieb damals über den Heiligen Abend 1950 in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft (x130/335): >>... Wir stellten Kerzen auf Tannenzweige oder kleine Bäumchen vor uns auf, die in Paketen geschickt worden waren. ...

Ich kam in Gedanken am Bahnhof in Eschwege an und ging den Weg vom Bahnhof zu unserem Haus. An all den Gebäuden, Plätzen und Bäumen vorbei, die mir seit meiner früher Jugend vertraut waren. ...<<

31.12.1950

Deutsches Reich: Größe in qkm (Stand: 1950), Bevölkerung (Stand: 1950)

<u>Deutsche Provinzen, Länder und Landesteile</u>	<u>Fläche in qkm Stand: 1950</u>	<u>Deutsche Bevölkerung Stand: 1950</u>	<u>Einwohner je qkm Stand: 1950</u>
Westdeutschland (BRD)	245.275	47.589.300	194
Berlin	890	3.325.200	3.736
Saargebiet	2.559	948.700	371
Sowjetische Besatzungszone (DDR)	<u>107.173</u>	<u>17.600.000</u>	<u>164</u>
	355.897	<u>69.463.200</u>	<u>195</u>
Deutsche Ostgebiete (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens)	13.200	.	.
Deutsche Ostgebiete (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern)	<u>101.448</u>	.	.
	<u>470.545</u>	.	.

Quellen: KNAURS LEXIKON, München 1953 (x038/295).

Deutschland mußte nach dem Zweiten Weltkrieg 24,4 % seines Staatsgebietes (in den Grenzen von 1937) abtreten.

"Bild-Extra" berichtete am 31. Dezember 1950 über das Elend der deutschen Heimatvertriebenen (x305/12-13): >>13 Millionen suchen eine Heimat ...

Alles, was die Menschen haben, steckt in Koffern oder Kartons. Drei Quadratmeter Freiheit für jeden Flüchtling, einem Häftling stehen sechs zu.

Der Zweite Weltkrieg bescherte Deutschland die größte Völkerwanderung seiner Geschichte. 13 Millionen Menschen sind seit Kriegsende gen Westen gezogen. Sie alle suchen eine neue Heimat.

In der Bundesrepublik ist jeder fünfte Bürger ein Vertriebener. Jeder zehnte ein DDR-Flüchtling. Dazu kommen die Zwangsausgesiedelten und die Heimkehrer. Die meisten müssen in Sammelbaracken, ehemaligen Arbeitslagern und Wehrmachtstankern leben. Täglich

passieren 15.000 neue Flüchtlinge die Grenze.

Zu der Wohnungsnot kommt die soziale Armut. Zwei Drittel der Vertriebenen und Flüchtlinge erhalten "Soforthilfe" (rund 45 Mark). Die Not schweißt die Vertriebenen zusammen. Die verschiedenen Landsmannschaften organisieren sich, helfen einander, machen Heimattreffen.

...<<

Nach einer Flüchtlings-Sondererhebung lebten am 31. Dezember 1950 in Schleswig-Holstein noch etwa 14,5 % der Vertriebenen in behelfsmäßigen Massenunterkünften (x153/25).

Walter Müller-Bringmann berichtete am 31. Dezember 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/117): >>31. Dezember 1950. Über 400 Deutsche aus China trafen überraschend zum Jahresende in Friedland ein. Es sind in der Mehrzahl Kaufleute, die seit vielen Jahren mit ihren Familien in China lebten und nun ausgewiesen wurden.

Sie haben alles verloren, besitzen nichts als den Anzug auf dem Leibe, das Kleid, den Mantel. Und doch habe ich kaum jemand gefunden, der mutlos war. Man wird sehen. Man wird von vorn anfangen. Irgendwo in Deutschland. ... Keiner ließ sich gehen. So, als gehöre sich das nicht.<<

Die polnische Regierung annullierte am 31. Dezember 1950 das Dekret über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft vom 13. September 1946, das vorher den Rechtstitel für die Ausweisung der Volksdeutschen im alten polnischen Staatsgebiet (Grenze vor 1937) bildete (x003/VII).

Im Jahre 1950 flohen 197.788 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Der Anteil der Vertriebenen an der DDR-Bevölkerung betrug im Jahre 1950 rund 25 % (Vergleich: BRD am 1.4.1950 = 7,7 Millionen Vertriebene, rund 16,1 %).

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Louis Fürnberg (1909-1957) verfaßte im Jahre 1950 das "Lied der Partei" (x846/...):

>>Sie hat uns alles gegeben,
Sonne und Wind und sie geizte nie.
Wo sie war, war das Leben,
Was wir sind, sind wir durch sie.
Sie hat uns niemals verlassen,
Fror auch die Welt, uns war warm.
Uns schützt die Mutter der Massen,
Uns trägt ihr mächtiger Arm.

Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht ...
Und Genossen es bleibe dabei,
Wer da kämpft für das Recht,
Der hat immer recht
Gegen Lüge und Ausbeuterei.
Wer das Leben beleidigt,
Ist dumm oder schlecht,
Wer die Menschen verteidigt,
Hat immer recht.
So aus Lenin'schem Geist
Wird von Stalin geschweißt
Die Partei, die Partei, die Partei.

Sie hat uns niemals geschmeichelt.
Sank uns im Kampfe auch manchmal der Mut,

Hat sie uns leis nur gestreichelt:
"Zagt nicht!" und gleich war uns gut.
Zählt denn noch Schmerz und Beschwerde,
Wenn uns das Gute gelingt,
Wenn man den Ärmsten der Erde,
Freiheit und Frieden erzwingt?
Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht ...

Sie hat uns alles gegeben,
Ziegel zum Bau und den großen Plan.
Sie sprach: "Meistert das Leben,
Vorwärts Genossen, packt an."
Hetzen Hyänen zum Kriege,
Bricht euer Bau ihre Macht.
Zimmert das Haus und die Wiege,
Bauleute, seid auf der Wacht!
Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht ...<<

Bundeskanzler Adenauer teilte den Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Jahre 1950 mit, daß immer noch etwa 1.407.000 westdeutsche Soldaten und 190.000 Zivilisten vermißt würden, die damals als Kriegsgefangene oder Vermißte registriert waren (x131/181).

Der CDU-Politiker Hans Lukaschek (1885-1960, 1949-53 Minister für Vertriebene) beauftragte im Jahre 1950 bekannte deutsche Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten.

Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe, Musiktheoretiker) kehrten im Jahre 1950 aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die 68er Bewegung.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über Horkheimers Politisierung der Psychoanalyse (x306/96-101): >>Die Psychoanalyse wird politisiert

Die Politisierung der Psychoanalyse kam nicht von ungefähr, sondern aus Frankfurt am Main. Dort hatte 1930 Max Horkheimer das Institut für Sozialforschung übernommen. Das Institut war auf sozialdemokratisches Betreiben nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und dem Herausgeber des "Archivs für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung", Carl Grünberg, unterstellt worden.

Das Institut ist in seiner Frühzeit weniger durch wissenschaftliche Arbeiten als durch die Tätigkeit des posthumen "Helden der Sowjetunion" und russischen Meisterspions Richard Sorge bekannt geworden. Horkheimer löste es nach Eintreten der Wirtschaftskrise vom musealen Sozialismus und machte es mit seiner sozialphilosophischen Fragestellung im Dreieck Marx-Hegel Freud zu dem unter den Studenten als "Marxtempel" bekannten Magneten der linksintellektuellen Jugend.

Die jungen Dozenten und Assistenten, die sich um das Institut scharten, sollten später beinahe alle bekannt werden. Es waren Friedrich Pollock (1894-1964), Theodor Adorno (geb. 1903), Herbert Marcuse (geb. 1898), Erich Fromm (geb. 1900) und Leo Löwenthal (geb. 1900), denen auch Walter Benjamin nahe stand.

Der Ausdruck Sozialforschung wies darauf hin, daß das Objekt der Untersuchungen des Instituts zwar die Gesellschaft war, der Umfang der Untersuchungen jedoch nicht durch die Grenzen der Fachsoziologie eingeschränkt werden sollte. Die letzten Jahre des Dahinsiechens der Weimarer Republik gaben die erregende Kulisse für das Entstehen der "kritischen Theorie", die den "historischen Verlauf der gegenwärtigen Epoche begreifen" sollte. Bildeten die Kommunisten den willensmäßigen, die Sozialdemokraten den gefühlsmäßigen Flügel der Revolution von links, so standen die Sozialforscher im verstandesmäßigen Zentrum.

Das Scheitern der linken Revolution war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Flügel miteinander zerstritten waren und das Zentrum so in der Luft hing. 1933 wurde das Frankfurter Institut wegen "staatsfeindlicher Umtriebe" geschlossen. Doch Horkheimer hatte vorgebaut. Die "Zeitschrift für Sozialforschung" siedelte mit ihrem 2. Jahrgang nach Paris über, das Institut wurde in New York an der Columbia Universität weitergeführt.

Bereits im Vorwort der "Zeitschrift für Sozialforschung" wurde die Förderung der Sozialpsychologie versprochen, wobei zum ersten Male die Psychoanalyse in ein sozialpsychologisches System einzubauen sei. Vor allem Erich Fromm, ein gebürtiger Frankfurter, der 1929 vom Berliner Institut für Psychoanalyse nach Frankfurt zurückkehrte, förderte die Synthese von Marx und Freud. Seine Aufsätze in der "Zeitschrift für Sozialforschung" und sein Beitrag zu dem in Frankfurt vorbereiteten, aber erst 1935 in Paris gedruckten Band "Studien über Autorität und Familie" gelten als die "Gründungsdokumente" der amerikanischen neo-freudianischen Schule.

Während die musealen Marxisten sich damit begnügten, aus den unerquicklichen Vorgängen der 30er Jahre Bestätigungen ihrer Dogmen herauszulesen, waren die jungen Sozialforscher bemüht, ein wissenschaftliches Fazit der gleichen Ereignisse zu ziehen. Hatte man auf der Linken bislang geglaubt (und glaubten gewisse Partei Emigranten noch immer), daß das Volk gegen die privilegierten Klassen stehe und Recht und Wahrheit gegen Macht und Herrschaftsideologie verteidige, so zogen die Sozialforscher aus den "faschistoiden" Entwicklungen der Zeit die Konsequenz, daß auf das Volk (auch in Gestalt des Proletariats) kein Verlaß mehr sei. "Auch die Situation des Proletariats bildet in dieser Gesellschaft keine Garantie der richtigen Erkenntnis", formulierte Max Horkheimer.

"Die richtige Gesamtverfassung der Menschheit" wäre nicht durch die Befreiung des Proletariats von seinen Ketten, sondern durch die Reform der gesamten Gesellschaft, einschließlich des Proletariats, zu erreichen. In einem gewaltigen Wurf sollte nicht nur die Gesellschaft reformiert werden, sondern Marx und Freud gleich mit. In der intellektuellen Retorte wurde nach und nach die Aufgabe bewältigt, ein in der fortschrittlich-radikalen Tradition stehendes politisches System unter Weglassung des Volkes zu konstruieren.

Die neo-freudianischen und verwandten Schulen mußten Freud wie Marx zum konservativen alten Eisen werfen, da der eine in den Trieben, der andere im Proletariat einen vorgegebenen, nicht zu verändernden Faktor hinnahm. Im Besitz einer gesellschaftsgeschichtlichen Gesamtschau rechnete man beiden die Erkenntnisgrenzen ihres gesellschaftlichen Standortes vor. Freud habe die an seinen adligen und großbürgerlichen Patienten gewonnenen Ergebnisse zu Unrecht verallgemeinert. Marx habe den Menschen noch als rationales Wesen gesehen.

Er habe die Kräfte des Unbewußten noch nicht gekannt, sonst hätte er nicht die Arbeiterklasse einfach als Erben der Kapitalistenklasse eingesetzt. Marx sah nicht, "daß eine bessere Gesellschaft nicht ins Leben gerufen werden konnte von Menschen, die sich nicht einem moralischen Wechsel in sich selbst unterzogen haben". Die Gesellschaft sei krank, da die Einzelnen krank seien. Die Gesellschaft müsse man kurieren, indem man die Einzelnen kuriere. Der Psychoanalytiker ist in letzter Instanz derjenige, in dessen Händen die Verantwortung für den gesellschaftlichen Wechsel liegt. Er bilde um sich herum gesunde Zellen, die die gesunde Gesellschaft von morgen ankündigten.

Was dem roten Frankfurt recht war, war dem roten Wien billig. Auch hier scheiterten die revolutionären Entwürfe, die in der Rathausmehrheit der einzigen sozialistischen Millionenstadt, deren Gemeindebauten, Schulreformen, Sportanlagen und Volksbildungseinrichtungen "eine Teilverwirklichung des Sozialismus im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft" gesehen hatten. Von der Wiener "Karl Marx Hof Mystik" legen die Gedichte Stephen Spenders ein lyrisches Zeugnis ab. Der Oberschicht suchte man mit einer "Hauspersonalabgabe" das Leben zu verdrießen, die mit einer progressiven Abgabeberechnung bei dem meistbetroffenen Haushalt die Summe von 316.555 Schilling pro Jahr erreichte.

Einer der heute führenden amerikanischen Soziologen, Paul F. Lazarsfeld, berichtete über seinen Wiener Werdegang: "Am Anfang der Zwanziger Jahre waren wir überzeugt, daß die Reformen der Gemeinde Wien auf sozial- und schulpolitischem Gebiet den Beginn einer neuen Zeit bedeuteten. Doch am Ende dieses Jahrzehnts war es schon klar, daß die Entwicklung eine ganz andere und von unserem Standpunkt aus bedenkliche Richtung genommen hatte." Da hätte man begonnen, sich für alles zu interessieren, "was die Enttäuschung unserer Hoffnungen erklären konnte". Damals sei das Wort umgegangen, daß die heraufziehende Revolution Nationalökonomien gebraucht habe, daß die siegreiche Revolution sich auf Ingenieure stütze und die gescheiterte Revolution Sozialpsychologen hervorbringe.

Auch in Wien fand eine Verschmelzung von Soziologie und Psychologie statt, einerseits im Werk des Psychoanalytikers Wilhelm Reich, andererseits im Umkreis des Psychologenehepaares Karl und Charlotte Bühler. Wilhelm Reich (geb. 1897) war in Wien Freuds erster Assistent (1922-1928) gewesen. Sein Versuch, die Psychoanalyse mit kommunistischen klassenkämpferischen Parolen zu verschmelzen, hatte ihn jedoch Freud entfremdet, der schon bei Mussolinis "Marsch auf Rom" auf den Vorwurf, weder rot noch schwarz zu sein, geantwortet hatte: "Nein, man sollte fleischfarben sein."

In den Jahren der deutschen Krise entwickelte Reich seine eigene "sex-ökonomische" Lehre, die sich zunehmend, insbesondere nach seiner Übersiedlung nach Amerika, aus den marxistischen Eierschalen löste. Reich berief sich auf einen Artikel von Willi(am) Schlamm, der nach dem Saarpflichtbesitz von 1935 geschrieben hatte:

"In Wirklichkeit ist die Epoche vorbei, in der es schien, als ob die Volksmassen aus eigener Kraft sich erheben würden, geleitet durch die Vernunft und die Einsicht in ihre Lage. In Wirklichkeit haben die Massen keine gesellschaftsformende Funktion mehr. Sie haben sich als völlig manipulierbar, dumpf und fähig zur Anpassung an jede Art von Macht oder Infamie erwiesen."

Schlamm's Standpunkt sei zwar steril, da er weder die Herkunft der Situation noch deren Änderung einbeziehe, aber Reich selbst habe immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß "die demokratischen Politiker, insbesondere die sozialdemokratischen und kommunistischen, nicht das geringste Verständnis dafür hatten, daß die Massen infolge jahrhundertelanger Unterdrückung unfähig zur Freiheit sind." Um die Änderung dieser Situation bewirken zu können, müsse man ihre Ursache kennen: "Was die Masse unfähig zur Freiheit macht, ist die Unterdrückung des genitalen Liebeslebens in Kindern, Heranwachsenden und Erwachsenen." - "Sexuelle Unterdrückung ändert die Struktur des ökonomisch unterdrückten Individuums so, daß es gegen seine Interessen handelt."

Reich ordnete die politischen Hauptströmungen den drei Schichten des menschlichen Charakters zu. Die oberste Schicht sei die Schicht der Kooperation, der Vernunft, der Rücksichtnahme; die unterste Schicht sei die der schöpferischen Triebe, denen alle geistigen und künstlerischen Leistungen entspringen, die unterste Schicht könne sich jedoch nicht mit der obersten durchdringen, da sie durch eine mittlere Schicht abgeleitet werde, in der alle Egoismen, Saldismen, Selbstsucht und Brutalität zu Hause seien.

Der obersten Schicht sei der Liberalismus zuzuordnen, der untersten die revolutionäre Linke,

der mittleren der Faschismus. Denn man könne die Zeitgeschichte nicht begreifen, wenn man den Faschismus für eine politische Idee halte, die mit politischen Mitteln an die Macht dränge. "Der Faschismus ist nur der politisch organisierte Ausdruck der durchschnittlichen menschlichen Charakterstruktur."

In diesem charakterologischen Sinn ist "Faschismus" die grundlegende emotionelle Haltung des Menschen in der autoritären Gesellschaft, die die Gesellschaft der Gegenwart überhaupt sei. Es sei daher widersinnig, den Faschismus aus dem deutschen oder japanischen Volkscharakter abzuleiten. Seine charakter-analytischen Erfahrungen hätten Reich gezeigt, "daß es heute nicht ein einziges Individuum gibt, das nicht Elemente faschistischen Fühlens und Wollens in sich trägt".

"Der Faschismus als politische Bewegung unterscheidet sich von anderen reaktionären Parteien dadurch, daß er von den Massen des Volkes unterstützt wird."

"Faschismus ist auf einer Religiosität aufgebaut, die aus einer sexuellen Perversion stammt; er ändert den masochistischen Charakter der alten patriarchalischen Religionen in eine sadistische Religion." ...

Wer den Faschismus bekämpfen wolle, müsse davon ausgehen, daß die "zentrale reaktionäre Keimzelle" die Familie sei. "Da die autoritäre Gesellschaft sich in der Struktur des Massenindividuum durch die autoritäre Familie reproduziert, folgt, daß die politische Reaktion die autoritäre Familie als Basis des Staates, der Kultur und Zivilisation verteidigt". Kern der autoritären Familie sei eine Mutter Fixierung. "Die Mutter ist die Heimat des Kindes und die Familie die Nation en miniature."

Daher seien "metaphysisches, individualistisches und familiäres Verhalten nur verschiedene Aspekte ein und desselben Prozesses der Sex Negation. Realistisches, nicht metaphysisches Denken auf der anderen Seite geht Hand in Hand mit der Lockerung der Familienbande und zum mindesten Indifferenz gegenüber asketischen sexuellen Ideologien".

Die autoritäre Familie lösche die Frau und die Kinder als Geschlechtswesen aus, indem sie die Frau in der Mutter Funktion aufgehen lasse und die Sexualität der Kinder unterdrücke. Demgegenüber sei die sexualkulturelle Revolution auch das politische Heilmittel. Durch "sexökonomische Massen Hygiene" sei eine kollektive Atmosphäre sexueller Bejahung zu schaffen, die eine neue sexökonomische Moral zur Folge habe.<<

Bei der Volkszählung im Jahre 1950 wurden 1,25 Millionen Deutsche als "Autochthone" klassifiziert (x077/35).

Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtete im Jahre 1950 über einen "Pakettag" in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Stalingrad I (x130/361): >>Für die Gefangenen bedeuteten die Pakete die Rettung, das Überleben. Die Pakete wurden immer nur in Gegenwart eines Russen geöffnet, ausgepackt und auf verbotene Dinge – Waffen, Kompaß und Kassiber (schriftliche Nachrichten) – untersucht.

Zahnpasta-Tuben und Rasierklingen wurden uns nicht ausgehändigt.

Walnüsse wurden vom sowjetischen Offizier mit dem Hammer aufgeschlagen und nach Kassibern untersucht. So stand ich vor dem Tisch mit dem Paketinhalt, der Russe knackte Nüsse, ich schob mir den Nußkern in den Mund und wartete auf die nächste Nuß. Einmal wurde sich der russische Offizier plötzlich bewußt, wie seltsam und komisch die Szene war. Er nahm eine Handvoll Nüsse und warf sie mir lachend an den Kopf.

Leere Keksdosen verschenkten wir an Kinder, die wir auf dem Weg zur Arbeitsstelle trafen. Doch dies wurde uns verboten: Jeglicher Kontakt zur Zivilbevölkerung war streng untersagt. In den nächsten Tagen standen die Kinder wieder an unserem Weg. Sie bettelten: "Onkel Kriegsverbrecher, schenk uns eine Dose". ...<<

Sir Brian Robertson (1896-1974, britischer General, 1947-1948 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, 1949-1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland)

war im Jahre 1950 davon überzeugt, daß die Mehrheit der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen nicht in ihre alte Heimat im Osten zurückkehren würde (x020/90): >>Haß gegenüber Rußland und der Kommunismus ist unter diesen unglücklichen Menschen eine weitaus stärkere gefühlsmäßige Kraft als das Heimweh. ...<<

Der republikanische Senator Joseph Raymond McCarthy (1908-1957) leitete ab 1950 die Untersuchung gegen "unamerikanische Umtriebe", die sich unter seiner Führung in den folgenden Jahren zu einer regelrechten Hetzjagd auf "kommunistische Staatsfeinde" entwickelte.

McCarthy berichtete später über seine "Untersuchungstätigkeit" (x149/127): >>Bei meinem Wort, ich habe keine Freude an dieser Aufgabe. Es ist eine schmutzige, unangenehme Arbeit, doch die Arbeit muß getan werden.

Als ich noch ein Junge war, und auf der Farm lebte, hielt meine Mutter Hühner. Der größte Feind der Hühner ist das Stinktief. Um die Hühner meiner Mutter zu schützen, mußten meine drei Brüder und ich Stinktiefen ausgraben und vernichten.

Es war eine schmutzige, schlechte, unerfreuliche und stinkende Arbeit. Und manchmal, wenn wir sie getan hatten, wollten die Leute in der Kirche nicht neben uns sitzen. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Heinar Kipphardt (1922-1982) schrieb später über die "Kommunistenjagd in Nordamerika" (x081/203): >>In den Jahren 1950 bis 1954 versetzte ein einziger Mann, der Senator Joseph McCarthy aus Wisconsin, die Vereinigten Staaten von Amerika in einen Zustand von Verfolgungswahn. Er benutzte seine Stellung im Senat, um die Behauptung zu verbreiten, die wichtigsten amerikanischen Behörden seien von Kommunisten unterwandert. Dabei ging er wie alle Demagogen von der Erfahrung aus, daß Lügen um so eher Glauben finden, je dicker sie aufgetragen werden.

So erklärte er zum Beispiel, er besitze eine Liste von 205 Kommunisten im amerikanischen Außenministerium. Später mußte er das dementieren, aber bis dahin hatte er genug Aufsehen erregt und Schrecken hervorgerufen.

Er war ein Meister des Falschspiels. Dem Senat gegenüber behauptete er einmal, er wolle jetzt etwas aus der Korrespondenz zwischen zwei führenden Beamten vorlesen. Als man verlangte, daß der Brief mit zum Protokoll gegeben würde, stellte sich heraus, daß es einen solchen Brief gar nicht gab, sondern daß der Senator diesen Brief frei erfunden und den Inhalt aus der Luft gegriffen hatte.

Alles in allem dauerte der Spuk, der als McCarthyismus in die amerikanische Geschichte einging, etwa 4 Jahre. Dann befaßte sich ein Senatsausschuß mit der Frage, ob das Verhalten des Senators McCarthy nicht zu tadeln sei, und dieser Tadelsantrag wurde von einer Mehrheit von 67 Senatoren angenommen; von da an war der Bann gebrochen und McCarthy ein erledigter Mann, der nicht mehr in der Lage war, irgend jemanden in Panik zu hetzen. ...<<

Mao Zedong (1893-1976, Präsident des Zentralrats der Volksregierung) ließ 1950/51 Tibet besetzen und leitete ab 1950 eine radikale Umgestaltung von Staat und Gesellschaft ein (Maoismus).

1951

Der Staatspräsident erließ am 8. Januar 1951 ein Gesetz über die polnische Staatsbürgerschaft (x003/497-500): >>... Kapitel I.

Polnische Staatsbürger.

Art. 1. Ein polnischer Staatsbürger kann nicht gleichzeitig Bürger eines anderen Staates sein.

Art. 2. Mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes sind polnische Staatsbürger Personen, welche:

1. die polnische Staatsbürgerschaft auf Grund der bisherigen Vorschriften besitzen,
2. als Repatrianten nach Volkspolen gekommen sind,
3. die Bestätigung ihrer polnischen Nationalität auf Grund des Gesetzes vom 28. April 1946 über die polnische Staatsbürgerschaft von Personen polnischer Nationalität, die in den Wie-

dergewonnenen Gebieten wohnhaft sind, des Dekrets vom 22. Oktober 1947 über die polnische Staatsbürgerschaft von Personen polnischer Nationalität, die im Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig wohnhaft sind, sowie anderer hierhergehörender bisher geltender Vorschriften erlangt haben.

Art. 3. Die zuständige Behörde kann als polnische Staatsbürger Personen anerkennen, die zwar die Voraussetzungen des vorhergehenden Artikels nicht erfüllen, jedoch mindestens seit dem 9. Mai 1945 in Polen wohnen, es sei denn, daß sie als Ausländer einer bestimmten Staatsangehörigkeit nach Polen gekommen und in Polen als Ausländer behandelt worden sind.

Art. 4. Polnischer Staatsbürger ist nicht, wer zwar am 31. August 1939 die polnische Staatsangehörigkeit besaß, jedoch ständig im Ausland wohnt und:

1. im Zusammenhang mit den Änderungen der polnischen Staatsgrenzen auf Grund eines internationalen Vertrags die Staatsangehörigkeit eines anderen Staates erworben hat oder
2. russischer, weißrussischer, ukrainischer, litauischer, lettischer oder estnischer Nationalität ist oder
3. deutscher Nationalität ist, es sei denn, daß der Ehegatte dieser Person die polnische Staatsbürgerschaft besitzt und in Polen wohnt.

Art. 5. 1. Die Eheschließung eines polnischen Staatsbürgers mit einer Person, welche die polnische Staatsbürgerschaft nicht besitzt, hat keine Änderung der Staatsbürgerschaft der Ehegatten zur Folge.

2. Die Änderung der Staatsbürgerschaft des einen Ehegatten hat keine Änderung der Staatsbürgerschaft des anderen Ehegatten zur Folge.

Kapitel II.

Der Erwerb der polnischen Staatsbürgerschaft.

Art. 6. Ein Kind erwirbt die polnische Staatsbürgerschaft, wenn:

1. beide Eltern polnische Staatsbürger sind oder
2. der eine Elternteil polnischer Staatsbürger ist und der andere unbekannt oder seine Staatsangehörigkeit unbekannt oder unbestimmt ist.

Art. 7. Ein Kind, das in Polen geboren oder aufgefunden wurde, erwirbt die polnische Staatsbürgerschaft, wenn beide Eltern unbekannt sind oder ihre Staatsbürgerschaft unbekannt und unbestimmt ist.

Art. 8. 1. Ein in Polen geborenes Kind erwirbt die polnische Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil polnischer Staatsbürger und der andere Angehöriger eines anderen Staates ist, es sei denn, daß beide Elternteile durch übereinstimmende Erklärung vor der zuständigen Behörde innerhalb eines Monats vom Tage der Geburt des Kindes an für das Kind die Staatsangehörigkeit des fremden Staates wählen, dem der zweite Elternteil angehört, sofern nach dem Recht dieses Staates ein Erwerb der Staatsangehörigkeit auf diese Weise möglich ist.

2. Falls eine Einigung beider Elternteile nicht zustande kommt, kann jeder von ihnen innerhalb eines Monats vom Tage der Geburt des Kindes an das Gericht um Entscheidung anrufen.

3. Ein Kind, das eine fremde Staatsangehörigkeit auf die in Abs. 1 und 2 vorgesehene Weise erworben hat, kann nach Vollendung des dreizehnten Lebensjahres durch eine entsprechende Erklärung vor der zuständigen Behörde die polnische Staatsbürgerschaft wählen. ...

Art. 10. 1. Einem Ausländer kann auf Ansuchen die polnische Staatsbürgerschaft verliehen werden.

2. Die Verleihung der polnischen Staatsbürgerschaft kann davon abhängig gemacht werden, daß die Entlassung aus der fremden Staatsangehörigkeit nachgewiesen wird.

3. Personen, die als Repatrianten auf die von zuständigen Behörden vorgeschriebene Weise nach Polen kommen, erwerben kraft Gesetzes die polnische Staatsbürgerschaft.

Kapitel III.

Der Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft.

Art. 11. 1. Ein polnischer Staatsbürger kann eine fremde Staatsangehörigkeit nur erwerben, wenn ihm die polnischen Behörden die Genehmigung zur Änderung der Staatsbürgerschaft erteilt haben. ...

Art. 12. 1. Einem polnischen Staatsbürger, der sich im Ausland aufhält, kann die polnische Staatsbürgerschaft entzogen werden, wenn er:

- 1) die Treuepflicht gegenüber dem polnischen Staate verletzt hat,
- 2) den Lebensinteressen Volkspolens Schaden zugefügt hat,
- 3) das polnische Staatsgebiet nach dem 9. Mai 1945 illegal verlassen hat,
- 4) auf die Aufforderung der zuständigen Behörden hin die Rückkehr nach Polen ablehnt,
- 5) sich der Erfüllung der Militärdienstpflicht entzieht,
- 6) im Ausland für ein Kapitalverbrechen verurteilt wurde, oder wenn er ein rückfälliger Verbrecher ist.

2. Die Entziehung der polnischen Staatsangehörigkeit kann auf die im Ausland wohnhaften Kinder des Ausgestoßenen erstreckt werden, wenn sie das dreizehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Kapitel IV.

Das Verfahren.

Art. 13. 1. Über die Verleihung und den Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft entscheidet der Staatsrat. ...

Kapitel V.

Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Art. 16. Die Vorschriften dieses Gesetzes werden auch auf die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Polen geborenen oder aufgefundenen Kinder angewandt.

Art. 17. 1. Außer Kraft treten die bisherigen Vorschriften in den von diesem Gesetz geregelten Angelegenheiten. ...<<

Das polnische Staatsbürgerschaftsgesetz sollte angeblich die bisherige gesetzliche Diskriminierung der noch im Lande befindlichen deutschen Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete aufheben (x003/VII).

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen berichtete später über die völkerrechtswidrige Aufzwingung der polnischen Staatsangehörigkeit (x077/47): >>Über 1 Million Deutscher sind zu polnischen Staatsangehörigen wider Willen von der Verwaltungsmacht erklärt worden. Dies widerspricht den völkerrechtlichen Regeln über die Verleihung der Staatsangehörigkeit an fremde Staatsangehörige.

Insbesondere widersprach dies zur Zeit der Sammeleinbürgerung der Haager Landkriegsordnung, der Haager Konvention über die Fragen betreffend die Kollisionen der Staatsangehörigkeitsgesetze vom 12. April 1930 usw.<<

Ilse Koch (1906-1967, Ehefrau des Lagerkommandanten des KZ Buchenwald) wurde am 15. Januar 1951 von einem deutschen Gericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

"Bild-Extra" berichtete am 15. Januar 1951 über den Prozeß gegen Ilse Koch (x305/16): >>**Ilse Koch: Die "Hexe von Buchenwald" verurteilt ...**

Offiziell war sie nur die Ehefrau von Karl Koch, dem Lagerkommandanten des KZ Buchenwald. Doch Ilse Koch, von den Häftlingen "Kommandeuse" oder "Hexe von Buchenwald" genannt, verbreitete selbst Angst und Schrecken.

Die drei Hauptanklagepunkte (von 105) beim Prozeß: Bestrafung von willkürlich ausgewählten Häftlingen durch brutale Prügel, Baumhängen, Bunkerhaft, Züchtigung von Häftlingen mit der Reitpeitsche; Anfertigung von Lampenschirmen aus tätowierter Menschenhaut.

Das Schwurgericht kann Ilse Koch nur einen Teil ihrer Taten nachweisen. Urteil: Lebenslänglich.<<

Der spätere US-Präsident Dwight D. Eisenhower erklärte am 22. Januar 1951 während einer

Rede in Bonn (x268/45): >>Ich war 1945 der Auffassung, daß die Wehrmacht, insbesondere das deutsche Offizierskorps, identisch mit Hitler und den Exponenten seiner Gewaltherrschaft sei und deshalb auch voll verantwortlich für die Auswüchse des Regimes. ...

Inzwischen habe ich eingesehen, daß meine damalige Beurteilung der Haltung des deutschen Offizierskorps und der Wehrmacht nicht den Tatsachen entspricht, und ich stehe daher nicht an, mich wegen meiner damaligen Auffassung zu entschuldigen. Der deutsche Soldat hat für seine Heimat tapfer und anständig gekämpft. ...<<

Nach der "Verordnung über die Rückgabe deutscher Personalausweise bei Übersiedlung nach Westdeutschland oder West-Berlin" vom 25. Januar 1951 mußte jeder Bewohner der SBZ, der nach Westdeutschland oder West-Berlin übersiedelte, seinen Personalausweis an die Volkspolizei zurückgeben. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift wurde mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bedroht (x009/368).

Am 27. Januar 1951 wurde der Bundesgrenzschutz aufgestellt.

Die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) wurde am 27. Januar 1951 auf Bundesebene gegründet, so daß eine eigenständige überregionale Partei der deutschen Vertriebenen entstand.

Die Kasernierte Volkspolizei verfügte bereits Ende Januar 1951 über rd. 65.000 Mann.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/287): >>Das Potsdamer Abkommen sah auch für die SBZ eine völlige und dauernde Entwaffnung vor.

Doch die Sowjetunion und später in ihrem Auftrag die SED betrieben eine sehr wirksame Militärpolitik, indem sie militärische und militärähnliche (paramilitärische) Verbände aufstellten und weite Bereiche des öffentlichen und politischen Lebens in den Dienst der Wiederbewaffnung stellten.

... 1. Sie gab (seit August 1946 im Gegensatz zu den Polizeien der westlichen Besatzungszonen ...) die nichtmilitärische Volkspolizei schon sehr früh in die Hand der SED, um zuverlässige Kräfte für die künftige Zonenarmee zu sammeln;

2. sie baute seit dem 1.12.1946 eine militärähnliche kasernierte Grenzpolizei auf, die bis Mitte 1948 auf 9.100 Mann anwuchs, während in den westlichen Besatzungszonen an derartiges überhaupt noch nicht zu denken war;

3. sie sammelte unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion Kräfte für die geplante Zonenarmee.

Seit dem 3.7.1948 ließ die Sowjetunion militärische Einheiten (Kasernierte Volkspolizei) aufbauen. Sie sollten angeblich nur polizeiliche Bereitschaftsverbände sein, wuchsen aber schon bis Anfang 1951 zu einer einsatzfähigen Armee von rd. 65.000 Mann an ...<<

Eine deutscher Internierter schrieb im Januar 1951 aus Goleniow bei Stettin: >>Verzeih mir, liebe Mutti, daß ich solange nicht geschrieben habe, aber ich hatte leider kein Briefpapier.

Wie Du schreibst, bist Du neugierig, was für ein großer Junge ich geworden bin.

Ich bin so groß wie mein Vater, 1,75 m, aber sehr mager, wiege nur 70 Pfund. Das Schlimmste ist, ich bin sehr schwer krank.

Ich bitte Dich, liebe Mutti, wenn es Dir möglich ist, einen warmen Pullover zu schicken, ich friere immer, und ich glaube nicht, daß ich noch einen Winter überlebe. ...<<

Dr. Kather erklärte am 8. Februar 1951 während einer Verteidigungsdebatte des Deutschen Bundestages (x155/29-31): >>... Bei der Frage, die wir in diesen Tagen hier behandeln und die wir in einigen Monaten zu entscheiden haben werden, spielt die Hauptrolle die Gefahr aus dem Osten. ...

Ich glaube, daß die aus dem Osten vertriebene Bevölkerung der Bundesrepublik dabei ein Wort mitzusprechen hat. Schon die Tatsache, daß 15 Millionen Deutsche aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden sind, zeigt eindeutig die Größe und Furchtbarkeit dieser

Gefahr.

Von diesen 15 Millionen sind nur 12 Millionen wieder zum Vorschein gekommen. 3 Millionen sind verschleppt, verhungert, ermordet worden; allein eine Million bei der Vertreibung. Jede deutsche Frau, die in die Hände der Russen gefallen ist, ist geschändet worden. Selbst Priestermord in großem Umfang ist begangen worden.

Ich halte es für erforderlich, das einmal auch bei dieser Gelegenheit ganz offen auszusprechen; denn es ist doch wohl so, daß die Größe dieser Gefahr bei uns in der Bundesrepublik – und ganz besonders gilt das auch für Frankreich - noch immer nicht erkannt worden ist.

Wenn man sich das Wesen der totalitären Systeme vor Augen hält, dann weiß man, daß sie sich nicht beschränken und daß sie nicht aufhören können, daß sie sich niemals mit dem kleinen Finger begnügen, sondern immer die ganze Hand haben wollen. Deshalb kann es für uns Vertriebene nicht zweifelhaft sein, daß diese Gefahr besteht und daß es eine geradezu tödliche Gefahr ist. ...

Wir wissen, daß die Haltung der Vertriebenen zu dieser Frage im Ausland Besorgnis auslöst, ganz besonders in Frankreich, wo man sagt: Unsere Soldaten wollen nicht für Königsberg sterben.

Die Vertriebenen sagen: Wir wollen nicht für Potsdam oder Jalta sterben, und ich glaube, der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit aller Vertriebenen sicher zu sein, wenn ich sage, für diese Frage soll überhaupt niemand sterben.

Die Vertriebenen wünschen keinen Krieg, auch nicht um den Preis der Wiedergewinnung ihrer Heimat. ... Wir verzichten auf Rache und Vergeltung, und dieser Verzicht, der gleichzeitig die Wiedereroberung unserer Heimat mit Waffen ablehnt, ist endgültig.

Aber ebenso endgültig ist, daß wir unser Recht auf die Heimat nicht preisgeben wollen und nicht aufhören werden, dieses Recht mit friedlichen Mitteln zu erstreben.

Wir sind uns seit langem darüber einig geworden, daß der Weg zur friedlichen Wiedergewinnung der Heimat über Europa führt.

... Die Beteiligung an diesem Gemeinschaftsbeitrag zur Verteidigung Europas ist für uns alle tragbar und annehmbar nur unter dem Gesichtspunkt, daß wir auf diese Weise - und nur auf diese Weise! - den äußeren Frieden erhalten können.

Aber die weitere Voraussetzung ist, daß wir uns durch soziale Leistungen den inneren Frieden bewahren und erhalten!<<

Entscheid des Präsidiums des Nationalen Bezirksrats Lodz, Stadt Mitte, vom 8. März 1951 über die Aberkennung der polnischen Staatsbürgerschaft und die Einziehung des Vermögens von Alfred K. aus Aleksandrowo, Kreis Lodz, auf Grund seiner deutschen Volkszugehörigkeit (x002/645-647): >>... Auf Grund von Artikel 1 und 7 des Dekretes vom 13.09.1946 über den Ausschluß von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus der polnischen Gesellschaft, ... entziehe ich dem Alfred K., ... derzeit im Gefängnis zu Fordon, ... die polnische Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig entziehe ich die Staatsangehörigkeit der Ehefrau des Obenerwähnten ... sowie dessen Kinder ...

Gleichzeitig erkenne ich auf Einziehung des ganzen Vermögens, das der Obenerwähnte besessen hat, zugunsten des Staates.

Begründung:

Auf Grund der Ergebnisse der durchgeführten Ermittlungen wurde folgender Tatbestand festgestellt:

Die genannten Personen sind deutscher Volkszugehörigkeit, im täglichen Umgang bedienten sie sich der deutschen Sprache, sie gehörten der deutschen Organisation ... an und waren der polnischen Gesellschaft gegenüber feindlich eingestellt.

In Würdigung des oben festgestellten Tatbestandes gemäß Art. 1 des erwähnten Dekretes vom 13.09.1946 und gemäß § 2 der Durchführungsverordnung zu diesem Dekret vom 10.09.1947

(Gesetzblatt der Republik, Nr. 34, Pos. 163) war als gegeben anzusehen, daß der Obenerwähnte durch sein Verhalten seine deutsche nationale Eigenart tatsächlich an den Tag gelegt hat und deshalb der Aberkennung der polnischen Staatsangehörigkeit unterliegt.

Gegen diesen Entscheid steht dem Betroffenen das Recht zu, zu verlangen, daß die Angelegenheit an das Kreisgericht für den Bezirk Lodz, Stadt Mitte, verwiesen wird, was bei dem Vorsitzenden des Präsidiums des Nationalen Bezirksrates Lodz, Stadt Mitte, innerhalb einer Frist von 7 Tagen, vom Tage der Zustellung dieses Entscheides ab gerechnet, zu beantragen ist.<<

Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

Am 8. April 1951 wurde der Jugendbund "Deutsche Jugend des Ostens" (DJO) gegründet. Diesen Jugendbund bezichtigte man seit Ende der 60er Jahre regelmäßig des Revanchismus und der Rechtsradikalität.

US-Präsident Truman setzte am 11. April 1951 den Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte in Korea, Douglas MacArthur (1880-1964) ab, weil Truman eine Ausdehnung des Krieges auf China vermeiden wollte. Neuer Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte in Korea wurde US-General Matthew B. Ridgway (1895-1993).

Die "Nachrichten aus der Rumänischen Volksrepublik" lobten am 13. April 1951 ausdrücklich die Arbeitsleistung der deutschen Landarbeiter (x007/109E): >>In den MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen) und Staatswirtschaften sind viele deutsche Landarbeiter tätig, die vielfach zu den besten Arbeitskräften zählen. ...<<

In Paris unterzeichneten Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bzw. Montanunion (x156/73): >>Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz von Belgien, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande, in der Erwägung, daß der Weltfriede nur durch schöpferische, den drohenden Gefahren angemessene Anstrengungen gesichert werden kann, in der Überzeugung, daß der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehung unerlässlich ist,

in dem Bewußtsein, daß Europa nur durch konkrete Leistungen, die zunächst eine tatsächliche Verbundenheit schaffen, und durch die Errichtung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung aufgebaut werden kann,

in dem Bemühen, durch die Ausweitung ihrer Grundproduktion zur Hebung des Lebensstandards und zum Fortschritt der Werke des Friedens beizutragen,

entschlossen, an die Stelle der jahrhundertealten Rivalitäten einen Zusammenschluß ihrer wesentlichen Interessen zu setzen, durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren, und die institutionellen Grundlagen zu schaffen, die einem nunmehr allen gemeinsamen Schicksal die Richtung weisen können,

haben beschlossen, eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu gründen. ...

Artikel 1

Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragsschließenden Teile unter sich eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; sie beruht auf einem gemeinsamen Markt, verfolgt gemeinsame Ziele und hat gemeinsame Organe.

Artikel 2

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist dazu berufen, im Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten und auf der Grundlage eines gemeinsamen Marktes ... zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beizutragen. ...

Artikel 97

Dieser Vertrag gilt für die Dauer von 50 Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an.

Artikel 98

Jeder europäische Staat kann einen Antrag auf Beitritt zu diesem Vertrag stellen. Der Antrag ist an den Rat zu richten, der nach Stellungnahme der Hohen Behörde einstimmig Beschluß faßt und ebenfalls einstimmig die Bedingungen für den Beitritt festsetzt. ...<<

Durch die Gründung der Montanunion bzw. Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (in Kraft seit 23.07.1952) sollte angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich sowie der Anfang der späteren europäischen Gemeinschaft vollzogen werden. Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages (23.07.2002) stellte die Montanunion schließlich ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gingen danach auf die EG über.

Die letzte Aussiedlungsaktion von Sudetendeutschen wurde am 28. April 1951 eingestellt.

Vom 17.03.1950 bis zum 28.04.1951 kamen 16.832 Deutsche mit 49 Transporten nach Westdeutschland (x004/127).

Das "Neue Deutschland" meldete am 29. April 1951, daß der Verlust des Parteimitgliedsbuches zu Parteistrafen oder sogar zum Parteiausschluß führen kann (x009/319): >>Das Parteimitgliedsbuch ist für jedes Mitglied und jeden Kandidaten unserer Partei das höchste und wichtigste Dokument, das er in seinem Leben erhalten kann ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Parteidisziplin" in der SBZ (x009/319): >>(Die Parteidisziplin ist das) Grundprinzip der bolschewistischen "Partei neuen Typus".

Verlangt widerspruchslöse Unterordnung unter die Beschlüsse der vorgesetzten Parteileitungen und Funktionäre. Beschlüsse müssen auch von denen eingehalten werden, die mit ihnen nicht einverstanden sind und vor der Beschlußfassung widersprochen haben.

Bei Verletzung der Parteidisziplin verhängt man strenge Parteistrafen bis zum Ausschluß. "Wer auch nur im geringsten die eiserne Disziplin der Partei der Proletarier ... schwächt, der hilft in Wirklichkeit der Bourgeoisie gegen das Proletariat (Lenin: "Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" ...).<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 30. April 1951 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/117-118): >>Während sich in einigen Teilen Deutschlands ein etwas stürmischer Wirtschaftsaufschwung bemerkbar macht, während viele Menschen sich ganz der unaufhörlichen Jagd nach der D-Mark ergeben haben, während eine Sucht nach dem Amüsement ausgebrochen ist und eine vordergründige Scheinwohlhabenheit vorgetäuscht wird - während das Leben wieder so einigermaßen normal zu werden scheint, ist in Friedland die Zeit stehengeblieben. Hier, in der Barackenstadt, hat sich nichts verändert. ...

Jeder Tag schwemmte Menschen nach Friedland. ... Die "Operation Link" führte bis zum April 43.879 Menschen nach Friedland. Dazu kamen 10.147 Deutsche aus dem Ausland. Gestern trafen 33 Kinder aus Jugoslawien ein. Kinder, die ihre Eltern oder nächsten Verwandten in Westdeutschland haben. Alle sprachen perfekt serbisch, die überwiegende Zahl jedoch nicht ein Wort ihrer Muttersprache. Viele konnten auch kyrillische Schriftzeichen malen. Jedem, der es mochte, führten sie ihre Schreibkenntnisse mit kindlichem Stolz vor.

Mit dem Gesundheitszustand dieser deutschen Kinder aus Jugoslawien ist der Lagerarzt sehr

zufrieden. Alle waren in staatlichen Kinderheimen untergebracht, offenbar an Ordnung gewohnt, gut erzogen und auch einigermaßen in Kleidung. In Friedland waren sie wohlgenut und fröhlich.

Das große Problem hat jedes dieser Kinder noch vor sich. Es ist das Problem des Zurechtfindens in den neuen Verhältnissen. Was haben sie alles nachzuholen, Sprechen, Lesen, Schreibenlernen, sich in eine Familie einfügen und auch bereits auf einen Beruf vorbereiten. Denn es gibt 14jährige darunter, deren Eltern sich bald um eine Lehrstelle kümmern müssen. Aber welcher Meister nimmt einen Jungen, der nicht diese elementarsten Voraussetzungen mitbringt? ...<<

Die Bundesrepublik wurde am 2. Mai 1951 vollberechtigtes Mitglied des Europarates.

Bundeskanzler Adenauer schrieb am 5. Mai 1951 im Vorwort einer regierungsamtlichen Broschüre, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 nicht aufgehört hat, ein Staat zu sein (x020/87).

Der Bundestag verabschiedete am 11. Mai 1951 ein "Amnestiegesetz" für NS-Verurteilte (nach Artikel 131 des Grundgesetzes). Bund, Länder und Gemeinden wurden verpflichtet, die aus dem öffentlichen Dienst Ausgeschiedenen wieder einzustellen (x129/149).

Die Bundesregierung beschloß am 22. Mai 1951, weitere 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln, um die Gemeinden zu entlasten und die Eingliederung der Vertriebenen zu fördern (x182/218).

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 7. Juni 1951 an den US-Politiker McCloy - von 1949-1952 Hoher Kommissar in Deutschland - (x095/126-129): >>... Sie kennen, sehr verehrter Herr McCloy, meine Ansichten über einen deutschen Verteidigungsbeitrag.

Voraussetzung ist die Herstellung einer politischen Lage, die dem deutschen Volke so einleuchtend ist, daß es sieht, worum es kämpft, d.h. Deutschland muß die Wiederherstellung seiner Souveränität bekommen. ...

Ich glaube, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung und die Mehrheit des Bundestages, wenn die politischen Voraussetzungen gegeben sind, der Leistung eines Verteidigungsbeitrages zustimmen werden.

Ich bin aber der Auffassung, daß die Mächteverlagerung, die in Europa seit 1918 eingetreten ist, noch auf viele Jahrzehnte hindurch große Gefahren mit sich bringen wird. Diese Mächteverlagerungen lassen Sie mich stichwortweise in folgendem wiedergeben:

Wegfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, dadurch Zersplitterung des ganzen Balkans und Osteuropas,

Wegfall Deutschlands als Militärmacht,

Absteigen Englands in seiner Stellung als Weltmacht und, damit Hand in Hand gehend, die starke Verringerung seiner Kraft zur See,

die Krankheitserscheinungen in Frankreich, die sich seit 1918 ununterbrochen zeigen,

das Vordringen Sowjetrußlands, einschließlich seiner Satellitenstaaten bis in das Herz Europas,

der gegenwärtige Zustand der Bundesrepublik.

Dem steht gegenüber eine außerordentlich große Steigerung des sowjetrussischen Machtbereiches und seines großen Einflusses.

Bei Beurteilung der sowjetrussischen Politik muß man meines Erachtens davon ausgehen, daß Rußland seit Hunderten von Jahren eine imperialistische Eroberungspolitik getrieben und den Panslawismus auf jede Art gefördert hat, daß die sowjetrussische Außenpolitik herkommensgemäß nach dem Westen geht, daß dieser Drang nach dem Westen im gesamten russischen Volke besteht und daß totalitäre Regierungen notgedrungen außenpolitische Erfolge möglichst großen Ausmaßes ihrer unterjochten Bevölkerung vorzeigen müssen, um durch Aufpeitschung

nationalistischer Instinkte von inneren Schwierigkeiten abzulenken. Wir haben das ja alles in Deutschland unter Hitler selbst erlebt.

... Das Ziel der amerikanisch-europäischen Politik muß also sein, Europa, und insbesondere dabei Deutschland, durch wirtschaftliche Hilfe und durch Lieferung von Rüstungsmaterial in den Stand zu setzen, einen starken Damm gegen das vorwärtsdringende Sowjetrußland zu geben. ...

... Zu der Frage des Verteidigungsbeitrages gehört auch der Komplex der Maßnahmen, die in der Bundesrepublik getroffen werden müssen, um dem deutschen Volk innere Festigkeit zu geben. Ich darf hier darauf hinweisen, daß das deutsche Volk, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, soziale Verpflichtungen hat wie kein anderes Land der Welt.

Ob es sich diese Verpflichtungen durch eigene Schuld aufgebürdet hat oder nicht, spielt hierbei keine Rolle.

Ich nenne hier die Sorge für die Vertriebenen und Ausgebombten, die Wohnungsfrage, alle die Fragen, die mit der Abtrennung der agrarischen Gebiete Deutschlands von den überbevölkerten westlichen Teilen Deutschlands zusammenhängen. ...<<

In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 8. Juni 1951 die letzten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet. Gehängt wurden die SS-Führer Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann, Otto Ohlendorf, Oswald Pohl, Georg Schallermair und Hans Schmidt (ehemaliger Adjutant im KZ Buchenwald).

Die Zeitschrift "Stern" berichtete später über die letzten Hinrichtungen in Landsberg (x043/-216): >>Die Todesurteile an den 7 Landsberger Häftlingen wurden in der Nacht zum ... 7. Juni ... durch Erhängen vollstreckt. ...

In der Mitteilung des Hohen Kommissars McCloy wurde darauf hingewiesen, daß damit die letzten Hinrichtungen für die während des Krieges von Deutschen begangenen Verbrechen erfolgt seien. ...

Als erster wurde der ehemalige SS-Standartenführer Paul Blobel zum Galgen im Keller des Landsberger Gefängnisses geführt. Ihm folgten in Abständen von je 20 Minuten der frühere SS-Standartenführer Werner Braune, der frühere Oberführer Erich Naumann, der ehemalige SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, der ehemalige SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, der Rapportführer Georg Schallermair und der frühere Adjutant im KZ Buchenwald, Hans Schmidt. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über "Landsberg am Lech" (x051/-342): >>Landsberg am Lech, oberbayerische Stadt mit rund 8.200 Einwohnern (1933).

Im ehemaligen Schloß (Festung) von Landsberg am Lech, das zur Strafanstalt umgebaut worden war, verbüßten Hitler und andere im Hitler-Prozeß am 1.4.24 verurteilte Nationalsozialisten ihre Strafen. Hitlers Zelle im sogenannten "Feldherrnflügel", die er bis zur vorzeitigen Entlassung am 20.12.24 bewohnte, wurde im Dritten Reich Erinnerungsstätte und u.a. Ziel des Adolf-Hitler-Marsches der deutschen Jugend. Nach dem Zweiten Weltkrieg hielten hier die Amerikaner wegen Kriegsverbrechen angeklagte oder verurteilte Deutsche in Haft; auch Todesurteile wurden hier vollstreckt.<<

Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung wurden in den Westzonen mindestens 800 Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hingerichtete. Während dieser Kriegsverbrecherprozesse ahndete man lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer. Die Kriegs- und Nachkriegsverbrecher der Siegermächte zog niemand zur Rechenschaft.

In den folgenden Jahren ermittelte die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilte über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).

Die "Jugendorganisation" FDJ wurde am 26. Juni 1951 in der Bundesrepublik Deutschland als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten.

Die Bundesregierung verkündete am 29. Juni 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1950 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 12,4 Milliarden DM entfallen 37,7 % auf Sozialleistungen und 37,5 % auf Besatzungskosten. ...<<

Um die kommunistischen Wirtschaftspläne zu verwirklichen, ließ die rumänische Regierung im Juni 1951 rücksichtslose Zwangsumsiedlungen durchführen, bei denen die volksdeutsche Bevölkerung besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Diese Umsiedlungsaktionen wurden sorgfältig vorbereitet. Securitate- und Milizeinheiten sperrten die einzelnen Ortschaften kurzfristig ab und benachrichtigten alle betroffenen Familien, die im allgemeinen nur wenige Stunden Zeit hatten, um ihre Habe zu verpacken und in die bereitgestellten Waggons zu verladen.

Vielorts fuhren die Transportzüge noch am Tag der Aushebung nach Osten. Diese Zwangsumsiedlungen erfaßten die Landgemeinden eines 35 bis 50 km breiten Gebietsstreifens entlang der rumänisch-jugoslawischen Grenze. Die Mehrzahl der Deportierten wurde in die nur dünn besiedelte Baragan-Steppe transportiert (x007/110E-112E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957 über die Zwangsumsiedlung von Rumänien-Deutschen (x007/110E-114E): >>Eine mittelbare Folge der rücksichtslos verwirklichten kommunistischen Wirtschaftspläne waren letztlich auch die rumänischen Zwangsumsiedlungen der Jahre 1951/52, von denen die volksdeutsche Bevölkerung besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Dem versöhnlicheren Charakter, der die Politik des volksdemokratischen Rumänien gegenüber den Volksdeutschen seit 1948/49 bestimmt, widersprachen diese Aktionen freilich nur scheinbar, da sie in ihrem Ansatz nicht national, sondern wirtschaftlich-sozial bestimmt waren.

Die seit 1949 ständig verschärfte Kollektivierungskampagne in der Landwirtschaft, die auch andernorts in Rumänien auf Widerstand gestoßen war, hatte im Banat im Winter 1950/51 zu regelrechten Unruhen geführt.

Angesichts der außenpolitischen Lage kurz nach dem Höhepunkt der Tito-Krise mögen in der Sperrzone des jugoslawischen Grenzgebietes auch militärische Erwägungen für eine Ausschaltung derartiger Unsicherheitsfaktoren geltend gemacht worden sein. Die im Juni 1951 fast schlagartig einsetzenden Evakuierungen erfaßten die Landgemeinden eines 35 bis 50 km breiten Gebietsstreifens entlang der rumänisch-jugoslawischen Grenze, wobei die Städte Temeschburg und Arad ausgespart wurden.

Die Aktion war sorgfältig vorbereitet und folgte im wesentlichen dem Schema der Deportationen von 1945. Die örtlichen Volksräte hatten Listen aufgestellt, in die vor allem enteignete Groß- und Mittelbauern, daneben aber auch sonstige Einwohner, die als politisch unzuverlässig galten, aufgenommen wurden.

Kurzfristig eingerückte Securitate- und Milizeinheiten sperrten die einzelnen Ortschaften einige Zeit vor Anlaufen der Aktion ab; Kommandos benachrichtigten die betroffenen Familien, die im allgemeinen nur wenige Stunden Zeit hatten, um ihre Habe zu verpacken und in die bereitgestellten Waggons zu verladen. – Die "Securitate" (Sicherheitspolizei) entsprach der sowjetischen NKWD (MWD); die im Januar 1949 geschaffene "Miliz" war an Stelle des alten Gendarmerie- und Polizeikorps getreten. –

Die Mitnahme des noch vorhandenen Eigentums war allerdings in fast unbegrenztem Umfang erlaubt; selbst Vieh konnte vielfach mitgeführt werden, wobei für die zurückgelassenen Besitztümer nach Inventarisierung eine Pauschalabfindung gezahlt wurde. Gelegentliche Übergriffe und Ungenauigkeiten müssen wohl den örtlichen Behörden zur Last gelegt werden. Im allgemeinen konnten sich die Transportzüge, in denen ein Waggon pro Familie zur Verfügung stand, noch am Tage der Aushebung nach Osten in Bewegung setzen.

In den vordem fast rein deutschen Bauerndörfern der schwäbischen Heide östlich von Temeschburg war der Anteil der Schwaben unter den Deportierten besonders hoch. Aus Hatzfeld allein sollen etwa 1.000 Familien verschickt worden sein, für das gesamte Banat wird die Zahl der im Juni 1951 umgesiedelten Schwaben auf 30.000 bis 40.000 angesetzt. ...

Wie die Schwabendörfer wurden auch das bulgarische Altbeschenowa und besonders die zahlreichen serbischen Gemeinden der Grenzzone von den Evakuierungen erfaßt. Madjaren und einzelne Tschechen wurden ebenso wie eine große Anzahl rumänischer Kulaken, ja sogar ein Teil der neuangesiedelten Flüchtlinge aus Bessarabien und der Bukowina von den Umsiedlungen betroffen, die entlang der Grenze nach Turnu Severin hin, auch in fast nur rumänisch besiedeltes Gebiet übergriffen.

... Die Mehrzahl der Deportierten wurde in die nur dünn besiedelte Baragan-Steppe zwischen Donau und Ialomita verschickt, auf deren riesigen Weizen- und Baumwollfarmen neue Kollektivdörfer entstehen sollten. Nur Teile fanden weiter nördlich in den landschaftlich ähnlichen Bezirken des Judet Braila Unterkunft.

Von Unterkunft konnte freilich zunächst kaum eine Rede sein. Die Umsiedler erhielten grob vermessene Landflächen zugewiesen, auf denen sie sich zunächst provisorische Behausungen, zumeist nur notdürftig überdachte Erdhöhlen bauen mußten. Schwierigkeiten bereitete, auch in der Folgezeit, vor allem die Wasserversorgung. Zumeist schon nach wenigen Tagen oder Wochen wurde jedoch mit primitiven Hilfsmitteln die Errichtung der geplanten Neusiedlungen begonnen, deren Häuser, von den Deportierten selbst in behelfsmäßig organisierter Zusammenarbeit erbaut, einschließlich Schule, staatlicher Verkaufsstelle und Milizstation, im allgemeinen noch vor Einbruch des Winters unter Dach waren.

Die Arbeitsfähigen wurden zumeist zur Arbeit auf den Staatsgütern verpflichtet. Im Laufe der Zeit kehrten nach den geradezu katastrophalen Anfängen in den meisten Neugemeinden einigermaßen geordnete Verhältnisse ein, wobei sich auch ein erträgliches Zusammenleben der völlig wahllos durcheinandergewürfelten Deutschen, Rumänen, Serben und Madjaren einstellte.

In ihrem Umfang geringer waren die Evakuierungen, die durch ein am 9. Februar 1952 erlassenes Dekret verfügt wurden, um eine Entlastung der städtischen Zentren herbeizuführen.

Die rasch fortschreitende Industrialisierung im Rahmen der kommunistischen Planwirtschaft hatte besonders in Bukarest wie in den Städten Siebenbürgens zu einer Überfüllung der Städte geführt, die durch die Aussiedlung der aus dem Wirtschaftsleben ausgeschalteten Angehörigen der "Bourgeoisie" bis zu einem gewissen Grade abgeholfen werden sollte.

Zur Evakuierung vorgesehen wurden die Familien der "Kriegsverbrecher" und politischen Häftlinge, sowie die Angehörigen der ins Ausland Geflohenen, weiterhin entlassene Beamte und Offiziere, enteignete Kaufleute, Industrielle und Großbauern, vorbestrafte Saboteure und Arbeitslose unter 70 Jahren.

Im Gegensatz zu der ersten Kategorie, die bei Mitnahme von nur 50 kg ihren neuen Wohnsitz zugewiesen erhielten, konnten die zuletzt Genannten mit ihrer gesamten Habe an einen frei zu wählenden Ort umziehen, der allerdings mehr als 50 km vom alten Wohnort entfernt sein mußte.

Die Durchführung der Evakuierungen begann unmittelbar nach der Verkündung des Dekrets und noch vor seiner Veröffentlichung in Bukarest.

Für den Anteil der Deutschen an den in der Hauptstadt von der Evakuierung Betroffenen, die zumeist in die Lager am Donau-Schwarzmeer-Kanal und an der Bicz-Talsperre sowie ebenfalls in die Baragan-Steppe verbracht wurden, liegen Anhaltspunkte nicht vor.

Nur wenige Tage später wurden jedoch auch die siebenbürgischen Städte von der Evakuierungswelle erfaßt. Besonders aus Kronstadt und den Burzenländer Bauerndörfern der unmittelbaren Umgebung wurden schätzungsweise 2.000 Sachsen evakuiert, die in ihrer Mehrzahl

in Elisabethstadt, zum Teil in Mediasch, Schäßburg und kleineren Orten, sämtlich aber innerhalb Siebenbürgens, Unterkunft fanden.

In kleinerem Ausmaß fanden auch in Mühlbach, Broos und anderen Städten Evakuierungen statt, während Hermannstadt überraschenderweise fast völlig ausgenommen blieb, obwohl es 1953 wie schon vorher Kronstadt, das neue "Stalinstadt", zur Arbeiterstadt erhoben wurde.

Das Los der Evakuierten war nicht leicht, wenn auch besser als das der Baragan-Verschleppten. Wohnraum war auch in den Aufnahmeorten knapp, geeignete Arbeit nur schwer zu beschaffen, so daß die Mehrzahl in der Landwirtschaft der umliegenden Dörfer Arbeit suchen mußte. Erst im Laufe der Jahre kam es auch hier zu einer Normalisierung. Die anfänglich strenge Beschränkung fiel, und manche fanden befriedigende Wohnungen und Anstellungen, so daß sie nur zum Teil von der Rückkehrerlaubnis, die ihnen ebenso wie den Banatern im Baragan 1955 erteilt wurde, Gebrauch machten. ...<<

Der deutsche Jurist Herbert von Bismarck (1884-1955, seit 1948 Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft) erklärte am 1. Juli 1951 während des ersten Bundeskongresses der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften -VOL- in der Frankfurter Paulskirche (x155/32-33):

>>... Zunächst eine kurze Feststellung. Die VOL sind die Vertretungen vertriebener Deutscher sowohl aus geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten als auch - und das gilt besonders für den Südosten - für größere oder kleinere deutsche Sprachinseln, für Deutsche also aus Gebieten, die unter deutscher Staatshoheit standen und rechtlich auch heute noch stehen, als auch für solche, die einer Staatshoheit anderer Nationalität unterstanden.

Gemeinsam ist uns allen, daß wir oder unsere Vorfahren meist vor vielen hundert Jahren im Osten als Vertreter und Träger der "abendländischen Kultur" aufgetreten sind. ...

Die politischen Grenzen im Osten Deutschlands haben in der Geschichte oft gewechselt. Sie waren vielfach weder stammlich noch sprachlich eindeutig begründet. Die Deutschen aus dem Südosten haben zum Teil jahrhundertealte Erfahrungen im Zusammenleben mit Angehörigen anderer Sprachen oder Nationalitäten.

Aus diesen Erfahrungen leiten wir eine besondere Verantwortung her, vor Deutschland, vor Europa und vor der ganzen Welt! ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (27/1951) berichtete am 4. Juli 1951 über die internierten deutschen Kriegsverbrecher in Werl: >>Der Makel bleibt

Die Mehrzahl von 217 "Werl-Kriegsverbrechern" wünscht keine Gnade. Sie fordert ... die Wiederaufnahme ihrer Verfahren, die nach ihrer Überzeugung unter dem Aspekt der Rache durchgepaukt wurden. Das ist das Echo in Werl auf die in der vorigen Woche avisierte Gnaden-Pauschale des britischen Hochkommissars Sir Ivone Kirkpatrick.

Werl ist das Landsberg der britischen Zone. Ein Westfalen-Städtchen, über das kaum jemand spräche, wenn nicht Manstein und Kesselring in seinem Zuchthaus eingesperrt wären.

Aber Werl ist nicht nur das Werl der Manstein und Kesselring, ebensowenig wie Landsberg das Landsberg der Pohl und Ohlendorf war. Neben der Kriegsverbrecher-Prominenz existiert die halb vergessene anonyme Masse der kleinen Befehlsempfänger, die seit Jahren für ihren Gehorsam büßen müssen.

Insgesamt sind acht ehemalige deutsche Heerführer in Werl eingebuchtet: die Generalfeldmarschälle von Manstein und Kesselring sowie die Generale von Falkenhorst, von Mackensen, Mältzer, Salenkamp, Wolf und Simon. Wenn ausländischer Besuch ins Zuchthaus kommt, wird er gleich in den Generalsflügel geführt.

Die Generale sind von dem übrigen Zuchthausbetrieb isoliert. Kesselring schreibt an seinen Erinnerungen. Mältzer hat eine alte Neigung zum Schlosserhandwerk ausgegraben und Manstein gärtnergert. Seine Neigung zum Gartenbau teilt er mit Mackensen und Falkenhorst. Ein Korrespondent des "Manchester Guardian" ertappte die beiden, wie sie gerade ihre in Reih und Glied ausgerichteten Tomatenstöcke inspizierten. "Der Garten ist mit soldatischem Ord-

nungssinn angelegt", vermerkte der Korrespondent.

Am begehrtesten unter der Werl-Generalität sind Kesselring und von Manstein. Der britische Militärschriftsteller Liddell Hart schreibt ihnen. Gelegentlich bekommen sie auch Auslandsbesuch, der ihre Meinung zur Lage und speziell zur deutschen Remilitarisierung kennenzulernen wünscht.

Der Block III dagegen hat nie solchen Besuch. Auf Block III liegen die kleinen, unbeachteten Schicksale von Werl. Der britische Werl-Kommandant Oberstleutnant Vickers hat sie mit gemeinen Zuchthäuslern zusammengesteckt. Sie kleben Tüten und flechten Strohmatten.

Im Block III liegen zum Beispiel die neun Trandum-Verurteilten. Es sind die ehemaligen Polizisten Bahlinger, Baldauf, Bölck, Engel, Möller, Penning, Peuker, Rönnefeld und Schneider. Jeder hat 14 Jahre Gefängnis.

Mitten in der Nacht vom 19. auf den 20. Januar 1943 waren sie in ihrer Dienststelle in Oslo geweckt worden. "Los, auf, ihr müßt ein paar Leute erschießen!" Sie ziehen sich an und wetzen zum Hauptquartier des SD. Unter ihnen sind der Hausmeister der Dienststelle, der Registraturbeamte und der Photograph. "Es sind sechs Zivilisten", heißt es. "Durch Führerbefehl zum Tode verurteilt."

Das Erschießungskommando fährt in mehreren Lastwagen zum Gefängnis nach Grini. Dort werden die sechs Todeskandidaten aufgeladen. Es ist stockfinster. Bei Sonnenaufgang steht das Kommando im Wald von Trandum. Die Gräber sind schon ausgehoben. Ein Teil der Leute wird zur Absperrung des Platzes, ein anderer zum Erschießungs-Peleton eingeteilt.

Im Frühnebel stehen die sechs Opfer vor den Läufen, eng aneinander gefesselt. Sie tragen blaue Hosen und blaue Norweger-Pullover. Als sich der Pulverdampf verzogen hat, werden sie an Ort und Stelle bestattet.

Es waren aber gar keine Zivilisten, sondern Angehörige von zwei britischen Kommandotrupps. Fünf davon waren in einem Lastensegler von England nach Norwegen geschleppt worden mit dem Auftrag, das Schwerwasserwerk Rjukan zu zerstören. Das Flugzeug war beim Landen zerschellt, die fünf wurden gefangen.

Der sechste hatte zusammen mit einem anderen einen Anschlag auf das deutsche Schlachtschiff "Tirpitz" versucht. Nach dem Mißlingen des Anschlags war er auf der Flucht geschnappt worden.

Bei ihrer Gefangennahme trugen die fünf, die aus dem zerschellten Segler geborgen wurden, britische Uniformen. Sie hatten nur keine Zeit gehabt, die Uniformen auszuziehen, denn ihren Auftrag sollten sie in Zivil ausführen, weshalb sie unter ihren Uniformen vollständige Zivilanzüge trugen. Der sechste war in Zivil gefangengenommen worden. Das bei Nacht aus dem Schlaf geholte Erschießungskommando hatte nur Zivilisten gesehen.

Der im September 1946 gegen die Trandum-Leute tagende britische Kriegsverbrecher-Gerichtshof legte das Hauptgewicht auf den Umstand, daß das Todesurteil nicht vor der Exekution auf dem Hinrichtungsplatz verlesen worden war. "Es war üblich", wandte ein als Zeuge auftretender ehemaliger SD-Führer ein, "das Urteil, soweit eines ergangen war, vorher in den Gefängniszellen zu verlesen." Trotzdem entschied das Gericht: Die Exekution war Mord an wehrlosen Gefangenen.

Der Fall Trandum ist der erste und bisher einzige Fall, in dem ein Hinrichtungskommando, soweit man seiner habhaft werden konnte, geschlossen verurteilt wurde. Dabei wurden auch die Leute verurteilt, die gar nicht geschossen, sondern nur abgesperrt hatten.

Die Trandum-Leute bemühen sich seit langem vergeblich um eine Wiederaufnahme ihrer Verfahren. Sie wollen von einem ordentlichen Gericht (möglicherweise auch einem deutschen) rehabilitiert werden, da sie doch in keiner Weise gegen die Kriegsgesetze verstoßen zu haben glauben. Mit einem Gnadenerlaß ist ihnen nur halb gedient, "denn der Makel, ein Mörder zu sein, bleibt".

Daß die britischen Kriegsverbrecher-Gerichte (war crimes courts) keine ordentlichen Gerichte waren, haben die deutschen Verteidiger der Werl-Häftlinge längst festgestellt. Sie waren gegründet worden auf Grund eines Royal Warrant, eines besonderen königlichen Erlasses.

- Sie waren von Offizieren, also von Laien besetzt. Nur bei den größeren Fällen trat ein Judge Advocate (juristischer Berater) zu dem Gericht.

- Die Gerichte konnten nach freiem Ermessen sogenannte "Hörensagen-Beweise" zulassen. Das heißt, daß Klatsch und Verleumdung Beweiskraft erlangten.

- Der deutsche Verteidiger hatte, nach angelsächsischer Art, vor dem britischen Prosecutor (Staatsanwalt) zu plädieren, wodurch dieser in der Lage war, jenem die wesentlichen Argumente aus der Hand zu schlagen.

- Keines der Gerichte gab eine Urteilsbegründung. Das bedeutete, daß jede Berufungsbegründung von vornherein vermauert war. Eine zweite oder dritte Rechtsinstanz zwecks Revision oder Wiederaufnahme des Verfahrens (retrial) gibt es ohnehin nicht. Bleibt nur die Petition of Review, ein Gesuch um Überprüfung der Strafhöhe, das im bürokratischen Verfahren erledigt wird.

Zu der jetzigen Gnadenaktion von Sir Ivone Kirkpatrick mußten sämtliche Werl-Verteidiger summarisch Gnadengesuche ihrer Mandanten einreichen. Eine Anzahl Häftlinge verweigerte ihre Zustimmung, da sie Recht und nicht Gnade wünscht.<<

Die britische Regierung beendete am 9. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

Durch Verordnung vom 12. Juli 1951 wurde für die Intelligenz der wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen eine zusätzliche Altersversorgung eingeführt.

Bundeskanzler Adenauer erläuterte am 12. Juli 1951 vor dem Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf für den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (x156/74-75): >>Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Gesetz, das Ihnen zur Beratung und zur Beschlußfassung vorgelegt wird, ist sehr kurz; aber seine Bedeutung ist im Hinblick auf die ihm beigelegte Anlage außerordentlich groß.

Ich glaube, ich kann ohne zu übertreiben sagen, daß sich der Bundestag bisher noch mit keinem Gesetzentwurf hat beschäftigen können, der an Bedeutung diesen Gesetzentwurf übertrifft. ...

Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn dieser Anfang einmal gemacht worden ist, wenn hier 6 europäische Länder, wie ich nochmals betone: freiwillig und ohne Zwang einen Teil ihrer Souveränität

(Zuruf von der KPD: Wer lacht denn da?)

auf ein übergeordnetes Organ übertragen, man dann auch auf anderen Gebieten diesem Vorgang folgen wird und daß damit wirklich der Nationalismus, der Krebschaden Europas, einen tödlichen Stoß bekommen wird. ...

Sosehr ich auch die wirtschaftliche Bedeutung bejahe, sosehr ich es als gut empfinde, daß für Kohle, Eisen und Stahl in einem Gebiete, das von 167 Millionen Menschen bewohnt wird, ein freier Markt geschaffen wird, sosehr ich es begrüße, daß auf dem Gebiete, das die Montanunion in sich schließt, die Zollschränken fallen, sosehr ich der Auffassung bin, daß dadurch ein wirtschaftlicher Impuls allerersten Ranges und von größter Kraft ausgehen wird – über alles dies scheint mir die politische Bedeutung noch unendlich viel größer zu sein.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Als im Mai des Jahres 1950 Herr Schuman diesen Vorschlag machte,

(Zuruf von der KPD: Washington machte ihn!)

ging es ihm in erster Linie darum, die althergebrachten Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland dadurch aus der Welt zu schaffen, daß auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie gemeinsam gearbeitet und daß dadurch jeder Gedanke, einer wolle gegen den andern rüsten,

unmöglich würde.

Es handelt sich auch darum, psychologisch zu wirken. Wir müssen uns darüber klar sein, daß französische Bevölkerungskreise vielfach noch immer in dem Gedanken leben, daß Deutschland ein eventueller zukünftiger Gegner sein würde.

Die psychologische Bedeutung, die Frage der Beruhigung solcher Befürchtungen im eigenen Lande und die Erweckung des Gefühls der Zusammengehörigkeit zwischen Deutschland und Frankreich waren die politischen Gründe, die Herrn Schuman damals geleitet haben.

Aber wie bei wirklich konstruktiven Gedanken hat sich im Laufe der Entwicklung gezeigt, daß in diesem Vorschlag eine solch lebendige Kraft lag, daß man über den ursprünglichen Zweck jetzt schon weit hinausgekommen ist.

Man hat seit dem Mai 1950 erkannt, daß die Integration Europas für alle europäischen Länder eine absolute Notwendigkeit ist, wenn sie überhaupt am Leben bleiben wollen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Man hat weiter erkannt, daß man die Integration Europas nicht mit Reden, mit Erklärungen herbeiführen kann, sondern daß man sie nur herbeiführen kann

(Zuruf von der KPD: Durch Panzerdivisionen!)

durch gemeinsame Interessen und durch gemeinsames Handeln.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Darin liegt die ganz große Bedeutung dieses Vertrages. Dieser Vertrag nötigt die europäischen Länder, die ihm angehören, zusammen zu handeln.

Etwas Weiteres hat sich im Laufe der Verhandlungen ergeben. Ich glaube, daß wohl zum erstenmal in der Geschichte, sicher der Geschichte der letzten Jahrhunderte, Länder freiwillig und ohne Zwang auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten wollen,

(Zuruf von der KPD: An die Rüstungsherren!)

um die Souveränität einem supranationalen Gebilde zu übertragen.

(Zuruf von der KPD: Den Amerikanern unterstellt werden! – Zuruf in der Mitte: Ruhig! - Gegenruf von der KPD: Das gefällt Ihnen nicht!)

Das ist – ich betone das ausdrücklich -, wie mir scheint, ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung, ein Vorgang, der das Ende des Nationalismus in all diesen Ländern bedeutet.

(Beifall bei den Regierungsparteien) ...<<

Die französische Regierung Frankreich beendete am 13. Juli 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

Das Bezirksgericht in Sombor verwarf am 28. Juli 1951 den Antrag des Bezirksanwalts auf Konfiskation (Einziehung) des unbeweglichen Vermögens eines Volksdeutschen aus Apatin mit der Begründung (x006/630): >>... daß gemäß Art. 31 und Art. 32 des Gesetzes über die Konfiskation und ihre Durchführung die einstigen Konfiskationen beendet und keine neuen Konfiskationen durchgeführt werden und daß im konkreten Fall eine Konfiskation unstatthaft war, da es sich um Personen deutscher Volkszugehörigkeit handle, die auf dem Gebiet der FNRJ leben.

Auf Grund dieser Entscheidung haben zu dieser Zeit in Apatin viele auch vormals interniert gewesene Deutsche, deren Häuser noch nicht eingezogen und an Kolonisten übergeben waren, ihr Eigentum wieder zurückerhalten.<<

Die Sowjetunion schlug Waffenstillstandsverhandlungen für Korea vor, die zwar im Juli 1951 begannen, aber erst 1953 erfolgreich waren.

Der Ministerrat errichtete am 16. August 1951 das "Amt für Literatur und Verlagswesen".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Verlagswesen" in der SBZ (x009/453,456-457): >>Wie jeder andere Wirtschaftszweig unterliegt auch das Verlagswesen der zentralen Wirtschaftsplanung. ...

Angeleitet und kontrolliert wird das Verlagswesen von der Abteilung "Literatur und Buchwe-

sen" im Ministerium für Kultur, die für die Buchproduktion im allgemeinen und für die "sozialistische Gestaltung" der Verlagsprogramme im besonderen verantwortlich ist. Die graphische Industrie untersteht seit 1958 dagegen der Staatlichen Plankommission; Zensur und Papierzuteilung sind also der Kompetenz nach getrennt.

Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" leitet die Verlage an, indem sie ihre allgemeine Planung, ihre Jahresthemen- und "thematischen Perspektivpläne" prüft. ...

Die Begutachtung der Verlagsprogramme zielt u.a. auf deren klare Abgrenzung durch Zuweisung thematischer Zuständigkeiten ab; auch werden "Schwerpunkttitel" festgelegt, deren Produktion unter Hintanstellung aller sonstigen Vorhaben besonders zu fördern ist.

Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" prüft jedoch auch einzelne Manuskripte; um das System der Steuerung zu vervollständigen, werden Autorenverpflichtungen im Sinne des Vertragsgesetzes angestrebt. Die schöngeistigen Verlage werden angehalten, die "Bewegung der schreibenden Arbeiter" zu unterstützen. ...

Die Buchproduktion der Verlage in der SBZ wuchs bis 1958 von Jahr zu Jahr an (1951: 2.142, ... 1958: 6.205 Titel) und holte auch in der technischen Qualität auf, befriedigt aber auch heute noch weder die Leserwünsche noch die dirigierenden Stellen von Partei und Staat.

Westliche Literatur in Lizenzausgaben und Übersetzungen wird nur in engen Grenzen zugelassen; Unterhaltungsliteratur jeden Niveaus ohne politischen Einschlag ist daher meist schnell vergriffen.

Titel, die dem sozialistischen Aufbau und der Erfüllung der Wirtschaftspläne dienen, genießen in der Produktion ohne Rücksicht auf Leserwünsche den Vorzug. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Literatur" in der SBZ (x009/263-265): >>Als wichtiges Instrument der Bewußtseinsbildung, der Agitation und Propaganda ist die gesamte Literatur der SBZ den Direktiven, Apparaturen und Mechanismen der Kulturpolitik unterworfen. ...

Zur Lenkung und Kontrolle der Literatur bedient sich die SED mannigfacher Methoden, die Autor, Verlag, Manuskript, Verbreitung und Publikum betreffen.

Die Schriftsteller sind im Deutschen Schriftstellerverband organisiert. Die Mitgliedschaft ist kein Zwang, aber praktisch unumgänglich zur Wahrnehmung der beruflichen Möglichkeiten und sozialen Rechte.

Das Verlagswesen wird politisch, wirtschaftlich und personell von Staat und Partei kontrolliert. Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" des Ministeriums für Kultur beaufsichtigt die Verlagsplanungen und erteilt Druckgenehmigungen. ... Alle öffentlichen Bibliotheken sind dem Ministerium für Kultur unterstellt ... In den privaten Leihbüchereien veranstaltet die Deutsche Volkspolizei in unregelmäßigen Abständen Razzien. ... Schließlich werden die gesamte Literatur und der mit ihr verbundene Apparat von den Parteiorganen kontrolliert, d.h. in diesem Falle von der Kulturkommission beim Politbüro und der Abteilung Kunst, Literatur und Kulturelle Massenarbeit des ZK der SED. ...

Dieses komplizierte und vielschichtige System der Zensur funktioniert so gut, daß nur in Ausnahmefällen bereits publizierte Bücher eingestampft zu werden brauchen.

Die Verwandlung der Literatur in ein Instrument der Staats- und Parteipolitik hat eine wichtige, propagandistisch gern hervorgekehrte Sonnenseite, die großzügige Förderung genehmer Bücher und willfähriger Autoren. ...

Die Literatur der SBZ konnte internationales Ansehen gewinnen, weil sich nach 1945 eine Reihe bedeutender deutscher Schriftsteller - ehemalige Emigranten oder "Innere Emigranten" - in Mitteldeutschland niederließen und mit dem kommunistischen Regime solidarisierten ... Keiner von ihnen hat nach der Niederlassung in der SBZ noch ein Werk geschaffen, das seinen früheren ebenbürtig gewesen wäre. Einige wie Brecht und Hermelin verstummten ganz, andere wie Becher und Seghers fielen auf das Niveau primitiver Agitationsliteratur, wieder

andere wie Zweig und Renn zogen sich auf historische und exotische Themen zurück. ...

In der Stalin-Zeit konnte sich kein Talent entfalten. Die Literatur hatte lediglich SED-Beschlüsse zu illustrieren. ...

Das literarische Leben in der SBZ ist dem politischen Druck gemäß außerordentlich einförmig. Es gibt keine unpolitische Literatur, also auch keine Unterhaltungs-, Abenteuer- und Kriminalromane ohne Tendenz. ...

Zahlreiche Schriftsteller haben sich der Reglementierung durch Republikflucht oder Übersiedlung nach dem Westen entzogen ...<<

Westdeutsche und West-Berliner Kraftfahrer mußten ab 1. September 1951 für die Benutzung der Autobahn Helmstedt – Berlin Autobahnbenutzungsgebühren an die DDR-Behörden zahlen.

Das SED-Justizministerium untersagte ab 5. September 1951 die Bezeichnung "politische Häftlinge".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die politischen "Häftlinge" in der SBZ (x009/170): >>Die Zahl aller aus politischen Gründen inhaftiert gewordenen und noch inhaftierten Bewohner der SBZ ist nicht bekannt. Neben den in die Konzentrationslager verschleppten und zum großen Teil verstorbenen Menschen werden als politische Häftlinge diejenigen bezeichnet, die ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen durch ein sowjetisches Militärtribunal oder ein Gericht der SBZ wegen Boykotttätze, Friedensgefährdung oder eines anderen Staatsverbrechens verurteilt worden sind. Auch die in den Kriegsverbrecherprozessen verurteilten Angeklagten fallen in diese Kategorie.

Die größten Strafanstalten, in denen sich in der SBZ politische Häftlinge befinden, sind die in Bautzen, Berlin-Rummelsburg, Brandenburg, Bützow-Dreibergen, Cottbus, Halle, Luckau, Magdeburg, Sudenburg, Hoheneck bei Stollberg, Torgau, Untermaßfeld, Waldheim und Zwickau.

Obwohl bis zum Sommer 1955 allein in den Strafanstalten über 20.000 politische Häftlinge im Widerspruch zu den Grundrechtsgarantien der Verfassung eingesperrt waren und schwere und schwerste Zuchthausstrafen verbüßen sollten, gab es nach offizieller Version keine politischen Häftlinge in der SBZ.

"Heute wird niemand seiner Gesinnung wegen inhaftiert. Wer unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung angreift, wer den Aufbau unserer Friedenswirtschaft stört, begeht eine strafbare Handlung und wird seiner verbrecherischen Taten wegen bestraft. Die Strafgefangenen dieser Art sind deshalb auch keine politischen Gefangenen, sondern kriminelle Verbrecher. Die Bezeichnung dieser Strafgefangenen als politische Häftlinge wird daher hiermit untersagt" (... Justizministerium der SBZ vom 5.9.1951).

Die Zahl der politischen Häftlinge verringerte sich infolge von einigen seit 1954 durchgeführten Entlassungs- und Begnadigungsaktionen. ...<<

Die Alliierten schlossen am 8. September 1951 in San Francisco einen Friedensvertrag mit Japan.

Walter Közle (VdH-Referent für Landsberg, Wittlich und Werl) berichtete über das 1. deutsche Heimkehrertreffen am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus: >>... Schafft endlich und zwar ehrlich Europa! forderte der 1. Vorsitzende des VdH in seiner programmatischen Rede während des Festaktes des 1. deutschen Heimkehrertreffens am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus.

Er gab damit dem Gefühl all derer Ausdruck, die das harte Los der Kriegsgefangenschaft am eigenen Leib verspürt haben. ...

Es wird niemand geben, der tatsächlich begangene Verbrechen decken oder beschönigen will. Es wird auch niemand geben, der etwas dagegen einzuwenden hat, daß tatsächlich begangene Verbrechen bestraft werden. Kein rechtlich denkender Mensch hat aber andererseits ein Ver-

ständnis dafür, daß man nach der Kapitulation wahllos Schuldige und wirklich Unschuldige in den Schmelztiegel eines kollektiven Verbrechertums stieß.

Ebensowenig wird er ein Verständnis dafür aufbringen, daß man nur auf deutscher Seite "Kriegsverbrecher" entdeckte, daß man in den Verfahren gegen deutsche Männer und Frauen Rechtsnormen, die in der modernen Rechtswelt bisher unwidersprochen, international anerkannt und in fast allen Strafgesetzbüchern und zahlreichen Strafverfassungen fest verankert sind, und die man auch in die Charta der Menschenrechte aufnahm, beiseite schob, unbeachtet ließ oder sie außerordentlich umstritten, ja willkürlich auslegte.

... Hätten die heute inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" tatsächlich Verbrechen begangen, wären sie nicht mehr am Leben, sondern längst exekutiert. Sollten sie sich aber vielleicht in Einzelfällen begangener Vergehen schuldig gemacht haben, dann stehen ihre Strafen in keinem Verhältnis zu diesen (so liegt z.B. das Strafmaß der zur Zeit in Werl inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" nur zu einem schwachen Drittel unter 15 Jahren Gefängnis!): Wie soll ein ehemaliger deutscher Major, der Ortskommandant war und nur deswegen zu 8 Jahren verurteilt wurde, weil in dem Bezirk seiner Kommandantur – also nicht an dem Ort selbst - ein kriegsgefangener englischer Major von deutschen Soldaten geohrfeigt worden sein soll, ein Schuldbewußtsein aufbringen?

Bedeutende Persönlichkeiten gerade in den Gewahrsamsländern haben sich in sehr kritischer, ja eindeutiger Weise über die gefällten Urteile ausgesprochen und sich für eine gerechte Lösung des Kriegsverbrecherproblems eingesetzt. Selbst im Laufe einer Debatte im Rechtsausschuß der Generalversammlung der UNO wurde besonders beachtet, "daß Deutsche auf der Grundlage von Prinzipien verurteilt und hingerichtet worden seien, deren Rechtsgültigkeit jetzt bestritten werden" (New York Times).

Warum sprach man z.B. einen Col. Stevens von der Anklage brutalster Gefangenenmißhandlung in Bad Nenndorf frei mit der Begründung, daß er von diesen Mißhandlungen nichts gewußt habe (während er erwiesenermaßen selbst aktiv daran teilnahm), und verurteilte dagegen einen deutschen Professor, der weder Gefangene getötet oder mißhandelt hat noch töten oder mißhandeln ließ, ursprünglich zum Tode?

Warum sprach man die Untergebenen des vorgenannten Col. Stevens, die an gefangenen Deutschen sadistische Grausamkeiten verübten, frei mit der Begründung, daß sie nur auf Befehl gehandelt hätten, und verurteilten dagegen deutsche Soldaten – ganz gleich, ob sie der Wehrmacht oder der SS angehörten – trotz desselben Einwandes zu langjährigen Freiheitsstrafen, ja zum Tode? ...

Gleiches Recht für alle? Geeintes Europa?

Mir scheint, wir sind noch meilenweit von diesem ersehnten Ziel entfernt, solange man noch immer mit zweierlei Maß mißt, sofern es sich um Deutsche handelt, und solange Deutsche in den Gefängnissen der westlichen Gewahrsamsmächte vergebens auf Recht, Gerechtigkeit und vor allem auf ihre Freiheit warten! ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisierte am 18. September 1951 in einer Rundfunkansprache die Politik des deutschen Bundeskanzlers und der Westalliierten (x156/108-110): >>Das Washingtoner Abkommen der 3 westlichen Außenminister bedeutet eine Einigung der 3 Westmächte unter sich in ihrer Deutschland-Politik auf der französischen Linie.

Es ist keine Einigung zwischen den westlichen Außenministern und dem deutschen Volk. Dieses Ergebnis von Washington war nur auf der Grundlage möglich, daß der Bundeskanzler den Inhalt des Abkommens vorher zwar nicht mit deutschen Stellen oder Personen, wohl aber mit den 3 Hohen Kommissaren vereinbart hatte. ...

Ein starkes Europa ist nicht möglich durch deutsche Selbstverleugnung, die nur die Selbstüberhebung anderer hervorruft. Schuman-Plan und Pleven-Plan haben beide zum Ziele, Wirt-

schaftskraft und militärisches Menschenpotential der Deutschen unter alliierte, das heißt konkret französische Verfügungsgewalt zu stellen und Europäer zweiter Klasse aus uns zu machen.

Es geht hier nicht um die Frage eines taktischen Schritt für Schritt, durch kleine Erfolge vorwärtszukommen. Es geht um große Probleme, die für lange Zeit durch einmalige Handlungen geregelt werden. Der Zug der deutschen Politik wird jetzt auf ein Geleise gesetzt. Fährt er erst einmal, sind die Weichen gestellt und hat man sich nicht genügend Mühe um den Unterbau gegeben, dann sind einmal begangene Fehler nicht mehr zu korrigieren. Viel besser hat das Goethe gesagt:

"Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem zuknöpfen nicht mehr zurecht."

Sowjetrußland hat ganz kühl auf den Zeitpunkt gewartet, zu dem falsch zugeknöpft wird. Seit Beginn dieses Jahres ist eine Umgruppierung der ganzen kommunistischen Strategie und Taktik sichtbar.

Die neueste und radikalste Variante in dieser Taktik ist der sogenannte Volkskammerappell oder Grotewohl-Brief vom 15. September 1951. In diesem Brief wird alles angeboten, was vorher verbrannt, verhöhnt und verflucht wurde. Keine Rede ist mehr von dem sofortigen Abzug der Besatzungsmächte. ... Das Kernstück ist jetzt der Vorschlag freier Wahlen zu einer Nationalversammlung unter gleichen Bedingungen für alle demokratischen Parteien und Organisationen.

Die Aufgaben dieser Nationalversammlung sollen sein die Schaffung einer Verfassung und der Abschluß eines Friedensvertrages. Das Ziel eines solchen Friedensvertrages ist die Schaffung Sowjetdeutschlands, die dominierende Rolle der Sowjets bei der internationalen Kontrolle der Ruhr und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sogenannte Friedensgrenze.

Mit diesen Angeboten schafft die sowjetische Taktik eine neue Situation, die neue Antworten verlangt. Immer lauter dringt der Ruf der gequälten und geknechteten Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone zu uns: was tut ihr für die deutsche Einheit und damit für uns? ...

Eine Nationalversammlung, deren einzige Aufgabe neben dem Friedensvertrag nur die Schaffung einer Verfassung ist, bedeutet Verewigung aller Gefahrenmomente, für die einzelnen Menschen, für die politischen Parteien und für das Schicksal der deutschen Einheit.

Eine Nationalversammlung dieser Art löst kein Problem. Das Parlament darf nicht nur die Verfassung schaffen. Es muß gesetzgebend sein und in alle Bereiche der Gesetzgebung gestaltend eingreifen können. Vor allem aber muß es eine starke Regierung mit machtvoller Exekutive schaffen. Es muß aber auch regierungsbildend, die Politik der Regierung bestimmend und die Regierung kontrollierend sein.

Die Fülle der Voraussetzungen ist groß. Man denke an die politischen Gefangenen, an die Insassen der Konzentrationslager und der Strafanstalten, an die Opfer der Terrorjustiz und der Terrorpolizei. Ohne ihre Freiheit wird es nie eine Freiheit in Deutschland geben. Man schleiche sich drüben auch nicht vorbei an den Ergebnissen der von der sowjetischen Militäradministration erzwungenen sogenannten Vereinigung von KPD und SPD in der sogenannten SED.

...

Das sagen wir deutschen Sozialdemokraten, die stärksten Gegner des kommunistischen Systems und die leidenschaftlichsten Freunde der deutschen Einheit.<<

Die SED erließ am 27. September 1951 eine "Verordnung über Maßnahmen zur Vereinfachung der Justiz".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über diese Verordnung (x009/416): >>... Durch die "Verordnung über Maßnahmen zur Vereinfachung der Justiz" vom 27.9.1951 wurde die Staatsanwaltschaft unter der Leitung des Generalstaatsanwaltes der DDR "ein in seiner Organisation und Tätigkeit selbständiges Organ der Justiz" (§ 1).<<

Ein französischer Beamter berichtete über die Durchführung eines kommunistischen "Volks-

gerichtet" gegen ehemalige chinesische Großgrundbesitzer in Shanghai im September 1951 (x297/207): >>Die Gefangene hatten wie Hunde Stricke um den Hals. Man schleppte sie auf Lastwagen zum großen Stadion in Shanghai, wo früher die Hunderennen waren.

Niemand konnte sich den Eindrücken der Massengerichte entziehen. Der Rundfunk übertrug das Verfahren vom Morgen bis in die Nacht. Aus mächtigen Lautsprechern brüllte aus jeder Straßenecke das Jauchzen der Massen und das Jammern der Opfer, von denen manche zu Tode gesteinigt oder geprügelt wurden.

Die Rufe: "Tötet! Tötet!" erdröhnten den ganzen Tag hindurch. ...<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967) erklärte am 6. Oktober 1951 während einer Kundgebung am Berliner Funkturm (x020/87): >>... Lassen Sie mich mit letzter Klarheit sagen: das Land jenseits der Oder-Neiße gehört für uns zu Deutschland. ...<<

Der Deutsche Bundestag protestierte am 17. Oktober 1951 gegen die Deportation von ca. 40.000 Banater Schwaben, die man "unter Bedingungen, die den Gesetzen der Menschlichkeit und der Menschenwürde Hohn sprechen", gewaltsam in die ostrumänische Baragan-Steppe verschleppt hatte (x025/68).

Die nordamerikanische Regierung beendete am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

US-Präsident Truman erläuterte am 24. Oktober 1951 die damalige Deutschlandpolitik (x028/164): >>Es war und ist noch immer Politik der Vereinigten Staaten, den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Regierung eines vereinten und freien Deutschlands zu erreichen, doch die Bemühungen sind bisher vereitelt und im Augenblick unmöglich gemacht worden durch die Politik der sowjetischen Regierung ...

Es ist trotzdem für wünschenswert gehalten worden, den bestehenden Zustand des Krieges mit Deutschland zu beenden und Deutschland aus seinem gegenwärtigen Feind-Status zu befreien, womit gewisse Beeinträchtigungen für deutsche Staatsangehörige aus dem Wege geräumt werden.<<

Ein ehemaliger deutscher Häftling schrieb nach seiner Rückkehr am 9. November 1951 einen Brief an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Wenn man fern der Heimat zu leben gezwungen ist, kann sich die Sehnsucht nach ihr zu Höhen steigern, welche eben nur der in ihrer ganzen Schwere nachempfinden kann, der ein gleiches Schicksal schon durchlitten hat.

Die Zerrissenheit Deutschlands, das Leid der vielen Millionen, die Sorge um seine Zukunft, das alles bedrückte uns. Die Ungewißheit des eigenen Schicksals, die Sorge um unsere Lieben daheim rissen uns beständig an den Nerven.

In diesen Stunden tiefer Depression wurde uns die Gewißheit zum Halt, in der Welt Freunde zu besitzen, die unserer nicht nur nicht vergaßen, sondern sich zu uns bekannten. Ich durfte erleben, daß sich in Deutschland und im Ausland deutsche Menschen zusammenfanden, um nicht nur uns das Los zu erleichtern, sondern auch unseren Familien zu helfen.

Sie haben uns mit den regelmäßigen Paketen mehr gegeben, als sich jemals mit Worten ausdrücken ließe. Für uns, die wir in der bedrückenden Enge des Zuchthauses lebten, ging doch eine Sonne auf, wenn wir an den Ausgabetisch gerufen wurden. Nicht nur die Herrlichkeiten des Paketinhalts erschütterten uns, es war die Heimat, welche doch zu uns gefunden hatte.

...<<

Eine deutsche Internierte schrieb am 10. November 1951 aus Grudziadz (Graudenz) an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Als ich ihr Päckchen erhielt, weinte ich. Aber es waren Tränen der Freude.

Meine Dankbarkeit, daß sich doch noch ein guter Engel gefunden hat, der mich Waise, die auf der ganzen Welt niemanden mehr besitzt, getröstet hat, ist grenzenlos.

Ich schreibe diesen Brief und kann die Tränen nicht halten. Sie rinnen an meinen eingefalle-

nen Wangen herab. Es ist mir, als ob ich an meine Lieben schreiben würde und nicht an Fremde, und mein Herz wird leichter.

Vielleicht habe ich aber doch noch das Glück, irgendeinen Angehörigen zu finden. Denn wenn man überhaupt niemanden mehr hat, ist es sehr schwer, zu leben. Doch ich bin jetzt nicht mehr verlassen. Sie denken an mich und ich werde geduldig warten, bis sie wieder schreiben.

Und Gott der Allmächtige, Sohn und Vater, ist mit mir und wird es nicht zulassen, daß ich hier zuschanden gehe. Mein Glaube ist in mir, und er wird mich halten in den Stunden der Verzweiflung. ...<<

Ein deutscher Gefangener schrieb am 13. November 1951 aus Den Haag an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Als einer der letzten 6 zum Tode verurteilten Gefangenen im niederländischen Gewahrsam ist mein Schicksal auch heute noch ungewiß. Die Entscheidung über die Vollstreckung oder Umwandlung der Strafe ist noch nicht getroffen. ...

Im siebenten Jahre Zuchthauszelle und Einzelhaft in der Ungewißheit letzten Geschickes ist die Sehnsucht groß nach Heimat und Familie und größer noch nach menschlichem Recht, das wandelbar wie das Glück geworden ist. ... So bleibt als Schwerstes die Sorge um die Angehörigen, deren Not man nicht zu lindern vermag.<<

In Hannover gründeten 4 Landsmannschaften und der "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" am 18. November 1951 den "Bund vertriebener Deutscher".

Das Politbüro der SED rief am 27. November 1951 alle Parteimitglieder auf, die Arbeitsproduktivität zu steigern.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Arbeitsproduktivität" in der SBZ (x009/33): >>Die Arbeitsproduktivität (Marx verwandte den Ausdruck "Produktivität der Arbeit") ist "der Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit im gegebenen Zeitraum" ...

Da nach marxistischer Vorstellung nur die Arbeit Werte schaffen kann, gilt die Arbeitsproduktivität als einzig möglicher Produktionsfaktor. Deshalb ist das wichtigste Ziel der Arbeitspolitik, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, da nur so die Werte geschaffen werden könnten, die für eine Erweiterung der Wirtschaftskapazität notwendig seien.

Die Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität sind vor allem die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, die ständige Erhöhung der Arbeitsnormen, die Differenzierung der Löhne und die Qualifizierung der Arbeitskräfte.

Praktisch führt das ständige Streben nach Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu einer dauernden Ausbeutung der Arbeiterschaft.<<

Der tschechische Gewerkschaftsverlag "Práce" gab ab November 1951 die deutschsprachige, zweimal wöchentlich erscheinende, Zeitung "Aufbau und Frieden" heraus (x004/134).

Der Bundestag beschloß am 4. Dezember 1951 ein Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit. Danach war Jugendlichen unter 16 Jahren z.B. der Zutritt zu öffentlichen Tanzveranstaltungen, Spielhallen etc. nicht gestattet.

Konrad Adenauer schrieb am 6. Dezember 1951 an Nahum Goldmann (x095/131-132): >>Sehr geehrter Herr Dr. Goldmann!

Unter Bezugnahme auf die Erklärung, die die Bundesregierung am 27.9.1951 im Bundestag abgab und in der sie sich bereit erklärte, mit Vertretern des jüdischen Volkes und Israels Verhandlungen wegen der Wiedergutmachung der unter dem naziförmlichen Regime entstandenen Schäden aufzunehmen, möchte ich Ihnen mitteilen, die Bundesregierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, in dem solche Verhandlungen beginnen sollten.

Ich bitte Sie, in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Conference of Jewish Claims against Germany, sowohl dieser Konferenz als auch der Regierung Israels von dieser Bereitschaft

Kenntnis zu geben.

Ich möchte dazu bemerken, daß die Bundesregierung in dem Problem der Wiedergutmachung vor allem auch eine moralische Verpflichtung sieht und es für eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes hält, das Möglichste zu tun, um das an dem jüdischen Volk begangene Unrecht wiedergutzumachen.

Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit begrüßen, durch Warenlieferungen zu dem Aufbau des Staates Israel einen Beitrag zu leisten. Die Bundesregierung ist bereit, bei diesen Verhandlung die Ansprüche, die die Regierung des Staates Israel in ihrer Note vom 12.3.51 gestellt hat, zur Grundlage der Besprechungen zu machen. ...<<

Die Bundesregierung verkündete am 7. Dezember 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1951 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 17,6 Milliarden DM entfallen 38,6 % auf Sozialleistungen und 36,9 % auf Besatzungskosten. ...<<

Die Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien nahmen am 8. Dezember 1951 diplomatische Beziehungen auf (x006/625).

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (50/1951) berichtete am 12. Dezember 1951 über den "Schuman-Plan": >>**DIE NEUE RUHRBEHÖRDE**

Der Schumanplan wird von seinen französischen Urhebern und deutschen Anwälten gerne als der erste Baustein für ein neues Europa ausgegeben. Er werde eine Solidarität der Tat schaffen und den jahrhundertealten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich auslöschen, sagen sie.

Der Plan trägt den Namen des französischen Außenministers, aber es ist bekannt, daß sein geistiger Vater der französische Planungskommissar Jean Monnet ist, dessen Name schon für einen anderen innerfranzösischen Plan vergeben war. Und dieser "Monnetplan" betrifft den Aufbau und Ausbau der französischen Eisen- und Stahlindustrie. Nach ihm soll die Stahlproduktion Frankreichs bis 1953 auf eine Jahresleistung von 15 Millionen Tonnen gebracht werden, gegen nur 6,2 Millionen Tonnen 1936.

Der gewaltige Ausbau der französischen Stahlkapazität wurde zum Teil aus Marshallplanmitteln, darüber hinaus aus Steuermitteln vollzogen. Dieser aufgeblähten Kapazität steht aber nur ein Inlandsbedarf von höchstens 7 bis 8 Millionen Tonnen gegenüber. Schon der Monnet-Plan rechnete deshalb mit einer Ausfuhr von Stahl, Eisen und Halbzeug nach Deutschland von 3 Millionen Tonnen jährlich.

Andererseits sind die Franzosen für ihre Erzverhüttung auf die Zufuhr von Ruhrkoks angewiesen. Ebenso führt Frankreich in großem Umfange Steinkohlen aus Deutschland ein. Das Interesse der französischen Montanindustrie ist also: möglichst billig Kohle und Koks aus Deutschland einzuführen und andererseits Stahl und Walzwerkerzeugnisse in steigendem Umfange nach Deutschland auszuführen.

Dies sind die wirtschaftlichen Interessen, die Frankreich bewogen haben, im Schumanplan eine Montanunion vorzuschlagen. Der Leiter der französischen Delegation bei den Pariser Verhandlungen war denn auch niemand anders als Herr Monnet selbst. Und Außenminister Robert Schuman hat in einer Rede bei einer Gewerkschaftstagung in Metz selbst erklärt: "In Wahrheit ist dieser Plan die Fortsetzung des Monnetplanes" und, allein "um den französischen Stahlexport zu erleichtern" habe Frankreich "diese Mission übernommen". Diese Rede war allerdings nicht für deutsche Ohren bestimmt!

Wenn Bundeskanzler Adenauer in der ersten Beratung des Bundestages über den Schumanplan am 12. Juli 1951 sagte, die Verwirklichung des Schumanplanes bedeute das Ende des Nationalismus in Europa, so sind zunächst stillschweigend diese nationalwirtschaftlichen Interessen Frankreichs, die dem Schumanplan Pate gestanden haben, übergangen.

Übersehen ist aber auch, daß mit der Preisgabe wesentlicher und berechtigter deutscher Inter-

essen die Gefahr besteht, daß bei solchen Teilunionen in den benachteiligten Wirtschaftskreisen und in ihrer Arbeiterschaft sehr unerwünschte nationalistische oder radikale Reaktionen auftreten können. Und wenn der Herr Bundeskanzler meinte, der politische Zweck sei unendlich viel größer als der wirtschaftliche Zweck, so muß die Frage gestellt werden, welche wirtschaftlichen Opfer gebracht werden und ob gerade diese Opfer erforderlich und in ihrer Bedeutung überhaupt voll erkannt sind.

Im Schumanplan sollen Tatsachen und Fragen internationalen Güteraustausches und internationaler Arbeitsteilung zwischen den westeuropäischen Völkern neu geregelt werden. Diese Handelsbeziehungen wurden bisher von Handelsverträgen mit mäßigen Zollsätzen bestimmt. Das hinderte nicht eine intensive Arbeitsteilung, und einen umfangreichen Güteraustausch. Rohstoffe wie Kohle und Erz gingen immer zollfrei über die Grenzen und niemand hindert Frankreich, Kohle und Koks zollfrei in sein Land zu lassen oder Deutschland, französische Minette-Erze. Nur mäßige Zölle auf Eisen, Halbzeug und Stahl boten einen bescheidenen Schutz des einheimischen Marktes.

Eine völlige Verschmelzung der Wirtschaften verschiedener Länder würde eine Zollunion bedeuten. In ihr gleichen sich bestenfalls die Gewinne und Verluste aus den notwendig werdenden Umstellungen aus. Die Zollunionspläne, die nach dem Kriege in Frankreich gegenüber Italien und kurze Zeit auch für eine Verbindung mit Deutschland erwogen wurden, sind aber schnell wieder als undurchführbar aufgegeben worden. Bei dem neuen Wege der Teilunionen, wie er erstmals im Entwurf des Schumanplanes beschritten wird, hat Frankreich aber nur Zweige ins Auge gefaßt, in denen die französische Wirtschaft Überkapazitäten aufzuweisen und sich einen Vorsprung verschafft hat.

Nur in einer Zollunion würden die heute so viel berufenen Vorteile eines großen Marktes wirksam werden, die zudem gewaltig überschätzt werden und denen als schwerwiegender Nachteil eine weit stärkere Dynamik des Gesamtsystems mit schweren Krisen, fortgesetzten Umstellungen und Umsiedlungen gegenüberständen.

Sie würde eine völlige Freizügigkeit der Arbeitskräfte voraussetzen. Vielleicht wäre es gut, wenn die naiven Vertreter des Gedankens einer westeuropäischen Staatenverschmelzung einmal statt des sehr andersartigen Gesellschaftsgebildes der Vereinigten Staaten zum Vergleich die alte Donaumonarchie heranziehen würden. Hier hat weder die ökonomische noch die staatliche Einheit eine Gemeinschaft der Völker geschaffen, sondern einen höchst gefährlichen Nationalismus und Nationalitätenkampf, der nicht ruhte, bis der Gesamtstaat zerschlagen war.

Eine westeuropäische Völker- und Staatengemeinschaft ist nur als ein föderatives Gebilde durchführbar. Und ebenso scheint mir die Koordination der zugeordneten Volkswirtschaften nur föderativ denkbar.

Sehen wir uns kurz die überkommene Arbeitsteilung zwischen Deutschland und Frankreich in der Montanwirtschaft an. Es betrug die deutsche Brennstoffausfuhr nach Frankreich im Jahre an Koks an Steinkohle

1928 3,7 Mill. t, 4,5 Mill. t

1937 2,3 " " 8,0 " "

1949 3,24 " " 4,8 " "

Anderseits betrug die französische Erzausfuhr nach Deutschland im Jahre

1928 3,6 Mill. t

1937 5,7 " "

1949 0,12 " "

Die Arbeitsvereinigung von Ruhrkohle und Koks mit lothringischen Minetteerzen hatte sich seit den 1880er Jahren entfaltet, als Lothringen noch zum deutschen Reich gehörte. Die Erze wurden teils in Lothringen, Luxemburg und an der Saar mit Ruhrkoks oder auch dem weniger

guten Saarkoks verhüttet, teils aber wurde das Erz zu den Hüttenwerken am Niederrhein gefahren und dort mit Ruhrkoks geschmolzen, der von den nahen Zechen und Kokereien kam. Dieser Zusammenhang wurde auch nach 1918 aufrechterhalten.

Mit den entgegengesetzten Transporten von Kohle und Koks nach Lothringen und von Erzen ins Ruhrgebiet wurde zugleich der Transportraum in beiden Richtungen ausgenutzt. Diese Arbeitsteilung, gesichert durch die Handelsverträge, hatte die Stahlerzeugung in beiden Ländern im Verhältnis zu ihrem Bedarf entwickelt.

Wie die Zahlen zeigen, ist seit dem zweiten Weltkriege die Einfuhr lothringischer Minette-Erze nach dem Ruhrgebiet fast bedeutungslos geworden. Die auf die Erzeugung von Thomasstahl eingestellten Hochofenwerke am Niederrhein verwenden heute Salzgitter-Erze, obwohl die lothringischen Erze günstiger liegen.

Frankreichs Ausfuhr an Minetteerzen ist entsprechend der Steigerung der eigenen Verhüttung zurückgegangen. Von deutscher Seite wird über eine Zurückhaltung des Ausbaus der lothringischen Erzgruben geklagt. Auf die Dauer gesehen wird aber die deutsche Stahlerzeugung in steigendem Maße angewiesen sein auf lothringische Minette-Erze und auf hochwertige Erze aus Nordwestfrankreich, denn in diesen beiden Gebieten liegen die größten europäischen Erzreserven.

Der Schumanplan bietet nun keine Handhabe, den Abbau der lothringischen Erze über den Bedarf der französischen Hüttenwerke hinaus zu fordern. Aber wahrscheinlich wird der Marktmechanismus des Schumanplanes ohnehin die Verhüttung der Minette-Erze im Ruhrgebiet unrentabel machen. Und ebenso ist es zweifelhaft, ob es nach dem Verbot von Frachtdifferenzierungen wirtschaftlich möglich sein wird, Salzgitter-Erze an den Niederrhein zu fahren. Es besteht die Gefahr, daß die Erzeugung von Thomasstahl im Ruhrgebiet zum Erliegen kommen wird.

Ebenso steht durch das Verbot der Frachtvergünstigungen zu befürchten, daß die Verhüttung von schwedischen, spanischen, nordafrikanischen und später amerikanischen hochwertigen Erzen im Siemens-Martin-Verfahren aus dem Ruhrgebiet abgezogen wird an die großen Hafenplätze wie Rouen, Rotterdam, Ymuiden, wo die Erze direkt vom Seeschiff in die Hochöfen gelangen, während die Kohle und der Koks billig auf dem Rhein herankommt. So droht der Wirtschaft des Ruhrgebietes ein Abbröckeln auch in den weiterverarbeitenden schweren und mittleren Industrien gerade derjenigen Zweige, die für den Export arbeiten.

Aber wie ist es denkbar, daß der Schumanplan, der sich auf dem Papier so elegant und einleuchtend liest, zu solch tiefgreifenden Veränderungen führen kann. Nun, er schlägt dem Staate alle Mittel der wirtschaftspolitischen Beeinflussung und Stützung aus der Hand, die in der öffentlichen Meinung und selbst in den Wirtschaftskreisen durch die billige Agitation der neo-liberalen Doktrinäre entwertet sind, die Mittel der handelsvertraglichen Sicherung von Rohstoffbezügen, die geringen Zollsätze, die Schleusen einbauen in das wirtschaftliche Gefälle, und vor allem die Mittel der Tarifpolitik der Staatsbahnen, die nun einmal in hohem Maße den heutigen Standortaufbau bestimmen und die Ungunst der Lage der einzelnen Gebiete ausgleichen.

Die geplante westeuropäische Gemeinschaft stellt sich dar als ein System eines gemeinsamen Marktes unter einer Hohen Behörde, die das Innehalten marktwirtschaftlicher Spielregeln zu gewährleisten hat, und jede Änderung des organisatorischen Aufbaues der Kohlen- und Stahlunternehmen verhindert, die zu Beginn der Union vorliegen. Es handelt sich also um ein neues System der Zwangskonkurrenz. Bezeichnenderweise erscheinen die Verbotsbestimmungen des Artikels 4 als das Kernstück des Vertrages. Danach werden aufgehoben und untersagt:

- a) Einfuhr- und Ausfuhrzölle, sowie mengenmäßige Beschränkung des Warenverkehrs,
- b) Maßnahmen oder Praktiken der Differenzierung der Preis- und Lieferbedingungen und der Beförderungstarife,

c) von den Staaten bewilligte Subventionen oder Beihilfen,

d) einschränkende Praktiken, die auf eine Aufteilung oder Ausbeutung der Märkte abzielen.

Nach Artikel 5 hat indes die Hohe Behörde das Recht zu begrenzten Eingriffen. Sie holt Auskünfte ein, sie berät und sie stellt allgemeine Ziele auf. Nach Artikel 46 hat die Hohe Behörde die Marktentwicklung und die Preistendenzen laufend zu verfolgen, Programme aufzustellen für Erzeugung, Verbrauch, Ausfuhr und Einfuhr, die als Hinweise dienen.

Die Hohe Behörde wird nun vorwiegend in Anpassung an die Marktlage handeln. Dafür kennzeichnend sind die Artikel 58 und 59. Nach ihnen kann die Hohe Behörde in einer offensichtlichen Krise Erzeugungsquoten festsetzen, in einer Mangellage Verwendungsprioritäten erlassen. Beide Bestimmungen können sich für die deutsche Stahlindustrie und den deutschen Kohlenbergbau ungünstig auswirken.

In einer Absatzkrise wird die deutsche Produktion Einschränkungen hinnehmen müssen, die auf die übertriebenen Kapazitätsausweitungen in den westlichen Ländern zurückgehen, wenn der inländische Bedarf noch die volle Beschäftigung der einheimischen Produktion erlauben würde. In einer Mangellage wird man auf die Ziffern des künstlich gedrosselten deutschen Bedarfs zurückgreifen.

Artikel 54 gibt der Hohen Behörde ihr wirtschaftlich wichtigstes Mittel in die Hand. Sie kann den Unternehmungen selbst Kredite gewähren und andererseits von den Firmen Auskünfte einfordern über ihre Ausbauprogramme. Enthalten diese Subventionen, Beihilfen oder diskriminierende Praktiken, so werden die Programme verboten, sofern sie nicht auf der Verwendung eigener Mittel beruhen.

Die Rolle der Hohen Behörde als Kapitalsgeber und Vermittler, wohl vorwiegend amerikanischer Anleihen, gibt ihr eine sehr große Machtstellung. Und damit gewinnen die Stimmverhältnisse in den Organen der Gemeinschaft ihre besondere Bedeutung. Die Hohe Behörde hat neun Mitglieder, nicht mehr als zwei dürfen aus einem Mitgliedstaat stammen. Ihre Mitglieder dürfen weder Anweisungen ihrer Regierungen annehmen noch einholen. Aber ist es nicht eine gefährliche Fiktion anzunehmen, daß sie aufhören werden, die Interessen ihrer Länder zu wahren, aus deren Montanwirtschaft sie als Sachverständige kommen werden?

Die Hohe Behörde beschließt mit Stimmenmehrheit. Neben ihr steht ein "Beratender Ausschuß", der zu gleichen Teilen aus Vertretern der Erzeuger, Händler und Verbraucher und der Arbeitnehmer gebildet wird. Als das Parlament der Union soll eine "Gemeinsame Versammlung" gebildet werden, deren Mitglieder jährlich von den Parlamenten gewählt werden. Neben der Hohen Behörde steht als gleichsam föderatives Organ der "Besondere Ministerrat", in den jeder Mitgliedstaat einen Minister entsendet. In keinem der Gremien erreicht der Anteil der Stimmen Deutschlands ein Viertel. Der deutsche Anteil an der Kohlenförderung der Unionsländer aber beträgt 51 Prozent, an der Stahlerzeugung 38 Prozent.

Rein formal gesehen, scheint es, als ob Frankreich in ähnlicher Weise einen zu schwachen Einfluß in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben werde. Aber die Interessen werden wohl fast stets so liegen, daß die westlichen Länder die gleichen Wünsche auf die billigste Belieferung mit deutschen Kohlen und Koks haben, während sie als Stahlproduzenten nicht daran interessiert sind, daß Westdeutschland seine frühere Stahlkapazität wieder erreicht.

Artikel 97 setzte nun die Dauer des Vertrages auf fünfzig Jahre fest. Dies bedeutet eine der schwersten Fesseln des Vertrages, zumal die Revisionsklauseln des Artikels 95 völlig unzureichend sind und praktisch bedeuten, daß eine Revision kaum durchführbar ist. Eine Kündigungsklausel ist überhaupt nicht vorgesehen.

Wenn wir in Deutschland diese Bestimmung als unerträgliche Fesselung ansehen, so kann sie doch nur in den Vertragsentwurf gekommen sein, indem andere Delegationen sich von dem Schumanplan einen Löwenanteil versprachen. Die amerikanische, französische und englische Presse hat auch die Hohe Behörde ganz offen als Ersatz für die Ruhrbehörde bezeichnet. Dann

aber spricht nicht für die Annahme des Schumanplanes, daß man mit ihr die Herrschaft der Ruhrbehörde los werde, die politisch auf fünfzig Jahre nicht haltbar ist - wenn überhaupt noch heute, in dem Augenblick, in dem der Westen unsere Beteiligung an der Verteidigung wünscht!

Welche politischen Ziele aber wollen Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein mit dem Schumanplan erreichen, die so turmhoch über den Opfern stehen, die uns dieser Plan zumutet. Glauben sie wirklich, daß der Schumanplan der deutsch-französischen Verständigung und Verbrüderung dienen kann, wenn er erst einmal wirksam wird und wenn der deutsche Arbeiter und die deutsche Stahlwirtschaft den Druck dieser Fesseln verspüren werden?

Artikel 69 stellt den Arbeitern der Montanunion die Freizügigkeit in den Ländern der Gemeinschaft in Aussicht.

Was bedeutet das? Es besagt, daß mit Verpflanzungen der Arbeiter von Land zu Land gerechnet wird. Und was man in den Westen abziehen möchte, das sind unsere hochqualifizierten Hochofentechniker, Werkmeister und Facharbeiter. Schon einmal wanderten im Dreißigjährigen Kriege deutsche Hochofenmeister nach England und Schweden aus und brachten dort die Hochofentechnik hin!

Unter dem Druck der öffentlichen Kritik ist nunmehr auch die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik nach den Erklärungen des Bundeskanzlers vom 12. Juli und anscheinend vor allem der Herr Bundespräsident zur Ratifizierung nur bereit, wenn entsprechend dem Beschluß des Bundesrates vom 27. Juni 1951 verbindliche Zusagen aller beteiligten Mächte darüber vorliegen, daß aufgehoben werden: die Ruhrbehörde, die alliierten Kohle- und Stahlkontrollgruppe, die Eingriffsrechte der alliierten Sicherheitsbehörde in die Kohle- und Stahlwirtschaft und die Beschränkungen der Stahlkapazität und der Stahlproduktion.

Aber selbst wenn diese Bedingungen voll erfüllt werden und damit eine formelle Gleichheit erreicht wird, so bleiben entscheidend wichtige Vorbelastungen materieller Art bestehen, die für die deutsche Wirtschaft während der ganzen Dauer des Paktes erhalten bleiben sollen, und die zum Teil bewußt geschaffen wurden, um Deutschland mit einem schweren Handicap in die Montanunion eintreten zu lassen.

Diese materiellen Ungleichheiten beruhen in den folgenden Punkten:

1. Die deutsche Stahlindustrie und der deutsche Bergbau haben einen sehr großen Nachholbedarf, der durchweg auf einen Betrag von mehreren Milliarden DM geschätzt wird. Die deutsche Montanwirtschaft konnte nur die größten Kriegsschäden ausbessern, sie wurde weiter durch die Demontagen in wichtigen Bezirken aufs schwerste geschwächt. Veraltet sind vor allem die Walzwerke, die Schmieden und die Pressen.

Die Demontagen von Walzwerken und Breitbandstraßen haben in den Aufbau der Stahlverarbeitung schwere Lücken gerissen. Die deutsche Feinblechkapazität ist um die Hälfte gesenkt worden. In diese Lücken suchen die westlichen Konkurrenten mit ihrer forciert ausgeweiteten Kapazität einzuspringen. Diese Kapazitätsausweitungen sind mit großen Subventionen aus Marshallplanmitteln und aus Steuermitteln vollzogen worden. Künftig aber sind alle Subventionen nach dem Schumanplan untersagt. Im Vertragsentwurf hat die deutsche Delegation nicht einmal sichergestellt, daß Entschädigungsleistungen für Demontagen nicht etwa als Subventionen von der Hohen Behörde verboten werden.

2. Durch das Gesetz Nr. 27 zur Dekonzentration und Dekartellisierung der Kohle- und Stahlindustrie Westdeutschlands vom Mai 1950 werden nicht nur die Kartelle sondern auch die Konzerne zerschlagen. Dabei wird eine große Zahl selbständiger Gesellschaften gegründet, die für die Stahlwerke nur eine Kapazität bis zu 1,2 Mill. t zulassen.

Auf einer Arbeitstagung über den Schumanplan mit den Vertretern der westlichen Länder, die Ende Juni in Frankfurt stattfand, aber sagte der Franzose Francois Gérard, die günstigste Betriebsgröße für ein Hüttenwerk liege etwa bei 2,4 Mill. Tonnen Kapazität. Deutlich ist also die

Absicht, die deutsche Stahlindustrie unter so ungünstige und ökonomisch widersinnige Bedingungen zu stellen, daß sie unter dem Schumanplan nicht mehr konkurrenzfähig ist, während das System der Zwangskonkurrenz jeden erneuten Zusammenschluß verbietet.

3. Mit der Entflechtung verbunden ist die Auflösung der Verbundwirtschaft zwischen Kohlenzechen und Hüttenwerken an der Ruhr. Unangefochten aber bleibt die Eigentumsverbindung von Erzgrube und Hüttenwerk, die in Lothringen für fast alle Hüttenwerke gilt. Dabei ist die Verbindung von Erzhütte, Kohlenzeche und Kokerei gerade für die Kosten bei der Erzeugung von Siemens-Martin-Stahl von entscheidender Wichtigkeit.

4. Ferner hat die deutsche Regierung unter starkem politischem Druck der Besatzungsmächte in den Pariser Verhandlungen den gemeinsamen deutschen Kohlenverkauf preisgegeben. Westdeutschlands Kohlenbergbau soll also uneingeschränkt dem System der Zwangskonkurrenz unterstellt werden, im Interesse der billigsten Kohlenversorgung der westlichen Schumanplanländer. Freie Konkurrenz ist hier aber untragbar. Sie führt zum Raubbau, zu unwirtschaftlichen Transporten, zum Vorgriff auf die besseren Sorten und schlechthin zu ruinöser Konkurrenz.

Gerade Frankreich hat unbeirrbar an dieser Forderung der Aufhebung des gemeinsamen Kohlenverkaufs festgehalten. Und wohlgermerkt: Frankreich selbst, ebenso wie England und Polen haben für ihren sozialisierten Kohlenbergbau selbstverständlich einen gemeinsamen Kohlenverkauf. Gleichzeitig aber soll nun der deutsche Kohlenbergbau mit einer Ausgleichsumlage zugunsten der unrentabel arbeitenden belgischen Kohlenzechen belegt werden. Man rechnet mit einer Belastung von 50 bis 80 Millionen DM im ersten Jahre, die später jährlich um ein Fünftel sinken soll.

Als Grundgedanke des Schumanplanes enthüllt sich so in allem die Absicht, daß die westlichen Länder sich die billigsten Bezüge deutscher Kohle und deutschen Kokes sichern, während die deutsche Stahlerzeugung und Walzwerkserzeugung unter den künstlich geschaffenen ungleichen und unfairen Bedingungen niedergehalten werden soll.

So ist es schwer verständlich und eigentlich ein Zeichen mangelnder politischer Reife und sachlich-kritischen Denken, wenn in Deutschland der Schumanplan als Auftakt einer höheren europäischen Gemeinschaft gepriesen und bejaht wird, jeder sachliche Einwand aber in der billigsten Weise als Nationalismus abgetan wird. Auch in einer europäischen Gemeinschaft wird jede Nation ihre berechtigten Interessen zu wahren haben. Wenn die verantwortlichen Männer das nicht tun, werden sie eines Tages dafür die Rechnung erhalten.

Jeder Vertrag bedeutet eine Bindung, aber er setzt voraus, daß er ohne Druck und Zwang zustande kommt und daß er Rechte und Pflichten gerecht und gleichmäßig verteilt. Vor allem aber ein Vertrag, der beansprucht, an Stelle jahrhundertealter Gegensätze und Feindschaften eine echte Gemeinschaft zu begründen. Sie wird nicht begründet, indem man einem Teilhaber vorher Handschellen anlegt.

Mit dem Schumanplan begeben sich die Staaten der Möglichkeit, eine wirksame Politik der Vollbeschäftigung und des gleichmäßigen Ausbaues der Grundstoffindustrien zu betreiben. Artikel 83 läßt zwar die Frage der Eigentumsordnung offen. Sollte aber in den kommenden 50 Jahren eine deutsche Regierung den Kohlenbergbau und die Stahlindustrie sozialisieren, wie es in England geschehen ist, so würden sich Konflikte mit den liberalen Bestimmungen des Vertrages ergeben.

Vielleicht wird es gerade die Wirkung des Schumanplanes sein, diese Entwicklung zu beschleunigen. Und es erscheint als zweifelhaft, ob die jetzige westdeutsche Regierung befugt ist, derart weitgehende Bindungen einzugehen für einen Zeitraum, der die übliche Lebensdauer einer Koalitionsregierung um ein Vielfaches übersteigt.

Noch rechtzeitig für die Ratifizierungsdebatte des Schumanplans in der Pariser Nationalversammlung gab Finanzminister René Mayer die Sonderhilfe der USA an Frankreich bekannt,

durch die das vorbereitete französische Sparprogramm überflüssig wird. Sie beträgt 600 Millionen Dollar, zusätzlich zu den 290 Millionen regulärer ECA-Hilfe Frankreichs im laufenden Jahr (gegen 175 Millionen regulärer ECA-Hilfe für Westdeutschland).

Der Schumanplan soll jetzt auch in Bonn, möglichst noch vor Weihnachten, in zweiter und dritter Lesung behandelt werden. In seinem Artikel "Der Schumanplan: Die neue Ruhrbehörde" umreißt Professor Dr. Hans Ritschl, der während des Sommers im Auftrage des Hamburger Senats ein ausführliches Gutachten über die Montanunion ausarbeitete, noch einmal die Bedeutung und die Auswirkungen des Schumanplanes.

Der Autor ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Bundes-Finanzministeriums und wirkt seit 1946 als ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwirtschaft an der Universität Hamburg. Professor Ritschl umreißt die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bedenken, denen auf französischer Seite, wie die Debatte in der französischen Kammer zeigte, parallele Bedenken entsprechen. Unberücksichtigt läßt Prof. Ritschl den rein politischen Aspekt, inwieweit eine Ratifizierung zum Zeitpunkt der UNO-Verhandlungen über Deutschland die immerhin noch zur Debatte stehende Wiedervereinigung Deutschlands erschweren, wenn nicht gar verhindern könnte.<<

Das Landgericht Hannover berichtete im Urteil vom 20. Dezember 1951 gegen einen deutschen KZ-Helfer über die Zustände in einem polnischen Internierungslager (x025/51): >>...

Die Deutschen selbst waren im Lager getrennt nach Männern, Frauen und Kleinkindern, kinderlosen Frauen und Mädchen sowie Knaben im Alter bis etwa 15-16 Jahren untergebracht. Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen.

Kamen die betreffenden Angehörigen dennoch insgeheim zusammen und wurden sie dabei von der polnischen Miliz gefaßt, dann gab es dafür entsetzliche Prügelstrafen bzw. die Todesstrafe. Vergewaltigungen der Frauen durch Polen waren an der Tagesordnung. Die meisten Polen waren überdies geschlechtskrank.

An Verpflegung gab es für die Deutschen täglich mittags 1/2 l Wassersuppe, dazu morgens und abends 3 bis 4 alte, meistens faule, anfangs sogar ungekochte Kartoffeln und eine halbe Scheibe Brot. ...

Andererseits spotteten die hygienischen und sanitären Verhältnisse im Lager aller Beschreibung, so daß eine große Läuseplage herrschte. Die Folge dieser Zustände war, daß viele Menschen am Flecktyphus verstarben. Zwar hatten die Polen den deutschen Lagerinsassen Dr. E., der von Beruf Arzt war, zum Lagerarzt gemacht. Jedoch hatten sie ihm keinerlei medizinische Instrumente oder Medikamente zur Verfügung gestellt, ja sie hatten sogar die Medikamente, die Dr. E. anfangs aus Abfallgruben und Trümmerhaufen mühsam zusammengesucht hatte, mit Füßen zertreten. ...

Infolge dieser Zustände allein verstarben schon viele Leute. Andere wieder wurden planmäßig aus wichtigen Anlässen von den Polen erschossen oder erschlagen. Wieder andere dienten den polnischen Partisanen als lebende Zielscheiben und wurden von den Polen gewissermaßen aus Spielerei erschossen.

... Bei diesen Zuständen lag die Sterblichkeitsziffer im Lager sehr hoch. Die untere Grenze war im allgemeinen bei etwa 10 Toten pro Tag, die obere Grenze bei etwa 30 Toten. Es gab allerdings auch Tage, wo die Polen darüber hinaus in ganz besonderer Weise gegen die Deutschen wüteten. Hierzu zählt einmal die erste Nacht, die der Angeklagte im Lager verbrachte. Er war mit einem Schub von etwa 60 bis 70 Leuten ... nach einem anstrengenden Fußmarsch gekommen. In der ersten Nacht veranstalteten die Polen mit diesen halb verhungerten Menschen eine sogenannte "Nachtübung", wobei sie etwa die Hälfte der Menschen – und zwar solche, die nicht schnell "auf-nieder" machen konnten, - erschlugen. ...<<

Im Jahre 1951 flohen 165.648 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

In der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahre 1951 noch 66 % aller Deutschen der Mei-

nung, daß die deutschen Ostgebiete noch nicht verloren seien (x020/89).

Gefangene Wehrmachtssoldaten berichteten im Jahre 1951 über einen "Pakettag" in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern Swerdlowsk und Schachty (x130/360): >>Bei uns gab es eine Paket-Ausgleichskommission. Kameraden, die viele Pakete erhielten, teilten mit Kameraden, die selten oder nie Pakete empfangen.

Der Gesundheitszustand und vor allem auch die moralische Widerstandskraft wurden durch die Pakete gehoben. Der Pakettag war immer ein Freudentag. ...<<

>>... Dann kamen die Pakete, Die Pakete waren natürlich eine maßlose Beglückung. Sie machten uns ganz schnell unabhängig von der russischen Versorgung. In kurzer Zeit blühten die Männer wieder auf und kamen rein körperlich zu Kräften. ...<<

>>... Wir standen vor der Tür wie die kleinen Kinder, ehe sie in die Stube zum Weihnachtsbaum kommen dürfen.

Endlich war es so weit, ich war dran. Das erste Mal seit neun Jahren wieder etwas von zu Hause, wieder etwas aus Deutschland. ...<<

>>... Die Konservendosen müssen extra abgeholt werden. Die Ausgabe erfolgt völlig unregelmäßig. Die Gefangenen müssen oft eine Stunde und mehr anstehen, um zu einer Büchse zu kommen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtete später über die Kameradschaft der zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilten deutschen "Kriegsverbrecher" in der Sowjetunion (x130/359): >>Der Zusammenhalt war wesentlich besser als vorher. Biedere Landsturmmänner waren genauso verurteilt wie Offiziere, Aktivisten der Antifa und Spitzel.

Mit einem Schlag hatte das alles Denken beherrschende Warten auf den Tag der Heimkehr ein Ende, mit 25 Jahren Zwangsarbeit schien die Situation klar. Man mußte sich jetzt einrichten so gut es ging, und sehen, wie man am besten über die Runden kam.

Jetzt entstand erst wirklich das Bewußtsein eines gemeinsamen Schicksals, bis dahin hatte man doch mehr oder weniger überlegt, wie man sich dem gemeinsamen Schicksal entziehen könnte. ...<<

1952

Die SED führte ab 1. Januar 1952 die wirtschaftliche Rechnungsführung ein. Die bisher unselbständigen Volkseigenen Betriebe (VEB) wurden ab 1. Januar 1952 in selbständig wirtschaftende Einheiten umgewandelt. Sie erhielten eine eigene finanzielle Grundausstattung sowie einen eigenen Umlaufmittelfonds und mußten auch selbständig die Abgaben an den Staatshaushalt entrichten.

Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde ab 2. Januar 1952 auf sowjetische Waffen umgerüstet.

Am 2. Januar 1952 begann das Nationale Aufbauprogramm.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Nationale Aufbauwerk" (x009/304): >>1952 gegründet, durch die Nationale Front gelenkte "Bewegung für den Aufbau der Hauptstadt Berlin", die 1953 auf das ganze Zonengebiet ausgedehnt wurde.

Ziel ist die "Förderung der Initiative aller Werktätigen Berlins und der DDR für die finanzielle und praktische Unterstützung des Aufbaues".

Die Bevölkerung wird unablässig aufgerufen, sich an Bauarbeiten und bei der Enttrümmerungsaktion "freiwillig" und ohne Entgelt zu beteiligen. Durch das Nationale Aufbauwerk sollen öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kinderheime, Sportstätten, Neubauernhäuser und Wohnungen wiederhergestellt oder neu gebaut werden. Aber auch beim Bau neuer Betriebe werden die "Aufbauhelfer" herangezogen.

Arbeiter in Industriebetrieben werden unter politischem Druck veranlaßt, sich zu verpflichten, z.B. im Jahr 20 oder 30 "Aufbaustunden" zu leisten. ...

Seit 1960 sind die dem Nationalen Aufbauwerk zugewiesenen Auflagen zum Teil in die Volkswirtschaftspläne mit aufgenommen, d.h. die "freiwillige" Leistung nach Feierabend wird zum Planbestandteil. ...<<

Verschleppte mitteldeutsche "Zeiss-Spezialisten" (Optiker) kehrten am 26. Januar 1952 aus der Sowjetunion zurück.

Die Hochschulen wurden am 11. Februar 1952 angewiesen, "politisch geeignete Studienbewerber" bevorzugt zu behandeln.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (7/1952) berichtete am 13. Februar 1952: >>**Wie die Hühnerhunde**

In Eisenhowers SHAPE-Hauptquartier wurde jetzt eine besondere Kommission zur Abwehr der "wahrscheinlichen ersten Angriffsphase" der Ostblock-Armeen gegen Westeuropa gebildet. Chef dieses Gremiums ist der US-Colonel F. Kindley. Der ist merkwürdigerweise nicht Offizier, sondern Spezialist für psychologische Kriegsführung.

(Die) SHAPE-Abwehr hat nämlich festgestellt, daß - sollte der dritte Weltkrieg stattfinden - dem Schießkrieg ein Nervenkrieg vorangehen wird. Die Generalstäbler ... sehen die Lage, wie sie 5 Minuten vor X-Zeit sein wird so:

Der Aufmarsch auf dem rechten sowjetischen Angriffsflügel wird sich mit gemischten russisch-polnischen Verbänden in der Ostzone Deutschlands vollziehen. Aber nicht verschleiert, wie bisher solche Bereitstellungen erfolgten, sondern in demonstrativ offener und breiter Drohbewegung.

Die Begleitfanfaren zu diesen Truppenbewegungen schmettern die Rundfunksender der Sowjetunion, Polens und der Ostzone in allen westeuropäischen Sprachen. Kommunistische Agenten werden Flüsterparolen über angebliche Greuelthaten und Vergewaltigungen durch Ostblocksoldaten in Umlauf setzen und Störmeldungen über den Einsatz mongolischer Verbände ausstreuen.

Zweck dieser den eigentlichen Schießkrieg vorbereitenden psychologischen Offensive: Auslösung eines Massenschrecks. Die Sowjets rechnen damit, daß sich sofort ein europäischer Flüchtlingsstrom über die Straßen und Eisenbahnen ergießen wird, der Verkehrsverstopfungen und Produktionshemmungen verursacht und deutsche Hilfsverbände der westlichen Alliierten zu Massendemonstrationen veranlaßt. Sabotageaktionen werden die Verwirrung steigern. Das dann hereinbrechende westeuropäische Chaos wird alle Abwehrmaßnahmen der NATO unmöglich machen oder zumindest auf das Äußerste erschweren.

Die SHAPE-Offiziere unterstreichen ihre Hypothese, indem sie auf die Persönlichkeit des Oberbefehlshabers der polnischen Armee, den Sowjetmarschall Rokossowski, hinweisen. Der hat ... Erfahrungen auf dem Gebiete des Nervenkrieges. Als er im Weltkrieg II - schon damals als Befehlshaber des rechten sowjetischen Flügels - in Ostpreußen einbrach und durch Westpreußen und Pommern hindurch bis nach Swinemünde stieß, überstürzte sich die ostdeutsche Bevölkerung in chaotischer Angst vor seinen Panzern.

Die propagandistische Peitsche Ilja Ehrenburgs holte damals aus den Flüchtlingen die letzte Kraft der Verzweiflung und aus den kriegsmüden Iwans den letzten Angriffspfeffer heraus. Die zwischen dem Flüchtlingsstrom und der roten Panzerflut eingekeilten deutschen Heeresverbände waren nicht mehr operationsfähig. So soll es auch jetzt werden.

Oberst Kindley meint, daß die wirkungsvollste Abwehr gegen solchen Nervenkrieg ein kraftvoller NATO-Aufmarsch an der Elbe wäre. Doch er befürchtet: In das Durcheinander werden beim eigentlichen Kriegsausbruch die polnisch-sowjetischen Verbände "wie die Hühnerhunde" hineinstoßen, um das gehandikapte westalliierte Wild aufzuscheuchen.

Die Panzerarmee der sowjetischen Heeresgruppe West unter Timoschenko aber werden solange zurückgehalten, bis sich an den Rheinübergängen zeigt, ob ein starker Offensivstoß die Chance verspricht, das Gros der Atlantik-Truppen in Belgien und Ostfrankreich zu kesseln.

Polens Soldaten sichern dann Nord- und Nordwestdeutschland sowie Dänemark als rückwärtige Heeresgebiete.

Auf solchen Krieg hat sich auch die polnische Rüstungsindustrie eingestellt. Ihr Schlager ist heute ein 5-cm-Minenwerfer aus Leichtmetall, der von den staatlichen Rüstungswerken PZON 4 und 7 in Rzeszow und Lublin hergestellt wird. Der Werfer ist die leichteste Type dieser Waffe überhaupt. Er kann bequem von einem Mann getragen werden. Ein zweiter trägt die Munition, Minen aus Leichtmetallhülsen mit 2,5 kg Hexal-Sprengstoff. Bei einfacher Handhabung der Waffe, einwandfreier Zielsicherheit und einer Reichweite von 9.000 m ist der Werfer eine Idealwaffe für den Guerilla- und Partisanenkrieg und für Kommandounternehmen.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (8/1952) berichtete am 20. Februar 1952: >>**Ich bete zum Satan**

Auf dem Flugplatz von Luqa auf Malta heulten die ganze Nacht über die Motoren startender Flugzeuge. Von 23.30 Uhr bis zum Morgengrauen donnerte alle zehn Minuten eine Transportmaschine gen Osten. 700 Menschen mußten 2.240 Kilometer weit, über die Ägäis und das Schwarze Meer, nach Saki auf der Krim geflogen werden.

Die prominentesten Fluggäste waren ein 63jähriger gelähmter ehemaliger Rechtsanwalt und ein 71jähriger Sproß aus dem Haus der britischen Herzöge von Marlborough. Die beiden wollten sich auf der Krim mit dem 66jährigen Sohn des russischen Schuhmachers Wissarion Dschugaschwili, dem ehemaligen Priesterschüler Josef Wissarionowitsch, der sich "Stalin" nennt, treffen.

Es waren der ehemalige Rechtsanwalt und Präsident der USA, Franklin Delano Roosevelt, und der Marlborough - Sproß Winston Spencer Churchill. Sie flogen in der Nacht zum 3. Februar 1945 zu dem Treffen, das später den amtlichen Namen "Krim-Konferenz" bekam.

Dieser Nachtflug war der Anfang vom Ende der drei Millionen Deutschen*, die bis heute im Osten verschollen, gestorben oder verdorben sind.

*Nach Untersuchungen des DRK-Suchdienstes in Hamburg werden - außer 1,4 Millionen Soldaten - noch 1,5 Millionen Volksdeutsche und 1,6 Millionen Reichsdeutsche im Osten vermißt.

In Jalta drang Stalin mit seiner Forderung durch, das Land jenseits der Oder und Neiße abzutrennen. Drei Wochen später rechtfertigte sich Churchill vor dem Unterhaus:

"Ich fühle mich nicht alarmiert durch die Aussicht auf eine Loslösung der (ostdeutschen) Bevölkerung, auch nicht einmal durch die großen Menschen-Transferierungen, die unter modernen Verhältnissen eher möglich sind, als es jemals der Fall war."

Damit war das Schicksal der Ostdeutschen besiegelt, und dann begann die große Völkerwanderung (mit "modernen Mitteln"), die nicht zur Ruhe kommen kann und die jetzt die westdeutsche Bundesregierung erneut vor Kabinettsfragen stellt.

Seit 1945 sind 12,5 Millionen Menschen - so viel wie ganz Australien Einwohner hat - aus dem Osten und Südosten in den verkleinerten Raum Restdeutschlands eingeströmt.

4,5 Millionen blieben ostwärts der Elbe in der Sowjetzone hängen und vermehrten dort die Bevölkerung um ein Viertel; acht Millionen Heimatvertriebene wurden inzwischen nach Westdeutschland geschleust (Bevölkerungszuwachs um 16,7 Prozent). Nach folgten 1,5 Millionen Flüchtlinge aus der Sowjetzone.

Unter denen, die zweimal flüchten mußten, war auch der Mann, der meistens den letzten Stuhl bekommt, wenn in Bonn Kabinettsitzung ist: Dr. Hans Lukaschek, 66, bis 1933 Oberpräsident in Oppeln**, dann Rechtsanwalt in Breslau, heute noch Bundes-Vertriebenenminister.

**Dr. Lukaschek war als Oberpräsident in Oberschlesien so aktiv in der Abwehr des Kommunismus, daß der Journalist Walther Karsch in der linksgerichteten "Weltbühne" Nr. 42 vom 20. 10. 1931 einen flammenden Protest gegen ihn richtete.

Karsch griff Lukaschek an, weil er den KP-Dichterling Erich Weinert, späteren Vorsitzenden des Kommunistischen Nationalkomitees "Freies Deutschland" in Moskau, der damals in Preußen Rede- und Versammlungsverbot hatte, nicht zu Worte kommen ließ. Heute ist Walther Karsch Herausgeber des Blattes, das den Kampf gegen den Kommunismus erfunden zu haben glaubt, des Westberliner "Tagesspiegel".

Lukaschek hatte 1945 - nach der Flucht aus Breslau - seine Koffer zunächst in Berlin abgestellt. Dann lotste ihn Jakob Kaiser, damals noch Vorsitzender der Ost-CDU, nach Thüringen. Dort war gerade der CDU-Landesvorsitzende Dr. Franz Kolter unter geheimnisvollen Umständen erkrankt. Es dauerte nur wenige Tage, dann starb er in der Universitätsklinik in Jena. NKWD-Posten, die jeden Krankenbesucher abwiesen, drückten ihm die Augen zu.

Sein Amt als CDU-Vizepräsident des Landes Thüringen und Leiter des thüringischen Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft mußte nun Lukaschek übernehmen. Eine Woche vor der Landtagswahl 1946 kam er auf die Abschußliste.

In einer Bauernversammlung in der Weimarahalle zu Weimar putzten ihn bestellte SED-Bauern herunter. Dann keilte ihn Landes-SMA-Chef Gardegeneralmajor Kolesnitschenko ironisch: "**Nu, Gospodin Lukaschek**, warum Leute sprechen so schlächt?"

Er sei nur mit Worten für die Umsiedler und Neubauern eingetreten und habe alle praktischen Möglichkeiten, sie zu fördern, außer acht gelassen. Darauf fuhr Lukaschek bei Nacht und Nebel wieder nach Berlin. Die Koffer wurden ihm einzeln nachgebracht.

Als Konrad Adenauer 1949 bei der Kabinettsbildung um einen Flüchtlingsminister verlegen war, bat er den konzilianteren Doppelflüchtling, dieses Ressort zu übernehmen. Lukaschek schützte sein Alter vor. Ob Adenauer nicht höre, wie draußen an der Tür ein Kater kratze und laut miaue. Adenauer verstand sofort und lachte: "Dieser Kather wird bei mir nie Minister."

Gemeint war Dr. Linus Kather, 58jähriger Rechtsanwalt aus Königsberg, über die Schleswig-Holsteinische Ergänzungsliste der CDU in den Bundestag gekommen. Er hat inzwischen zwei Millionen Heimatvertriebene wie in einer Gewerkschaft - überparteilich, aber dennoch aggressiv - im "Bund vertriebener Deutscher" (BvD) zusammengefaßt und ist bereit, den "heiligen Sebastian" - so nannte CSU-Bundestagsabgeordneter Hans Schütz den würdigen knebelbärtigen Flüchtlingsminister in einer Haushaltsdebatte - zu stürzen.

Nervös wuchtet der "heilige Sebastian" wie ein Schleusenwärter, dessen Kraft nicht ausreicht, um das klemmende Schütt aufzustoßen, an dem Kernproblem der Flüchtlingsmisere: der Umsiedlung.

Hoch oben im Norden und in Bayern hat sich das Gros der Flüchtlinge gestaut. Da die Franzosen 1945 zur Jalta-Konferenz nicht eingeladen worden waren, lehnten sie zunächst für ihre Besatzungszone die Aufnahme der Ost-Vertriebenen ab. Also konzentrierte sich der Menschenstrom vorwiegend auf

- Schleswig-Holstein: heute noch 854.800 Heimatvertriebene = 33,6 Prozent Bevölkerungszuwachs;

- Niedersachsen: 1.810 000 Vertriebene = 26 Prozent Zuwachs;

- Bayern: 1.917 000 Vertriebene = 21 Prozent Zuwachs.

Die Folge dieser Zusammenballung waren Barackenelend (350.000 leben im Bundesgebiet heute noch in Baracken), Dauerarbeitslosigkeit und sozialer Abstieg.

Im ersten Nachkriegsjahr fanden sich im überbevölkerten Schleswig-Holstein die nach hier verdrängten Ostpreußen und Pommern mit dem Massenquartier in leerstehenden Militärbaracken ab. Sie glaubten, das sei nur ein Übergang und waren in Gedanken und Träumen immer noch am Haff, auf der Nehrung oder im Pyritzer Weizacker.

Inzwischen sind sie aufgewacht und sehen die rauhe Wirklichkeit. Sie glauben ihrem Landsmannschaftspräsidenten, Staatssekretär a.D. Herbert von Bismarck, Großneffen des Eisernen Kanzlers, nicht mehr, wenn er noch von Rückkehr spricht, und sind störrisch geworden wie

Trakehner Hengste, die von der mageren Weide auch mal in die fette Stutenkoppel wollen. Das merkt der Bundes-Vertriebenenminister jeden Morgen, wenn er seine Post durchsieht. Auf seinem Arbeitstisch steht ein kleines eisernes Kruzifix, ein altes Familienerbstück aus der Zeit der Befreiungskriege, als die Schlesier Mord und Brand schimpften, weil sie nur Grünkohl in ihre hungrigen Magen stopfen konnten. Heute rufen viele den Beelzebub gegen Lukaschek an.

Minister Lukaschek voll Selbstironie: "Neulich schrieb mir sogar einer: "Ich bete jeden Abend zum Satan, daß er dich Luder endlich wegnimmt." Ein ehemaliger schlesischer Großgrundbesitzer, der heute in einem bayrischen Dachstübchen haust, ranzte mich an: "Sehen Sie denn nicht die Revolution!" Als wenn ich nicht wüßte, welchen sozialen Umbruch Jalta heraufbeschworen hat."

Wer abseits der Bauern- oder Fischerdörfer und meilenfern von den wenigen industriellen Inseln in Lagern lebt - es gibt noch 700 im nördlichen Bundesland -, bleibt ewig ein Opfer der strukturellen Arbeitslosigkeit. Den schulentlassenen Burschen werden nicht einmal Lehrstellen geboten. 53 Prozent der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein und 42 Prozent in Niedersachsen sind Dauerstempler.

Das Bundes-Umsiedlungsgesetz sollte Abhilfe schaffen und den Flüchtlingsüberhang in zwei großen Raten von je 300.000 zur wirtschaftlichen Eingliederung nach Südwest- und Westdeutschland abschieben. Weitere Raten sollten folgen.

Die erste Rate 1949/50 wurde mit der Abgabe von 289.000 nahezu erfüllt, die 2. Rate 1950/51 stagnierte, nach Aufholung des Vorjahrsmankos, schon bei 26.000.

Nordrhein-Westfalen holte sich Facharbeiter aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Das "Sozialgepäck" der Alten und der beschäftigungslose Frauenüberschuß blieben aber dem Armenhaus Schleswig-Holstein erhalten.

Tausende von Männern siedelten in die Arbeitsbaracken zum Ruhrpütt über und glaubten, in einem halben Jahr ihre Familien nachholen zu können. Sie warteten zwei Jahre. Dann schmissen nach und nach 53.000 Flüchtlings-Bergarbeiter ihre Schrämhämmer hin, fuhren nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen zurück und legten sich lieber zu ihren Frauen auf den Strohsack, als dauernd zu schufteten.

15.000 Bergleute aus Oberschlesien gehen auch noch in Bayern stempeln, weil das reiche Nordrhein-Westfalen ihnen keine Wohnungen in Grubennähe schaffen kann.

Vergeblich mahnte der Bundes-Vertriebenenminister die Länderregierungen, doch endlich ihren Länderegoismus aufzustecken: "Die Frage der Umsiedlung ist das nationale Bewährungsproblem. Wenn wir da versagen, versagen wir als Volk."

Kurz vorher hatte Lukaschek den Flüchtlingen in großen Landsmannschaftsversammlungen Mut zugesprochen: "Und wenn ich mit erhobenen Händen von Tür zu Tür gehen soll, um für euch zu betteln ..."

Er erntete mit diesem Pathos nur einen weiteren Spitznamen: "Der Bettelstudent".

Die Umsiedlungsaktion aber landete rettungslos in der Sackgasse.

Die Kommissionen der Aufnahmeländer aalten sich zwar im Sommer 1951 während der Saison am Nord- und Ostseestrand, brachten gleich Ehefrauen und Bräute mit, rümpften die Nase während der gelegentlichen Flüchtlingsmusterungen und ließen gnädig einige tausend gesunde Arbeitskräfte aus dem Armenhaus entweichen.

Treffend nennt Schleswig-Holsteins Flüchtlingsminister Hans Adolf Asbach den verkorksten Bevölkerungsausgleich "System Schnecke" - "nicht nur wegen des Tempos, sondern auch weil die Umsiedler möglichst noch ihren Wohnraum mitbringen sollten", denn in den Aufnahmeländern lag das Flüchtlings-Wohnbauprogramm sehr im argen.

Minister Lukaschek: "Wir haben aus allen Ecken nur 225 Millionen DM zusammenkratzen können. Damit wäre es, wenn man daraus den sogenannten Förderungsbetrag von 5.500 DM

pro Wohnung aus Bundesmitteln zugrunde legt, möglich gewesen, für 200.000 Umsiedler Wohnungen zu schaffen.

Vorausgesetzt, daß die Länder die ersten und die letzten Hypotheken besorgten. Für die ersten Hypotheken wären 400 Millionen DM notwendig gewesen. Diese Summe konnte der Kapitalmarkt, wie die Dinge heute liegen, nicht in voller Höhe aufbringen."

Am schleppenden Wohnungsbau, der laschen Erfassung des Wohnraums in den Aufnahme-ländern und der strukturellen Arbeitslosigkeit hat sich die Umsiedlung festgelaufen.

Die zusammengepferchten Flüchtlinge hörten diese Bilanz nur mit halbem Ohr und meutern jetzt schon aus Prinzip. Am aktivsten wird im Flüchtlingszentrum Süderbrarup, an der dänischen Grenze, rebelliert. Zwar sang man noch nicht die Internationale, aber aus den Baracken summt es schon ähnlich wie.

"... uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun ..."

Im Dezember schickte das Verfassungsschutzamt Kiel gleich mehrere Vernehmungsbeamten nach Süderbrarup, um den Selbsthilfe-Organisator und Vorsitzenden der inzwischen gegründeten "Treckvereinigung Schleswig-Holstein e.V.", Reinhard Noback, 54, ehemaligen Personalchef der Panzerwerke in Spandau, politisch zu durchleuchten.

Noback, der sich beim Russensturm im April 1945 aus Berlin abgesetzt und mit dem Fahrrad zu seiner evakuierten Familie nach Süderbrarup durchgeschlagen hat, macht kein Geheimnis daraus, daß er die umsiedlungswilligen Flüchtlinge in Schleswig-Holstein registriert und für eine Aktion auf eigene Faust, die spätestens im Mai steigen soll, "technisch vorbereitet".

Noback: "Wenn wir bis dahin keine greifbaren Umsiedlungserfolge seitens der Bundesregierung sehen, trecken wir selbständig los, so wahr ich Noback heiße."

Die dänischen Nachbarn verfolgen diese Vorbereitungen mit Spannung. Wenn die Pommern und Ostpreußen erst abgezogen und die Schleswiger mehr unter sich sind, schlägt die dänische Kulturpropaganda besser ein, spekuliert man in Kopenhagen.

Auch die in der "Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft" zusammengeschlossenen stammes-treuen Ureinwohner unterstützen diese "Selbsthilfe" moralisch und finanziell. Der Landge-meindetag ermächtigte die Dorfbürgermeister, Mittel für den Treck zur Verfügung zu stellen. Die Bauern sollen mit Pferden und Wagen nicht kleinlich sein, wenn Noback die "Landplage" endlich hinausmanövriert und seine Privat-Völkerwanderung startet.

Nur die Kaufleute in Süderbrarup sind entschieden gegen den Treck. Sie haben jährlich 1,5 Millionen DM Mehreinnahmen - die Summe der Alu- und Fürsorge-Groschen - in ihre La-den-kassen gescharrt.

Als Noback seine ersten zehntausend Treckwilligen listenmäßig erfaßt hatte, klopfte abends eine infiltrierte SED-Funktionärsgruppe an seine Stubentür. Die Genossen waren nach sechs-wöchiger Spezialschulung eigens aus der Sowjetzone nach Süderbrarup in Marsch gesetzt worden, "um den Treck auch politisch richtig organisieren zu helfen".

Noback wies ihnen die Tür.

Der treckfeste Berliner Noback hat sein Invasionsgebiet - die Länder des kommenden Süd-weststaates und Rheinland-Pfalz - rekognosziert. "Am Bodensee sind noch viele Villen unter-belegt. Ich habe überall Stichproben gemacht und mit den Bürgermeistern verhandelt. In Wiel-len, Kreis Lörrach, konnte ich gleich für tausend Flüchtlinge Quartier reservieren. Über 700 Betriebe haben mir Offerten geschickt. Damit sind Arbeitsplätze für einige Tausend gesi-ichert."

Der Treck-Condottiere weiß, daß er mit diesen Anfängen das ganze Problem nicht meistern kann, aber: "Ich kann heute nicht mehr zurück."

Inzwischen haben sich auch in Bayern und Niedersachsen Treckvereinigungen gebildet. In Bayern liegt die Initiative bei dem gelernten Kaufmann Rudolf Brenske aus Danzig, heute Stadtrat in Kulmbach, und seinem sudetendeutschen Kumpel Heinz Hanner, studiertem

Volkswirt in Hof.

Verzieht Bayern-Treckführer Brenske sein faltiges Gesicht zur Grimasse: "Wir werden keinen Fuß in eine Baracke setzen, und wenn wir auf den Marktplätzen der Städte nächtigen müssen. Ziel jeder Treckgruppe ist der Markt. Dort verharren wir so lange im passiven Widerstand, bis man uns anständige Quartiere nachweist. Die Masse will wieder in den Kulturbereich einer Stadt und nicht im Bayrischen Wald zum Dorfdepp werden.

"Wenn man uns an den Stadtgrenzen abweist, werden wir wie ein Infanteriebataillon aus-schwärmen, jeder mit seinem Bündel, und langsam einsickern."

Brenske glaubt, daß der Krawall, verstärkt durch Begleitfanfaren mittreckender Lautsprecherwagen, so laut wird, daß die schwäbischen und badischen "Sozialbürokraten" vor dem "Furor Flüchtigus" dahinschmelzen und freiwillig 100.000 Stühle freimachen.

"Da soll sich die Bundesregierung doch freuen. Wir machen sie endlich stark gegen den Länderegoismus."

Aber die Bundesregierung freute sich keineswegs. Unruhig zupfte Minister Lukaschek das aus der Brusttasche hervorquellende weiße Spitzentuch zurecht und reichte seine traditionelle Kiste mit schwarzen Brasilzigarren herum, als sich die Treckführer bei ihm zum Rapport meldeten. Er hatte sie wegen des zu erwartenden Krawalls nach Bonn eingeladen.

Der Minister widmete sich während dreier Tage stundenlang der Treckabordnung, hörte sich die Vorschläge der Selbsthilfeorganisatoren an und versprach, sein Bestes zu tun, um das zu verhindern, was die Treckführer als Beschleunigungsmittel vorschlugen: die Anwendung des Bundeszwanges nach Grundgesetzartikel 37:

- "Wenn ein Land die ihm nach dem Grundgesetz oder einem anderen Bundesgesetz obliegenden Bundespflichten nicht erfüllt, kann die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die notwendigen Maßnahmen treffen, um das Land im Wege des Bundeszwanges zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten."

Um das Treckgespenst zu beschwichtigen, hat die Bundesregierung rasch zwei "Bundesbevollmächtigte" ernannt. "Man müßte sie eigentlich "Bundesbeobachter" nennen, denn sie haben weder Vollmacht noch Weisungsbefugnis gegenüber den Aufnahmeländern", schimpft die SPD-Opposition.

Lukascheks Kommissare sollen nun die Sünden der vergangenen Jahre feststellen und endlich prüfen, ob der Verdacht zu Recht besteht, daß mit einem Teil der zweckgebundenen Bundesmittel in einzelnen Ländern alles mögliche gebaut worden ist, nur keine Flüchtlings-Wohnungen.

"Bundesbevollmächtigter" Dr. Peter Paul Nahm, 50, lehnte die Forderung der Treckführer ab, Umsiedler in Südwestdeutschland zwangsweise einzuweisen: "Wir leben heute in einem Rechtsstaat. Die Wohnung ist nach dem Grundgesetz unverletzlich. Wenn 1946/47 in Norddeutschland rigoros Wohnraum beschlagnahmt worden ist, kann das heute kein Maßstab mehr für uns sein. Damals liefen noch die Spruchkammerverfahren, und jeder Pg. tat sich etwas darauf zugute, rasch eine Rumpelkammer für Flüchtlinge abzugeben, um bußfertiger zu erscheinen."

Der Bundes-Vertriebenenminister rechnete den Treckführern vor, daß es bis August möglich sein werde, etwa 200.000 Umsiedler in die bis dahin fertig zu stellenden Neubauwohnungen unterzubringen. Sie hörten die Botschaft, versprachen, das Gepäck noch nicht zu verladen und "die Erfolge abzuwarten", aber es fehlt ihnen bis jetzt der Glaube, zumal der Minister, durch tagelange Attacken verwirrt, nebenher eingestand: "Offen gesagt, ich weiß auch nicht, wie es werden soll ..."

Dabei war von der Beschaffung von Arbeitsplätzen noch gar nicht gesprochen worden. Flüchtlingskommissar Dr. Nahm: "Das ist ein Problem für sich. Von den nach Rheinland-Pfalz geschleusten Umsiedlern sind 33.000 auf eigene Faust wieder nach Bayern und Schles-

wig-Holstein zurückgekehrt."

Ihr Argument ist kaum zu widerlegen: Ob sie im Notstandsgebiet des Hunsrück, in der Eifel oder im Notstandsgebiet des Bayerischen Waldes stempeln gehen, bleibe sich gleich. Die Barackenwände sind auch überall dieselben.

Weil alles verquert lief, hat sich jetzt in Rheinland-Pfalz eine Treckvereinigung aufgetan, die innerhalb des Landes trecken will, möglichst an den Rhein, wo es vielleicht noch Arbeitsplätze gibt, oder nach Nordrhein-Westfalen, das immer noch den größten Sog ausübt.

Der Fluch von Jalta hat Westdeutschland zu einem Exerzierfeld für Raumforscher, Soziologen, Betriebs- und Volkswirtschaftler werden lassen. Nach einer Berechnung des Instituts für Raumforschung in Godesberg ist die Tragfähigkeit der Bundesrepublik - beim gegenwärtigen Produktions- und Erwerbsvolumen - bereits um 4 Millionen Menschen überschritten. Davon seien 1.792.000 durch eine großzügige Binnenwanderung noch produktiv einzuordnen ...

Der Bevölkerungsausgleich ist aber nur die mobile Seite des brennenden Problems: Neugliederung der Länder nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Auch die Amerikaner fanden es sehr interessant, das verruchte Wort vom "Volk ohne Raum" mit klugen Empfehlungen wegzudiskutieren. Man müsse die Industrie Westdeutschlands eben aufstocken und die deklassierten Flüchtlinge in neu zu gründenden Gewerbebetrieben wirtschaftlich eingliedern.

Das will auch der Sechsjahresplan des Leiters der Flüchtlingskommission der ECA, Hans Christian Sonne, der die Schaffung von 600.000 Erwerbsstellen vorsieht.

Sonne sagt selbst, daß sein Plan ohne Auslandshilfe nicht zu schaffen sei. Auswanderung aber erleichtert das "Volk ohne Raum" jährlich nur um 50.000 Menschen, während das Ost-Westgefälle jährlich 150.000 weitere Ostzonenflüchtlinge über die Elbdeiche schwemmt.

Durchführungskosten dieses Planes, an dem auch deutsche Experten mitgearbeitet haben und der für Minister Lukaschek die große Hoffnung ist: 12,5 Milliarden DM - nicht ganz so viel wie ein geforderter Jahres-Verteidigungsbeitrag.

Der gläubige Katholik Lukaschek hat die Hoffnung auf amerikanische Sonne-Millionen noch nicht aufgegeben, obwohl der Kongreß schon einmal nein gesagt hat: Erst westdeutscher Verteidigungsbeitrag und Aktivierung bundeseigener Mittel - etwa aus dem Lastenausgleich, den man nicht quotat sehen, sondern produktiv für die Schaffung von Arbeitsplätzen verwenden müsse - dann könne man weiter reden.

Trotzdem hat Lukaschek wieder seinen Spezialdiplomaten Middelmann nach Washington geschickt, um in Richtung Sonne weiter zu intervenieren.

Der Minister strahlte, als er in einer Schweizer Zeitung Anerkennung für seine außerdeutschen Anknüpfversuche fand. Für die Schweizer Musterdemokraten schwärmt er noch aus Pennälerzeiten, als er seine angeknackte Lunge in Davos so gut auskurierte, daß ihm die Brasilketten heute nicht schaden.

Dann freut ihn auch, daß nicht alle Flüchtlinge arme Schlucker sind, sondern mancher Vertriebene es in Westdeutschland wieder zu etwas gebracht hat, wie etwa der Schlesier, der ihm zu Weihnachten einen Strauß Orchideen schickte - als Trost für den Tott (Kränkung), den ihm der ostpreußische Dr. Kather laufend antut.

Seit Wochen führt der Vorstand des "Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen" (ZvD), der sich durch Angliederung mehrerer bisher selbständiger Landsmannschaften zum "Bund vertriebener Deutscher" (BvD) erweitert, eine robuste Kampagne gegen Dr. Lukaschek, der selbst einmal erster ZvD-Präsident war.

Im Namen seiner organisierten Flüchtlingsmillionen überbrachte Kather mit drei Mann seines Präsidiums dem Bundeskanzler das kollektive Mißtrauensvotum gegen seinen Vertriebenenminister.

In der "Anklageschrift" (so nennt man im Vertriebenenministerium die BvD-Resolution) wird

Dr. Lukaschek "Mangel an Energie, Initiative und Zähigkeit" vorgeworfen. Da Lukaschek selbst einmal öffentlich erklärt habe, er werde sofort zurücktreten, wenn er das Vertrauen der Flüchtlings-Organisation nicht mehr besitze, wisse er ja, was er jetzt zu tun habe.

Dazu gab der Sprecher der Schlesier, Ministerialrat a.D. Dr. Rinke aus München, dem Kanzler noch einen Stich: Wenn Lukaschek noch einmal vor Flüchtlingen in Bayern zu sprechen wage, würde er niedergeschrien und ausgepiffen.

Der Kanzler hat die BvD-Anklageschrift, trotz eines zweiten Mißtrauensantrages von Dr. Kather, bis jetzt noch nicht beantwortet. Er hat zur Zeit andere Sorgen. Noch trecken die Flüchtlinge ja nicht.

Dr. Kather bastelt unbeirrt weiter an seinem Programm. Nach Gewerkschaftsvorbild will er BvD-Beiräte in die verschiedensten parlamentarischen Ausschüsse und ministeriellen Schlüssel-Gremien delegieren. Er verhandelt auch mit den Großgrundbesitzer-Vereinen, um sich über die Möglichkeit von Landaufkäufen für landlose Flüchtlingsbauern mit Hilfe von locker zu machenden Soforthilfe- und Lastenausgleichsmitteln zu informieren, nachdem die Bodenreform völlig festgefahren ist. Von den 294.000 vertriebenen Bauern haben nur 24.000 wieder eine Hofstelle gefunden.

Er hat auch schon Verbindung mit Industriegruppen und Fachverbänden aufgenommen, um individuelle Unterlagen über die Arbeitsmarktlage hereinzuholen. Kather: "Die Fehlleistungen der Umsiedlung müssen endlich aufhören. Das alles ist dem Vertriebenen-Ministerium noch nie im Schlaf eingefallen"

"Alles Kinkerlitzchen", resigniert Dr. Lukaschek. "Was würde es wohl nützen, wenn ich einen Stock nähme und mit viel Geschrei dazwischenschlüge, nur um zu zeigen, daß ich kein Weichbold bin. Ich kann nicht im Jargon der Abgeordneten reden, denn schließlich bin ich ja Bundesminister."

Jetzt kämpft er darum, es zu bleiben, nachdem er früher wegen des ewigen Haders mit seinem Ministerkollegen Fritz Schäffer schon mehrmals seinen Rücktritt angeboten hatte.

Die Nachtmütze, die man ihm vor einiger Zeit mit der hämischen Widmung "Schlaf schneller, Genosse" per Einschreiben ins Ministerium schickte, hat er in den Ofen geworfen.<<

Die Regierung ordnete am 25. Februar 1952 an, Schulgeld nach politischen Gesichtspunkten zu verlangen.

In einer Sitzung des Deutschen Bundestages forderte der CSU-Abgeordnete Franz Josef Strauß im Februar 1952, der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beizutreten" (x067/-228): >>... Wer auf den Anschluß der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichtet, gibt die deutsche Einheit preis, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht. Die verhängnisvolle These, die manchmal auch in der SPD angeklungen ist: Zuerst Einheit, dann Europa, wird von uns mit der klaren Parole beantwortet: Über die Einheit Europas zur Wiedervereinigung Deutschlands!<<

SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (1895 in Detmold geboren, "Henker des Warschauer Gettos") wurde am 6. März 1952 in Warschau hingerichtet.

Stalin schlug den 3 Westmächten am 10. März 1952 Grundzüge eines Friedensvertrages mit Deutschland vor (x149/156): >>Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln. ...

Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. ...

Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte ... zu besitzen, die für die Verteidigung des Lands notwendig sind. ...<<

Die fast vollkommen verwüstete Insel Helgoland (jahrelang Übungsgebiet der britischen Luftwaffe) wurde am 11. März 1952 an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben.

Ein zum Tod verurteilter Gefangener schrieb am 20. März 1952 aus Den Haag einen Abschiedsbrief an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Ich schreibe Ihnen heute, um mich zu verabschieden.

Morgen, am 21.3.52, werde ich in der Frühe den Soldatentod sterben. Sind sie versichert, daß ich völlig ruhig bin und mein Schicksal entgegennehmen werde, wie es von einem Höheren beschlossen worden ist.

Der Gedanke an Frau und Kind ... ist allerdings mehr als bitter. Doch muß ich auch darin beharren, da ich wehr- und machtlos bin.

Nach dem Warum allerdings frage ich vergeblich. Ich werde in den Tod gehen mit dem festen Bewußtsein, eine persönliche Schuld, und nun gar eine solche, die derartige Strafe erfordert, nicht auf mich geladen zu haben.

Leben Sie alle wohl und arbeiten Sie weiter an dem Ziel, der Welt den Frieden zu verschaffen. Meine Bitte ist einmal, sich meiner geliebten Frau und meines Herzenskindes annehmen zu wollen, und ferner, daß mein Tod der des letzten Deutschen in den ehemals besetzten Westländern sein möge! ...<<

Der deutsche Landgerichtsrat Karlhans Sonnenburg, Bad Godesberg, kritisierte damals die Rechtsprechung der Siegermächte: >>Sieben Jahre sind deutsche Männer und Frauen als Angehörige der Wehrmacht, der Polizei, des Wehrmachtsgefolges und des Diplomatischen Korps durch die Mühlen der alliierten Sondergerichtsbarkeit für Kriegsverbrecher gegangen und haben sich in den Maschen einer Justiz gefangen, die Ausfluß einer fremden, eigens vom Sieger auf sie zugeschnittenen Sonder-Gesetzgebung und Rechtsprechung ist.

Sieben Jahre sind Urteile gegen Deutsche auf Grund von Gesetzen gesprochen worden, die im Widerspruch zu der am 10.12.1948 feierlich proklamierten Internationalen Erklärung der Menschenrechte und zur Genfer Konvention stehen und allein schon wegen ihrer rückwirkenden Kraft die Grundprinzipien des Völker- und Strafrechts verletzen.

Sieben Jahre lang fungieren Mitglieder der völkerrechtlich illegalen nationalen Widerstandsgruppen als Richter über Angehörige der legalen deutschen Truppe, winden voreingenommene Zeugen sich selbst Märtyrerkronen, indem sie Deutsche der scheußlichsten Verbrechen bezichtigen.

Sieben Jahre hindurch sind Hunderte von Deutschen aufgrund von Sondergerichtsurteilen erschossen worden, haben andere Hunderte darauf gehofft, daß sie eine Begnadigung vor der Hinrichtung bewahrt. ...

7 Jahre lang haben Tausende von Deutschen als Untersuchungsgefangene in körperlicher, geistiger und seelischer Not dem Zeitpunkt entgegengebangt, an dem über Leben und Freiheit für sie entschieden wurde. ...

7 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten wird der Krieg auf dem Gebiet des Rechts fortgesetzt, werden neue Verurteilungen ausgesprochen, werden Hinrichtungen - wie jüngst in Holland - vollzogen und Kerkerstrafen verbüßt. ...

Zur gleichen Zeit werden in Korea, Indochina, Tunis und anderen Ländern von Angehörigen der Siegermächte, zum Teil sogar von deutschen Fremdenlegionären unter ihrem Befehl, dieselben Taten begangen, die den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges als Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Die Auswirkungen eines doppelten Rechtes für Sieger und Besiegte können sich nicht deutlicher offenbaren.

Dabei kann die Frage der Schuld heute nicht mehr so eindeutig geklärt werden, daß eine Entscheidung über Leben und Freiheit eines Menschen gerechtfertigt ist. Oft 10 und mehr Jahre nach den Geschehnissen ist eine einwandfreie Feststellung der Wahrheit und Klärung des Sachverhaltes erfahrungsgemäß unmöglich, zumal die Ereignisse im Zusammenhang mit

Kampfhandlungen standen. ...

Zwar wissen wir, daß es auch Schuldige gibt, aber für einen Schuldigen dürfen nicht Unschuldige leiden. Die Schuldigen, die zu decken wir ablehnen, sollen der verdienten Strafe nicht entzogen werden, die deutsche Justiz ist befähigt und befugt, sie gerecht zu bestrafen. ...

Erst wenn die Westmächte die Gefangenen freigegeben und sich durch diese Tat zu den demokratischen Idealen der Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit bekennen, dürfen unsere Brüder und Schwestern in den Zwangsarbeitslagern des Ostens hoffen, daß auch sie eines Tages die Heimat und ihre Familie wiederssehen werden.<<

Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference führten am 30. März 1952 Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen.

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3.</u> Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal</u>

	<u>der Deutschen in Rumänien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. <u>Das Schicksal der Deutschen in Ungarn</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten</u> . Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x030	Wistrich, Robert: <u>Wer war wer im Dritten Reich?</u> Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten</u> . Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Verletzungen von Menschenrechten</u> . Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x081	Frevert, Hans (Hg.): <u>Verachtet – Gehetzt - Verstoßen</u> . Die Verfolgung des Menschen aus rassistischen, politischen und religiösen Gründen. Baden-Baden 1968.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999.
x123	Müller-Bringmann, Walter: Das Buch von Friedland. Göttingen 1956.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2</u> . 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x130	Carell, Paul, und Günter Böldcker: <u>Die Gefangenen</u> . Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.

x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod.</u> Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen.</u> Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x161	Bund der Vertriebenen (Hg.): Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen. 22. Kulturelle Arbeitshefte. Bonn 1996.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Das Wirtschaftswunder.</u> Unser Weg in den Wohlstand. Hamburg 1983.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit.</u> Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte.</u> Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: <u>Als die Deutschen weg waren.</u> Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x297	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit.</u> Band 4, Zeitgeschichte. 1. Auflage. Braunschweig 1995.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit.</u> Band 4. In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x305	Axel Springer Verlag (Hg.): <u>50 Jahre Deutschland.</u> Das deutsch-deutsche Geschichtsbuch von BILD. Hamburg 1999.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE.</u> Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle.</u> Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x313	Fabian, Frank: <u>Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands.</u> Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016.
x315	Scheuch, Manfred: <u>Historischer Atlas Deutschland.</u> Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler.</u> Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.

Internet

x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
------	--